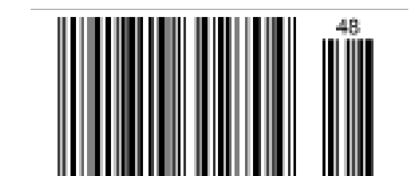
Hasspredigten ohne Konsequenzen S. 3

Preußische Allgemeine Zeitung
Das Ostpreußenblatt
Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland
Nr. 48 – 30. November 2018
Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro
ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Die geplante Spritsteuer-Anhebung war nur der letzte Tropfen: Empörte „Gelbwesten" in Paris

Bild: Imago

Aufstand der Fleißigen

Frankreichs »Gelbwesten«: Die Mittelschicht geht auf das Establishment los

Der Protest gegen höhere Spritpreise ist zum Generalangriff auf die Pariser Elite angewachsen. Für Deutschland ein Warnsignal.

Die Protestwelle der französischen „Gelbwesten" löst bei den Tonangebern in Politik und Medien Verunsicherung aus. Bestes Anzeichen für Nervosität gegenüber Bürgerprotest ist der Versuch, die Protestierer an den rechten Rand zu drücken oder gewalttätige Splittergruppen in den Mittelpunkt der Berichterstattung zu hieven. Beides ist in den Berichten über die Vorgänge im Nachbarland bereits zu beobachten.

Entzündet hatte sich die Welle am Plan höherer Spritsteuern, die viele Franzosen, gerade im ländlichen Raum, nicht mehr hinnehmen wollten. Schnell aber weitete sich der Widerstand der „Gelbwesten" gegen die Regierung von Präsident Macron an sich und das gesamte politische Establishment aus, das sich mit seiner Abgehobenheit vom Volk entfernt habe. Die Erhöhung der Kraftstoffsteuer war das Symbol für diese Abgehobenheit: Eine privilegierte Kaste, der die Preise nichts ausmacht, beruhigt ihr „ökologisches Gewissen" auf Kosten der breiten Masse.

> Versprechen sozialer Wohltaten steigerte die Wut noch mehr

Die SPD versucht in Deutschland, mit Attacken auf Hartz IV den Anschluss an die „kleinen Leute" zurückzugewinnen. Ihr sollte Frankreich eine Warnung sein: Auch Macron hatte in seiner Not staatliche (also: steuerfinanzierte) Sozialmaßnahmen für Geringverdiener versprochen als „Ausgleich" für die höheren Spritsteuern, um so die Bürger wieder auf seine Seite zu ziehen. Doch damit fachte er die Wut erst richtig an. Statt sozialer Almosen wollten sie „würdevoll und anständig von dem leben, was wir verdienen", schmetterte die heimliche Sprecherin der „Gelbwesten", Jacline Mourand, solche Bestechungsversuche ab. Die Bretonin arbeitet und lebt von weniger als 1000 Euro im Monat.

Der letzte integere Politiker Frankreichs sei General Charles de Gaulle gewesen, sagt Mourand und macht damit klar, dass es sich nicht um eine Bewegung egoistischer Anspruchsdenker handelt, sondern um stolze, hart arbeitende Bürger.

Eine Bewegung mithin, mit der nicht bloß Macron, sondern ebenso die deutsche SPD überfordert wäre, weil sie dem Bild jener alten, selbstbewussten Schicht der Arbeiter, kleinen Angestellten und Selbstständigen gleicht, welche die Partei gründlich vergessen (oder verraten?) hat und welche selbst an der linksgewendeten Union zu zweifeln beginnt. Von den Grünen ganz zu schweigen.

Dieser Schicht werden auch in Deutschland immer größere Lasten aufgebürdet und Zumutungen abverlangt. Steuern und Abgaben steigen, trotzdem kommt der Staat seinen Kernaufgaben immer schlechter nach. In Deutschland äußert sich die wachsende Wut dieser Mittelschicht jedoch eher verhalten oder fokussiert sich auf einzelne Themen wie Immigration oder innere Sicherheit. Die Frage ist zudem, ob die Deutschen die gleiche Kraft und Entschlossenheit aufbringen wie ihre französischen Nachbarn.

Hans Heckel

Jan Heitmann:

Dunkle Macht

Ich bin nichts, ich kann nichts, also werde ich Umweltaktivist. Mit dem edlen Streit für das Gute lässt sich vortrefflich kaschieren, dass ich eigentlich eine gescheiterte Existenz bin. So mag auch Jürgen Resch gedacht haben, hat er doch nichts als einen Schulabschluss vorzuweisen. Also wandte er sich dem Umweltschutz zu und reüssierte in der Deutschen Umwelthilfe (DUH). Dieser angeblich gemeinnützige Verein hat ein rechtliches Privileg, das Resch für ein lukratives Geschäftsmodell nutzt. Er ist nämlich ein klageberechtigter Verbraucherschutzverband nach dem Unterlassungsklagegesetz. Und so verschickt die DUH eifrig kostenpflichtige Abmahnungen an Unternehmen, die gegen Verbraucherschutzbestimmungen verstoßen. Unter anderem mit den daraus erzielten Einnahmen dreht Resch ein richtig großes Rad: seinen Feldzug für Dieselfahrverbote, von denen die Gerichte eines nach dem anderen absegnen. Das lässt sich die DUH gern vom Autohersteller Toyota mit einer jährlichen Großspende vergelten. Dass der nur wenige Dieselmodelle im Angebot hat, von der Causa Diesel also kaum betroffen ist und sich ob der Malaise der Konkurrenz die Hände reibt, sei hier angemerkt.

Die Umwelthilfe ist also, anders als es der Name suggeriert, keine uneigennützige und wohltätige Organisation, sondern ein Lobbyverband, der in erster Linie sich selbst hilft. Daran, dass sie so mächtig geworden ist, tragen die Politik und selbst ihre Gegner eine Mitschuld. Sie lassen es zu, dass sie mit einem Machtanspruch auftritt, dem jede demokratische Legitimation fehlt. Statt Widerstand kommt von ihnen nur beschämtes Schweigen. Und so lenkt nicht mehr die Politik einen wichtigen Teil der Geschicke unseres Industrielandes, sondern ein ungelernter Studienabbrecher.

Sinnvoller Vorstoß

Vieles spricht für die von Friedrich Merz angeregte Änderung der Asylregelung

Auf der thüringischen Regionalkonferenz der CDU zur Vorstellung der Kandidaten für den CDU-Vorsitz hat Friedrich Merz die Frage gestellt, ob die derzeitige Ausgestaltung des Asylrechts im Grundgesetz als Individualrechtsanspruch von Ausländern noch zeitgemäß sei. Die Diskussion darüber müsse vor allem auch vor dem Hintergrund der Tatsache geführt werden, dass diese weltweit einmalige Asylregelung in der deutschen Verfassung einer einheitlichen europäischen Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik hinderlich sein wird.

Obwohl Merz nicht für die Abschaffung, sondern nur für eine Modifizierung des Asylrechts eintrat, löste er damit einen Sturm der Entrüstung aus. Dass die Wahrheitsverweigerer aus dem grünen und linken Parteienspektrum hierzu aus ihren ideologischen Gräben heraus das Feuer eröffnen würden, überrascht dabei nicht. Dass die offene Gegnerschaft zu diesem Debattenanstoß allerdings bis in die Führung der CDU hineinreichen würde, war nicht ohne Weiteres zu erwarten. Merz ruderte alsbald zurück.

In der Tat ist eine Änderung der Asylregelung längst überfällig. Artikel 16a Absatz 1 des Grundgesetzes lautet: „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht." Diese weltweit einmalige Regelung verleiht Ausländern hier einen Rechtsanspruch auf Einleitung eines Asylverfahrens. Sobald Ausländer an der Grenze zu Deutschland das Zauberwort „Asyl" aussprechen, sind die deutschen Behörden verpflichtet, ein Verfahren einzuleiten,

> Der Rechtsanspruch in Deutschland auf ein Asylverfahren ist weltweit einmalig

in dem zunächst wegen „verlorener" Pässe die Identität und sodann das Asylbegehren zu prüfen ist. In der Folgezeit müssen diese Menschen untergebracht und versorgt werden. Und weil sie in Deutschland einen Individualrechtsanspruch erwerben, können sie als Grundrechtsträger auch gegen ihren Asylbescheid klagen, gegebenenfalls durch mehrere Instanzen. Anwälte beraten sie dabei gern, weil sie selbst daran gut verdienen.

Auch wenn die meisten Asylanträge erfolglos sind, so bleiben die Menschen doch zumindest für geraume Zeit hier und bilden einen erheblichen Kostenfaktor. Wenn behauptet wird, diese Asylregelung sei wegen der hohen Ablehnungsquote bedeutungslos geworden, so ist dies eine bewusste Irreführung: Tatsächlich ist sie das juristische Einfallstor für Immigranten jeder Art und eine wesentliche Ursache für den desolaten Zustand der inneren Sicherheit. Diese Regelung hatte in Anbetracht der deutschen Geschichte bei der Annahme des Grundgesetzes 1949 ihre gute Berechtigung. Heute gereicht sie Deutschland vor dem Hintergrund der Masseneinwanderung zum Nachteil.

In den meisten Staaten wird das Asylrecht auf der Gesetzesebene geregelt. In denjenigen Staaten, die wie beispielsweise Frankreich und Polen das Asylrecht in der Verfassung erwähnen, ist seine Gewährung als Kann-Bestimmung, nicht jedoch wie bei uns als Individualrechtsanspruch des Ausländers formuliert. Damit ist den völkerrechtlichen Anforderungen durchaus Genüge getan. Demzufolge könnte ein neuer mit Gesetzesvorbehalt versehener Artikel 16a lauten: „Deutschland gewährt nach Maßgabe des Gesetzes und des Völkerrechts politisch Verfolgten Asyl." So bliebe die Kontrolle über die Asylgewährung allein beim Staat, und ein mehrinstanzlicher Rechtsweg sowie absurde Obergrenzendebatten könnten vermieden werden. Voraussetzung wäre dafür allerdings eine Zweidrittelmehrheit in Bundestag und Bundesrat.

Gerd Seidel

(siehe auch Kommentar S. 8)

MELDUNGEN

22,6 Milliarden für Asylsucher

Berlin – Die „flüchtlingsbezogenen Belastungen" im Bundeshaushalt machen in diesem Jahr voraussichtlich 22,6 Milliarden Euro aus. Dies teilt die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion mit. In dem Betrag sind demnach auch 3,1 Milliarden Euro Integrationsleistungen enthalten. In den beiden vorangegangenen Jahren betrugen diese Belastungen einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der AfD zufolge zusammen 41,65 Milliarden Euro. Danach waren dies im Jahr 2016 20,43 Milliarden Euro und im Jahr 2017 21,22 Milliarden Euro. Größte Einzelkategorien waren die unmittelbare Entlastung der Länder und Kommunen mit 15,82 Milliarden Euro in den vergangenen zwei Jahren sowie die Fluchtursachenbekämpfung mit 13,82 Milliarden Euro. *J.H.*

Mehrheit gegen den »Soli«

Köln – Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) hat berechnet, welche Einkommensgruppen die Hauptlast des Solidaritätszuschlags getragen haben beziehungsweise noch tragen. Demnach werden bis Ende 2019 die oberen zehn Prozent der Steuerzahler insgesamt 138 Milliarden Euro gezahlt haben. Das entspricht rund 57 Prozent der gesamten Soli-Einnahmen von 331 Milliarden Euro seit 1995. Die unteren 60 Prozent der Steuerzahler haben dagegen zusammengerechnet nur sieben Prozent des Solidaritätszuschlags finanziert. Für den Bundeshaushalt hätte die Abschaffung des Steuerzuschlags nur eine vorrübergehende Auswirkung: Wenn der Bund den Solidaritätszuschlag vollständig abschaffte, würde er der IW-Studie zufolge bei den Steuereinnahmen bereits im Folgejahr wieder das Niveau des Jahres vor der Abschaffung erreichen – und sogar übertreffen. Laut einer repräsentativen Civey-Umfrage sind 60 Prozent der Deutschen dafür, den Soli sofort abzuschaffen. *J.H.*

PAZ: *Neue Preise ab 2019*

Drei Jahre lang hat die *Preußische Allgemeine Zeitung* den Preis ihres Abonnements stabil gehalten. Nun zwingen uns steigende Kosten trotz strikter Ausgabendisziplin leider zur Anpassung der Bezugspreise. Zudem wird die *PAZ* im Abonnement im sogenannten Schnellläufernetz der Post befördert und befindet sich bereits ab Donnerstag in der Zustellung. Das ist zwar mit zusätzlichen Kosten verbunden, gewährleistet aber, dass die Abonnenten ihre Zeitung stets pünktlich erhalten.

Unser Inlands-Abopreis steigt ab 1. Januar 2019 von elf auf zwölf Euro im Monat, also 144 Euro im Jahr. Der Bezugspreis im Ausland steigt auf 14,50 Euro monatlich (18,50 Euro bei Versand per Luftpost). Am Kiosk kostet die *Preußische Allgemeine Zeitung* künftig 2,90 Euro.

Der Preis für das Online-Abo beträgt künftig 8,25 Euro, als E-Paper kostet die *PAZ* dann 1,20 Euro im Monat.

Soweit keine Einzugsermächtigung besteht, bitten wir unsere Abonnenten um rechtzeitige Anpassung von Daueraufträgen.

Auch nach dieser moderaten Preisanpassung bleibt die *Preußische Allgemeine Zeitung* die mit Abstand günstigste Wochenzeitung mit vergleichbarem journalistischen Angebot.

Unterwürfiger Bittgang

Warschau bittet Washington um dauerhafte US-Militärbasis in Polen – Bevorzugter Name: Fort Trump

Grundlage der Außenpolitik der USA, von NATO und EU ist neben dem sogenannten Kampf gegen den Terror eine angenommene Bedrohung durch Russland. Diese im Besonderen dient als Rechtfertigung etwa der rund 1000 Militärbasen, welche die USA in aller Welt unterhalten – gegenüber neun russischen militärischen Auslands-Posten. Jetzt soll in Polen eine weitere entstehen, die nach polnischen Vorstellungen Fort Trump heißen soll.



Auf dem Sprung nach Polen: US-Soldaten, hier bei einem amphibischen Manöver am Strand von Stolpmünde Bild: Imago

Diese US-Basis unterscheidet sich, bereits vor ihrem Entstehen, grundlegend von den allermeisten anderen, denn während die USA zum Beispiel im Pazifik oder im Indischen Ozean ganze Völker von ihrer Heimat deportiert haben, um Platz für ihr Militär zu schaffen, ist es Polen selbst, das darum bittet, für die US Army die Rolle des Gastgebers spielen zu dürfen. Polens Präsident Andrzej Duda hat deshalb sogar angeboten, sein Land werde sich mit zwei Milliarden US-Dollar am Bau einer Militärbasis beteiligen.

Eigentlich will Polen sogar zwei US-Basen. Eine stellt man sich in Divisions-Stärke vor, also je nach Waffengattung mit 10 000 bis 25 000 Mann, eine zweite soll die Stärke einer Brigade haben, das heißt, 1000 bis 5500 Mann. In Warschau scheint man offenbar anzunehmen, dass der Wunsch an Washington dann eher Gehör findet, wenn man dem US-Präsidenten ein wenig schmeichelt. Daher kommt der Vorschlag der Namensgebung „Fort Trump" von der polnischen Seite. Duda unterstützt den Plan vorbehaltlos: „Ich bin äußerst erfreut über die Präsenz von bewaffneten US-Kräften auf polnischem Territorium ... Ich möchte sehr gerne für uns eine permanente Basis in Polen haben, welche wir Fort Trump nennen würden. Ich glaube fest daran, dass das möglich ist. Ich bin davon überzeugt, dass so eine Entscheidung im polnischen Interesse liegt und im Interesse der Vereinigten Staaten."

Wenn die USA schon in anderen Fällen für die Errichtung von Militärbasen Gewalt haben anwenden müssen, wollen sie sich dem polnischen Liebenswerben natürlich nicht glattweg verschließen. Der US-Kongress hat daher das Pentagon beauftragt, bis zum 1. März des kommenden Jahres eine Machbarkeitsstudie vorzulegen, verbunden mit einer Expertise, ob und inwieweit die dauerhafte Präsenz von US-Truppen in Polen im Interesse Washingtons liege. Der eventuelle Namensgeber der Basis, Präsident Donald Trump, sagte dazu: „Wir betrachten es sehr ernsthaft. Ich weiß, Polen mag diese Idee sehr, und es ist etwas, was wir prüfen. In der Tat."

Keinerlei Zweifel am Entstehen von Fort Trump zeigt der polnische Verteidigungsminister Mariusz Blazczak. Die Einrichtung werde „zweifellos" entstehen, ließ er wissen. Gegenstand von Verhandlungen seien lediglich Einzelheiten über die Art der Einheiten und technische Abläufe. Was völlig außer Frage steht, ist der Beweggrund, der Polen zu dem doch ziemlich unterwürfigen Bittgang veranlasst. Duda macht auch hier keine Geheimnisse: „Polen ist ein Bollwerk gegen die russische Bedrohung", so der Präsident, und sein US-Kollege Trump setzt hinzu: „Ich denke, es ist eine sehr aggressive Lage. Ich denke, Russland hat aggressiv gehandelt. Sie respektieren Macht. Sie respektieren Stärke. Sie respektieren Stärke, wie es jeder tut, und wir verfügen über die größte Stärke in der Welt, insbesondere jetzt."

Allerdings sind in Washington die Würfel trotz Trumps Wohlwollen in dieser Sache noch nicht gefallen. Ausgerechnet ein notorischer Scharfmacher wie der frühere NATO-Oberbefehlshaber Frederick B. Hodges hält polnische US-Basen für keine gute Idee. Es wäre ein „unvernünftiger Zug", wenn man sich von Polen dazu verleiten ließe. Dies würde „russische Ängste nähren" und könnte zu einer weiteren Spaltung der NATO führen. Außerdem sei bereits jetzt eine „adäquate Abschreckung gegen einen möglichen russischen Angriff" gewährleistet.

Tatsächlich lassen Pläne, eine US-Militärbasis in Polen zu errichten, Russland nicht unberührt. So erklärte der Abgeordnete Franz Klinzewitsch, ein Mitglied des Verteidigungs- und Sicherheitsausschusses des russischen Föderationsrates, vor wenigen Tagen: „Wenn ein solcher Stützpunkt eingerichtet wird, werden wir die Zielvorgaben für unsere Raketen entsprechend ändern, um die Bedrohung zu lokalisieren. Das steht fest, denn eine solche Basis wäre für uns eine Bedrohung." Darüber hinaus denkt man in Moskau daran, Weißrussland in eine neue Verteidigungsstrategie einzubeziehen. Nach den Worten des Vize-Außenministers Alexander Gruschko verfügen die beiden Länder über ein ausreichendes militärtechnisches Potenzial, um ihre Verteidigungsfähigkeit aufrechtzuerhalten. Gruschko ergänzte an die polnische Adresse: „Dies wird die Demonstration dessen sein, dass jene Länder, die ausländische Truppen auf ihr Territorium rufen, nicht nur ihre Sicherheit festigen, sondern sich auch selbst erhöhter Gefahr aussetzen."

Polen ist seit 1999 Mitglied der NATO und beherbergt seit Jahren US-Truppen auf seinem Hoheitsgebiet. Auch hier bedienen sich die USA des sogenannten „Rotierens", mit dem sie den Eindruck erwecken wollen, ihre Truppen seien nicht dauerhaft stationiert, sondern nur vorübergehend und auf Widerruf. Dabei ist die Präsenz der US-Army in Osteuropa während der vergangenen Jahre stetig gewachsen. Erst im Oktober schickten die USA eine weitere mechanisierte Brigade nach Polen. Anfang Mai wurde die 1. Panzerbrigade mit annähernd 4000 Mann von Fort Hood, Texas, nach Polen verlegt. Über den ganzen Sommer waren im Internet endlose US-Militär-Konvois in Richtung Osten zu beobachten. *Florian Stumfall*

»Risikoreduziert« in die Sucht

US-Marktführer für E-Zigaretten will nach Deutschland expandieren – Gesundheitsexperten alarmiert

In den USA melden Verkäufer von E-Zigaretten reißenden Absatz. Nun will der Marktführer Juul nach Deutschland expandieren. Gesundheitsbehörden warnen vor einer hohen Suchtgefahr.

Auch in den Vereinigten Staaten ist eine heftige Debatte über den Zigaretten-Ersatz entbrannt. Die US-Gesundheitsbehörde FDA spricht von einer Epidemie, gerade unter Jugendlichen. Nach einer Umfrage, die der Hersteller in Auftrag gegeben hat, nahm der Konsum von E-Zigaretten zwischen 2017 und 2018 unter Oberschülern in den USA um 78 Prozent zu, unter Mittelschülern um 48 Prozent. Insgesamt 3,6 Millionen dieser Schüler konsumieren demnach inzwischen die elektrischen Zigaretten. Hunderttausende von ihnen sollen bereits abhängig sein. Die Jugendlichen haben aus dem Firmen- und Produktnamen Juul das Verb „juuling" für das E-Zigaretten-Rauchen abgeleitet. FDA-Chef Scott Gottlieb drohte bereits mit einem Totalverbot von E-Zigaretten, sollten die Hersteller nicht handeln: „Ich werde nicht zulassen, dass eine Generation von Kindern durch E-Zigaretten nikotinsüchtig wird."

Die Juul-Zigarette ist dünn wie ein USB-Stick und kann wie dieser auch an einem Laptop aufgeladen werden. Mit einer Nikotinstärke von 50 Milligramm pro Milliliter Flüssigkeit entfaltet sie eine Wirkung wie eine starke Zigarette. Besonders populär bei jungen US-Amerikanern sind einem Bericht der Nachrichtenagentur AP zufolge besonders häufig süße Geschmackssorten wie Mango oder Sahne. Ähnlich wie bei einem Kaffeekapsel-System müssten Juul-Nutzer nur eine befüllte Minipatrone mit der Nikotin-Flüssigkeit in das Gerät stecken, heißt es in dem Bericht weiter.

Die Firmenchefs James Monsees und Adam Bowen kennen sich bereits seit ihrer Zeit an der Stanford University in Kalifornien. In ihrer gemeinsamen Diplomarbeit haben sie den Milliarden-Dollar-Markt der Tabakindustrie analysiert und sind zu dem Schluss gekommen, dass mit der elektronischen Variante viel Geld zu verdienen ist. Sie werden persönlich anwesend sein, wenn Mitte Dezember bei einer Veranstaltung in Hamburg der Verkauf der E-Zigarette Juul auf dem deutschen Markt gestartet wird. Innerhalb von zwei Jahren ist Juuls Marktanteil in den USA nach Berechnungen des Marktforschungsinstituts Nielsen von zwei Prozent auf zuletzt mehr als 70 Prozent hochgeschossen und hat damit selbst die alteingesessenen Tabak-Giganten wie Philip Morris überrascht.

> Nicht so gefährlich wie Tabak, aber alles andere als harmlos

Die Tabakerhitzer, die Philip Morris vertreibt, heißen IQOS und sind nach Angaben der Firma „eine Erfolgsgeschichte". Im Gebiet der Europäischen Union zählt der Hersteller nach eigenen Angaben inzwischen 1,3 Millionen Konsumenten, die ihre Rauchgeräte unter anderem in Boutiquen erhalten oder sie im Netz bestellen können. „Wir verfolgen die Vision einer rauchfreien Zukunft", wirbt das Unternehmen und suggeriert, dass seine Geräte nicht gesundheitsschädlich sind. Dahinter steckt auch die Furcht, die Konkurrenz könnte wie in den USA die Marktverhältnisse auf den Kopf stellen. In den ersten neun Monaten des Jahres 2018 hat Philip Morris in der EU einen Umsatz von 577 Millionen US-Dollar erwirtschaftet mit diesen „risikoreduzierten Produkten", wie der Tabakgigant die Geräte nennt. Weltweit lag der Umsatz bei 2,97 Milliarden Dollar.

Das Geheimnis der Juul-Zigaretten ist offenbar der hohe Nikotin-Gehalt. In der Europäischen Union ist diese Menge verboten. Die Tabakrichtlinie der EU lässt höchstens 20 Milligramm Nikotin je Milliliter zu. Eine Höchstgrenze für den Nikotinwert existiert im US-Markt dagegen nicht. Unternehmenssprecher Paul Mowius kann die Aufregung vor dem Verkaufsstart nicht nachvollziehen: „Juul ist für uns nur eine von vielen fast baugleichen E-Zigaretten, die es in Deutschland bereits gibt", sagte er gegenüber der „Bild"-Zeitung und versicherte, dass die angebotenen Modelle „natürlich" die strengeren Richtwerte der Europäischen Union einhalten würden.

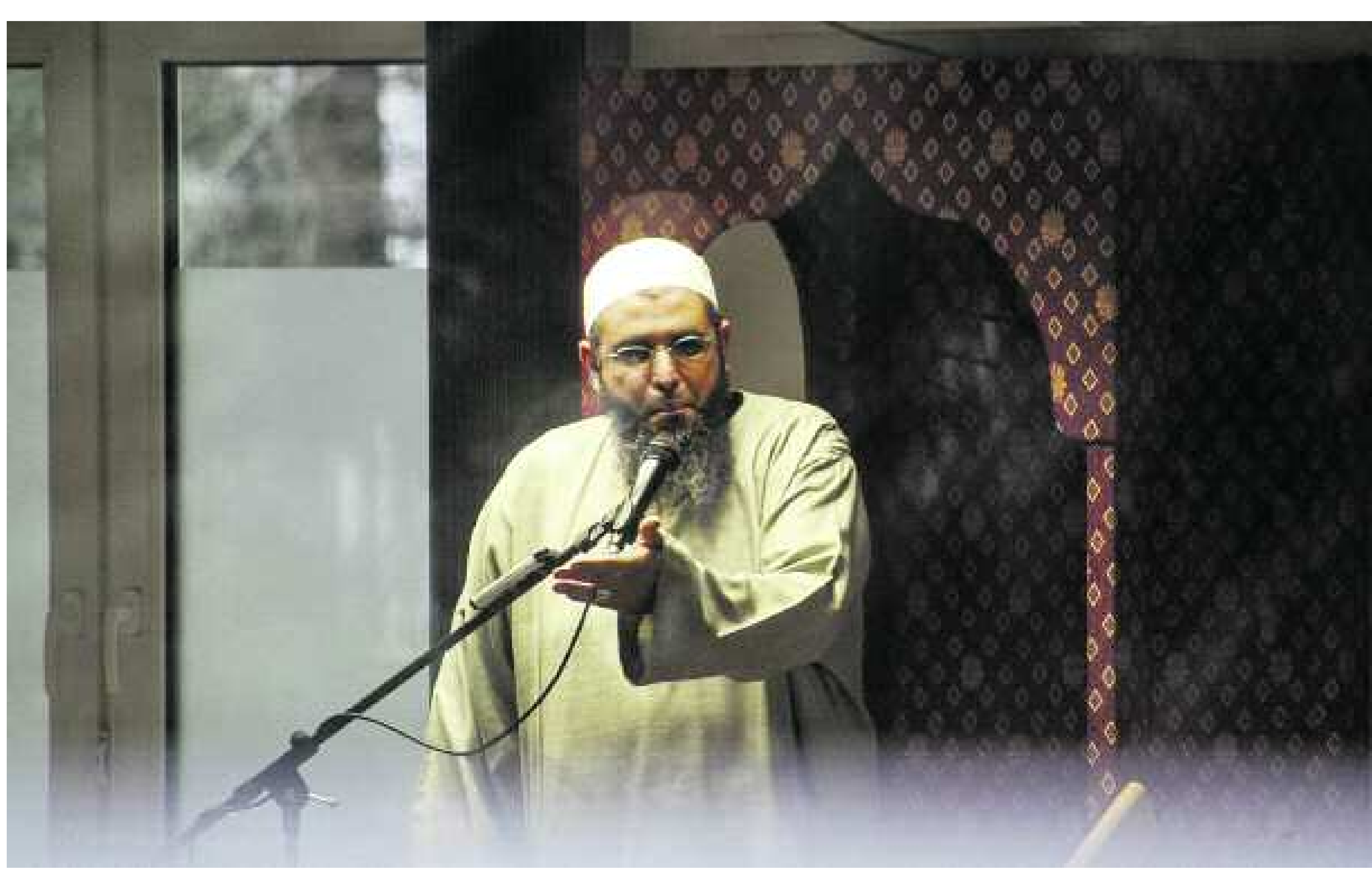
Über das Für und Wider der E-Zigaretten herrscht seit Jahren eine heftige Diskussion. Kritiker sagen, dass Jugendliche mit E-Zigaretten mit Bonbon- oder Fruchtgeschmack in den Nikotinkonsum einstiegen, um später bei den weitaus gefährlicheren Tabakzigaretten zu landen. Andererseits haben E-Zigaretten vielen langjährigen Rauchern geholfen, von Marlboro, Camel & Co. wegzukommen. Und ihr Dampf ist Studien zufolge bei Weitem nicht so krebserregend wie Tabakqualm.

In einer vom Institut für Therapie- und Gesundheitsforschung Kiel im Auftrag der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung durchgeführten Untersuchung wurden 2186 Zehntklässler über sechs Monate beobachtet. Das Ergebnis: „Zu Studienende zeigte sich, dass Jugendliche mit E-Zigaretten-Erfahrung eher zur Tabakzigarette griffen. So begannen 22 Prozent der Befragten, die bereits E-Zigaretten probiert hatten, auch mit dem Tabakrauchen. Von den Jugendlichen, die zuvor keinerlei E-Zigaretten-Erfahrung hatten, fingen zehn Prozent mit dem Tabakrauchen an." *Peter Entinger*

Hasspredigten ohne Konsequenzen

ZDF-Sendung deckt auf: Verfassungsschutz und Staatsanwaltschaften sehen tatenlos zu

In einem Beitrag des ZDF-Dokumentations- und Reportageformats „ZDFzoom“ konnten verdeckt arbeitende Journalisten belegen, dass in hunderten Moscheen in Deutschland Imame zu Hass und Hetze gegen Juden und Christen aufrufen. Der Verfassungsschutz weiß von diesen Predigern, aber er tut nichts.



Auch er hat vom deutschen Rechtsstaat nichts zu befürchten: Hassprediger Baher Ibrahim Bild: Action Press

Mit erstaunlicher Offenheit behandelte der Beitrag im öffentlich-rechtlichen Fernsehen in einem dreißigminütigem Gang durch Hinterhof-Moscheen in Deutschland, wie in vielen Gebetshäusern gegen dieses Land und die Menschen, „die hier schon länger leben“ (Bundeskanzlerin Angela Merkel über die Deutschen), und gegen die „ungläubige“ Mehrheitsgesellschaft auf eine Weise gehetzt wird, die den Staatsanwalt auf den Plan rufen müsste. Die Ausreise von hunderten Salafisten aus Deutschland in den letzten Jahren in den Dschihad nach Syrien oder den Irak hatte wohl keine Folgen für die deutschen Sicherheitsbehörden. Weiterhin können salafistische oder dschihadistische Terrorwerber in Deutschland unbehelligt ihr Unwesen treiben, während Frankreich sich bereits im Krieg gegen den radikalen Islam befindet.

Die ZDF-Reporter Susanna Santina und Shams Ul-Haq haben sich auf Spurensuche in solche Moscheen in Berlin, Essen und Bad Kreuznach gemacht. Sie kamen zu dem Ergebnis, dass Hunderte von Hasspredigern tatsächlich in Moscheen offen Stimmung gegen Juden und Christen schüren. Die Islamismus-Expertin Susanne Schröter vom Frankfurter Forschungszentrum Globaler Islam warnt vor allem vor dem radikalen Berliner Hassprediger Imam Abul Baraa, zu dessen Umfeld auch der Weihnachtsmarkt-Attentäter Anis Amri gehörte. Er ist deshalb so gefährlich und unbehelligt, weil er genau weiß, wie man eine Strafe umgeht. Nach Ansicht der ZDF-Reporter ist er einer der gefährlichsten islamistischen Hetzer, der als Wanderprediger durch viele Moscheen in Deutschland tingelt. Als Hauptimam predigt Abul Baraa in der As-Sahaba-Moschee in Berlin-Wedding, die auch vom Verfassungsschutz beobachtet wird: „Er weiß, wenn er sagt: ‚Tötet die Ungläubigen‘, landet er im Gefängnis. Wenn er aber nur zum Hass aufruft und jemand anders tötet, dann ist er nicht mehr verantwortlich.“ So war es bei Anis Amri.

Auch die Berliner As-Sahaba Moschee wird wie die Fusilet-Moschee, in der Amri verkehrte, vom Verfassungsschutz beobachtet. Sie gilt als islamistisch so wie hunderte weitere allein in Nordrhein-Westfalen. Das Gebetshaus wurde 2010 gegründet von jemandem, der später in Syrien bei der Terrororganisation IS zum Bildungsminister aufstieg. Vom Drehteam konnte eine Undercover-Mitarbeiterin auch in islamistische Frauennetzwerke eingeschleust werden. Sie stellte fest, dass sich auch unter islamistischen Frauen eine erschreckende Radikalität breitgemacht hat, die trotz Verschleierung und Hijab eigentlich ein Fall für den Verfassungsschutz und die Strafverfolgungsbehörden wäre. So sollen sich die Islamistinnen einig gewesen sein, dass es zum islamischen Recht gehört, gegen Ungläubige zu kämpfen. „Ungläubige haben in den Augen dieser Menschen keinen Wert zu leben“, erklärt die türkischstämmige hessische CDU-Abgeordnete Ismail Tipi.

Der Innenexperte der CDU-Bundestagsfraktion, Christoph de Vries, äußerte sich überzeugt, dass die Sicherheitsbehörden in vielen Moscheen keinen Einblick haben. De Vries hatte übrigens schon 2014, also noch vor der Massenzuwanderung, ein konsequenteres Vorgehen gegen straffällige minderjährige Asylsucher gefordert. Dann allerdings verstummte seine Kritik. Laut de Vries gibt sich der Verfassungsschutz oft mit ausgedruckten Predigttexten zufrieden, ohne in die Moscheen zu gehen. Hassprediger müssten angeklagt und verurteilt werden. Aber, so die ZDF-Autoren, passiere das äußerst selten. Selbst Moscheen, die jahrelang im Fokus der Ermittler stehen, würden ganz selten geschlossen und Hassprediger aus dem Verkehr gezogen werden.

Susanne Schröter fordert, die Grenze zwischen Religion und einer politisch motivierten extremistischen Einstellung, die sich religiös verbrämt, enger zu ziehen. „Das Problem ist, dass man unendlich beobachtet, aber dass keinerlei Konsequenzen aus diesen Beobachtungen erfolgen“, sagt die Islam-Expertin. „Unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit und falsch verstandener Toleranz hat Deutschland sehr viel durchgehen lassen“, meint auch Tipi:

Am Ende des Fernsehbeitrags erzählen zwei junge syrische Zuwanderer, die 2015 nach Deutschland kamen, etwas über ihre Moscheebesuche in Bad Kreuznach, die sie als Muslime schockiert hätten. Dort hätte ein Imam erklärt, er spreche kein Deutsch, weil er diese verhasste Sprache nicht lernen wolle. Deutschland sei ein Land von Ungläubigen, das man einnehmen und mit der Scharia islamisieren müsse. Viele Kinder sollten die Muslime bekommen, das hätte schon der türkische Präsident gesagt, damit könne man die muslimische Gemeinde erweitern, zuerst in Deutschland, dann in ganz Europa. *Bodo Bost*

MELDUNGEN

Bundeswehr wächst wieder

Bonn – Zum Stichtag 31. Oktober dienten in der Bundeswehr 180 195 aktive Soldaten, im September waren es noch 179 713. Zuletzt hatte die militärische Personalstärke im April 2015 mit 180 676 über der Zielmarke von 180 000 gelegen, seither war die Zahl ständig gesunken und hatte im Juni 2016 mit 176 015 den niedrigsten Stand in der Geschichte der Bundeswehr erreicht. Die aktuelle Stärke verteilt sich wie folgt: Bundesministerium der Verteidigung: 1112; diesem unmittelbar nachgeordnete Dienststellen: 3089; Streitkräftebasis: 27 557; Zentraler Sanitätsdienst: 20 088; Heer: 60 905; Luftwaffe: 27 780; Marine: 16 363, Cyber- und Informationsraum: 12 866; Infrastruktur, Umweltschutz, Dienstleistungen: 974; Ausrüstung, Informationstechnik, Nutzung: 1612; Personal: 7849, davon bis zu 5400 Studenten. *J.H.*

Millionen für den »Ostbeauftragten«

Berlin – Zwischen 2010 und 2018 haben insgesamt 157 Veranstaltungen stattgefunden, die aus Haushaltstiteln des Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer finanziert wurden. Da der Beauftragte zugleich das Amt eines Parlamentarischen Staatssekretärs innehabe, fielen für ihn selbst neben den Amtsbezügen keine zusätzlichen Personalkosten an, schreibt die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion. Für den „Arbeitsstab Neue Bundesländer“, der die Tätigkeit des Beauftragten unterstützt, beliefen sich die Kosten zwischen 2010 und 2018 auf gut 103 Millionen Euro. Für Sachausgaben aus den Haushaltstiteln des sogenannten Ostbeauftragten waren es im selben Zeitraum gut 72 Millionen Euro Euro. Sein Amt wurde 1998 geschaffen und dient der Koordinierung der Aktivitäten der Bundesregierung in Bezug auf den sogenannten „Aufbau Ost“. *J.H.*

Seelenarbeiter der CSU

Markus Söder will als Parteichef auf Ruhe und Stabilität setzen

Nun also doch: Markus Söder greift nach dem Vorsitz der CSU und wird in Januar die Nachfolge von Horst Seehofer antreten. Trotz des schlechten Abschneidens bei der Landtagswahl in Bayern wird es wohl keinen Gegenkandidaten geben. Der Wunsch nach Ruhe eint die Christsozialen. Der bayerische Ministerpräsident erklärte unter anderem, dass er die CSU attraktiver für Frauen machen wolle, dass er vorhabe, der Basis mehr Mitbestimmungsrechte einzuräumen und dass er – nach dem Wahlerfolg der Grünen – verstärkt auf ökologische Themen setzen möchte. Öffnen müsse sich die CSU, wieder mehr reden mit Gruppen, die man verloren habe. Söder nannte „Kirchen und Kulturschaffende, Flüchtlingshelfer und Patrioten“. Für alle müsse die Partei wieder Heimat bieten.

„Es ist auch manches an Seelenarbeit notwendig in der CSU, um vieles wieder miteinander zu versöhnen.“ Der neue CSU-Vorsitzende soll auf einem Sonderparteitag am 19. Januar gewählt werden. Zu diesem Termin will Seehofer sein Amt abgeben, an der Wahl Söders besteht kein Zweifel. Der, der ihm gefährlich hätte werden können, der EU-Politiker Manfred Weber, hatte zuvor abgewunken. Sowohl Alexander Dobrindt, der CSU-Landesgruppenchef im Bundestag, als auch Ilse Aigner, die bayerische Landtagspräsidentin, fordern alle in der CSU auf, jetzt nach vorne zu schauen anstatt zurück. Söder habe das entsprechende politische Gewicht und



Wird Seehofer als Parteichef beerben: Bayerns Ministerpräsident Markus Söder Bild: Lother

stehe mit seinen 51 Jahren schon allein altersmäßig für eine Erneuerung, erklärte der CSU-Fraktionschef im Landtag, Thomas Kreuzer. Die Machtfülle, die sich Söder geschaffen hat, ist beachtlich. In seinem Kabinett ist er von Vertrauten umgeben, in der Fraktion gibt es ebenfalls fast nur Mitstreiter. Jahrelang gab es Zweifel, dass der Franke der richtige ist, um in den traditionellen Parteihochburgen Ober- und Niederbayern erfolgreich zu sein. Doch nun wird er der starke Mann in Bayern und auch in Berlin ein gewichtiges Wörtchen mitreden.

Zur Partnerschaft mit der Schwesterpartei CDU legte er ein klares Bekenntnis ab, räumte indirekt sogar eigene Fehler ein: „Der Flüchtlingsstreit im Sommer, der hat uns geschadet. Ich habe persönlich viel gelernt im Wahlkampf, manche Entscheidung musste sehr schnell getroffen werden, vielleicht zu schnell“, erklärte er. Ein „Stabilisierungsfaktor“ in allen Regierungen wolle die CSU künftig sein. Eine Lehre sei, sich stärker von der AfD abzugrenzen. Das habe man am Anfang wohl falsch eingeschätzt, sagte Söder dem „Spiegel“: „Zugleich muss die CSU auch die Herausforderung annehmen, die uns die Grünen stellen“, was unter dem Strich bedeutet: „Wir müssen eine große Volkspartei sein, die alle relevanten Gruppen mitnimmt.“ An Seehofer als Bundesinnenminister will Söder festhalten. Denn der Wunsch nach Stabilität und Kontinuität gelte auch auf der personellen Ebene. *Peter Entinger*

»EU nicht kaputt machen«

Wahlparteitag: AfD will sich mehr um die Europa-Politik kümmern

Alarmiert durch stagnierende Umfragen und den Spenden-Skandal sucht die AfD die Flucht nach vorne. Die Europa-Politik soll wieder stärkeren Platz einnehmen, bei der EU-Wahl im kommenden Frühjahr hofft die Partei auf ein fulminantes Ergebnis.

Noch ist Parteichef Jörg Meuthen allein in Straßburg. Doch das liegt nicht daran, dass die AfD 2014 so schlecht abgeschnitten hat. 7,1 Prozent wählten damals die Euro-Kritiker, doch von den sieben Abgeordneten, die für die AfD ins EU-Parlament einzogen, ist der Partei keiner übrig geblieben. Bernd Lucke, Joachim Starbatty, Bernd Kölmel, Hans Olaf Henkel und Ulrike Trebesius verließen die Partei bereits im Sommer 2015, Marcus Pretzell vor einem Jahr. Beatrix von Storch blieb der AfD erhalten, wechselte aber in den Bundestag. Meuthen nahm ihren Platz ein. Und nun führt der Chef die Liste selbst an. Insgesamt 40 Kandidaten will die AfD aufstellen, Mitte November schaffte sie es in Magdeburg nach einem zähen Wahlverfahren gerade einmal, 13 zu wählen. Im Januar wird es weitergehen. Meuthen hält die Verluste seiner Partei in aktuellen Wählerumfragen nicht für den Beginn einer Trendwende. Die Affäre um Spenden aus dem Ausland, die Debatte über eine mögliche Beobachtung der Partei durch den Verfassungsschutz sowie „die mediale Bearbeitung von Chemnitz“ hätten der AfD nicht gutgetan, sagte der 57-Jährige am Rande der AfD-Wahlversammlung in Magdeburg. „Das sind jetzt kleine Rückschläge“, die aber an der grundsätzlichen Aufwärtsbewegung nichts änderten.

In den aktuellen Umfragen liegt die Partei zwischen zwölf und

> Unter 13 Kandidaten befinden sich nur zwei Frauen

15 Prozent und damit immer noch im Bereich des Bundestagswahlergebnisses. Für die EU-Wahl rechnet Meuthen „mit mindestens 15 Prozent“, was dazu führen könnte, dass die AfD zwischen 13 und 18 Mandate bekommen könnte. Auf Platz Zwei setzte sich nach einem regelrechten Abstimmungsmarathon der Essener Ratsherr Guido Reil durch. Vorneweg der Professor und hintendrein der Malocher aus dem Ruhrgebiet – für Reil war das von Anfang an eine Traumkombination: „Ich hole euch die Stimmen der Arbeiter“, rief er und reagierte auf Vorbehalte, die es auch in der Partei gibt. „Die einfachen Leute lieben mich“, beteuerte Reil, aber eben nicht das Establishment: „Das war bei der SPD schon so und das ist bei der AfD nicht anders.“ Viel war im Vorfeld über die Kräfteverhältnisse innerhalb der Partei spekuliert worden, es gab Befürchtungen, es könnten sich Kandidaten aus dem Umfeld des thüringischen Landesvorsitzenden Björn Höcke durchsetzen.

Dies war aber offenkundig nicht der Fall. Auf Platz Drei kam der stellvertretende sächsische Landesvorsitzende Maximilian Krah, der zuvor lange der CDU angehört hatte. Das Rennen um Platz Vier gewann der innenpolitische Sprecher der baden-württembergischen Landtagsfraktion, Lars-Patrick Berg, der dem wirtschaftsliberalen Flügel zugerechnet wird. Auf Platz Fünf kam überraschend der frühere Diplomat Bernhard Zimniok aus Bayern. Platz Sechs belegte der frühere stellvertretende Chefredakteur der „Bild am Sonntag“, Nicolaus Fest.

„Wir wollen die EU nicht kaputt machen“, man wolle sie auf das zurückführen, warum es sie gebe, als ein „Europa der Vaterländer“, erklärte Meuthen. *P.E.*

Zeitzeugen



Omar Suleiman – Der frühere Direktor des ägyptischen Geheimdienstes Muchabarat und Kurzzeit-Vizepräsident unter Husni Mubarak vom 29. Januar bis 11. Februar 2011 behauptete später wahrheitswidrig, die Gefängnisse in Ägypten seien nicht durch die Regierung in Kairo, sondern „durch ausländische Kräfte geöffnet“ worden, „die ihre ausländische Agenda verfolgen“.

Serge Boret Bokwongo – Am 8. Juli 2015 veröffentlichte die italienische Nachrichtenseite „JulieNews“ einen offenen Brief des Diplomaten aus der Republik Kongo. Darin hieß es: „Die Afrikaner, die ich in Italien sehe, sind der Abschaum und Müll Afrikas. Ich frage mich, weswegen Italien und andere europäische Staaten es tolerieren, dass sich solche Personen auf ihrem nationalen Territorium aufhalten ... Ich empfinde ein starkes Gefühl von Wut und Scham.“



Bekir Bozdag – Nach dem gescheiterten Putsch gegen die Regierung von Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan im Juli 2016 ordnete der türkische Justizminister die vorzeitige Haftentlassung von 38 000 Kriminellen an, um in den total überfüllten Gefängnissen Platz für die Aufnahme angeblicher Umstürzler und Oppositioneller zu schaffen. Wohin die Ex-Häftlinge verschwanden, interessierte dabei niemanden.

Antonio Simona – Anlässlich eines Interviews mit der „Weltwoche“ äußerte der langjährige Leiter des schweizerischen Empfangszentrums für Asylsuchende in Chiasso bereits im Dezember 2011: „Es ist ziemlich klar, dass unter den Asylbewerbern, die aus Tunesien kommen, auch Kriminelle sind, die ... aus den Gefängnissen geflohen sind.“



Fidel Castro – Während der sogenannten Mariel-Bootskrise im Jahre 1980 ließ der kubanische Partei-, Staats- und Regierungschef um die 125 000 Bürger seines Landes in die USA ausreisen. Dabei sorgte er dafür, dass sich unter die Flüchtlinge auch rund 15 Prozent Kriminelle mischten, welche zuvor zu genau diesem Zweck aus dem Gefängnis entlassen worden waren. Dieser Coup inspirierte offenbar viele Staatsführer in Asien und Afrika, Gleiches zu tun.

Amnestie für Terroristen

»Arabischer Frühling« brachte verurteilte Schwerverbrecher nach Deutschland

Die hierzulande lebenden Asylsucher aus Afrika sowie dem Nahen und Mittleren Osten sind deutlich krimineller als Deutsche. Das resultiert unter anderem daraus, dass es sich bei den angeblich Schutzbedürftigen verbreitet um ehemalige Gefängnisinsassen handelt, welche bereits in ihrer Heimat straffällig geworden sind.

Die Delinquenz algerischer Zuwanderer in der Bundesrepublik liegt beim 27-fachen der Rate der Bürger unseres Landes. Ähnliches gilt für Marokkaner, Syrer, Libyer und Eritreer. Rund drei Prozent aller Immigranten in Deutschland sind sogar schwerstkriminelle Intensivtäter, deren Verbrecherkarriere mit Sicherheit nicht erst hier begann. Das macht bei einer Millionen Asylsuchern immerhin 30 000 Personen.

Dass diese zu uns gelangen konnten, ist sowohl die Folge der rechtswidrigen Grenzöffnung durch die Regierung Merkel als auch der Politik der jeweiligen Herkunftsländer. Gefängnisinsassen zu alimentieren, geht kräftig ins Geld. In Deutschland sind dafür rund 150 Euro pro Person und Tag fällig. Alles in allem wendet unser Staat derzeit um die 680 Millionen Euro im Jahr für ausländische Inhaftierte auf. Eine Summe, die man im Maghreb und anderswo nicht ausgeben muss, weil es gelang, die eigenen Kriminellen nach Europa zu „entsorgen“.

> Wegen Platzmangels: Nigeria entließ 20 000 Inhaftierte

Diese Praxis erlebte insbesondere während des sogenannten Arabischen Frühlings ab Ende 2010 einen enormen Aufschwung, als sich im Zuge der dortigen „Revolutionen“ die Gefängnistore mehrerer nordafrikanischer und nahöstlicher Staaten öffneten. Später fanden zudem immer wieder Gefangenenbefreiungen durch islamische Milizen statt. Und in den Jahren danach sorgten weitere Amnestien für die regelmäßige Leerung der Haftanstalten in der islamischen Welt. 2017 war dies beispielsweise in Marokko, Tunesien, Libyen, Afghanistan und Usbekistan der Fall. Ähnlich sieht es mittlerweile in Afrika aus, wo man sich der lästigen Zuchthäusler nun ebenfalls durch Begnadigungen zu entledigen versucht, so wie erst kürzlich in Gambia und Äthiopien – natürlich verbunden mit der Hoffnung, dass die Ex-Häftlinge dann auf Nimmerwiedersehen nach Europa verschwinden.

Besondere Probleme mit drastisch überfüllten Strafanstalten hatte früher Nigeria. Deshalb beschlossen die 36 Provinzgouverneure im Jahre 2010, mehr Hinrichtungen durchzuführen, um die Zellen leer zu bekommen. Das animierte den Österreicher Manfred Nowak, seines Zeichens UN-Sonderberichterstatter für Folter, auf dem 12. Kongress der Vereinten Nationen zur Verbrechensverhütung und Strafrechtspflege zu fordern, 20 000 der 40 000 Inhaftierten in Nigeria freizulassen. Und tatsächlich legte die Regierung in Abuja in den Folgejahren mehrere Amnestieprogramme auf, von denen inzwischen sogar verurteilte Mitglieder von Terrormilizen wie der Boko Haram profitieren konnten.

Kommen die entlassenen Verbrecher und Islamisten dann bei uns an, gelten sie in der Regel als „ehemalige politische Gefangene.“ Das heißt, unser Staat fällt erneut auf eine Masche herein, die schon das DDR-Regime nutzte, um finanzielle Vorteile zu erlangen: Unter den von der Bundesrepublik mit insgesamt acht Milliarden D-Mark freigekauften 33 755 inhaftierten „Oppositionellen“ und 250 000 sonstigen Ausreisewilligen waren ebenfalls zahlreiche Kriminelle, mit denen sich dann der gutgläubige Westen herumschlagen musste.

Wolfgang Kaufmann

Marokkaner führend bei Straftaten

Laut einem Lagebericht des Bundeskriminalamtes von 2017 mit dem Titel „Kriminalität im Kontext von Zuwanderung“ stammt nur ein Prozent der Asylsuchenden aus Marokko – jedoch verüben Marokkaner hierzulande 7,6 Prozent aller registrierten Straftaten, die Ausländern zugeschrieben werden. Das heißt, die angeblichen Flüchtlinge aus dem nordafrikanischen Königreich werden überproportional häufig straffällig. Dieser unbestreitbare Umstand wird häufig mit der fehlenden Bleibeperspektive der vorgeblich Schutzsuchenden sowie ihrem jugendlichen Alter entschuldigt. Dabei scheint es aber auch in Marokko so zu sein, dass die Regierung einiges daransetzt, Straftäter freizulassen und zu „exportieren“.

Aufgrund der offensichtlich recht guten Arbeit der Polizei beträgt die Aufklärungsquote in dem Maghreb-Staat beachtliche 92 Prozent – so lauten zumindest die Angaben der Generaldirektion für Nationale Sicherheit (DGSN) für 2017. Deshalb mussten sich im Vorjahr 538 344 Marokkaner vor Gericht für ihre Taten verantworten. Und es wanderten auch zahlreiche Mörder, Vergewaltiger, Räuber, Diebe und Drogenhändler ins Gefängnis.

> Bevölkerung gegen ständige Amnestien

Das ist natürlich eine Herausforderung für das Strafvollzugssystem, der man in Rabat bislang durch ständige Amnestien bei allerlei Gelegenheiten wie der Geburt der Kinder des regierenden Monarchen Mohammed VI. Herr zu werden versuchte. Die letzte erfolgte im Juli 2017 – diesmal aus Anlass des 18. Thronjubiläums des Königs. Dadurch kamen 1178 Personen frei, darunter 50 regierungskritische Demonstranten. Beim Rest dürfte es sich wieder zu einem Großteil um Kriminelle handeln. Denen gegenüber verfuhr Mohammed VI. bei seinen früheren Amnestien oft derart großzügig, dass sich Widerstand im Volke regte. So zum Beispiel im August 2013, als er unter anderem einen zu 30 Jahren Haft verurteilten Pädophilen begnadigte, der elf Kinder zwischen vier und 15 Jahren vergewaltigt hatte.

W.K.



Kairo im Juli 2015: Jubelnde Häftlinge, denen anlässlich des Fastenbrechen-Fests die Freiheit geschenkt wurde Bild: action press

Arabische Welt in Aufruhr

2011: Rebellion in Tunesien weitete sich bis nach Ägypten aus

Am 17. Dezember 2010 brachen in Tunesien landesweite Massenunruhen aus, die einen Domino-Effekt auslösten und weite Teile der arabischen Welt in Aufruhr versetzten. So auch Ägypten, wo die Proteste am 25. Januar 2011 begannen. Sie richteten sich vor allem gegen den seit 1981 amtierenden Langzeit-Präsidenten Muhammad Husni Mubarak. Der wiederum klammerte sich zunächst verbissen an die Macht und setzte unter anderem Provokateure ein, die Vorwände für die gewaltsame Niederschlagung der „Revolution“ liefern sollten.

Das zeigte jedoch kaum Wirkung. Deshalb sorgte Mubarak schließlich am 29. Januar für die Freilassung von mindestens 4000 inhaftierten Verbrechern. Hierdurch entstand in Ägypten ein gewaltiges Chaos, das über 800 Todesopfer forderte. Die kriminellen Horden terrorisierten die Anti-Mubarak-Demonstranten. Daneben plünderten und randalierten sie, ohne dass die Polizei eingriff.

Davon betroffen war auch das weltberühmte Ägyptische Museum in Kairo. Dort wurden der Souvenir-Shop sowie die Kasse aufgebrochen und darüber hinaus 54 wertvolle Exponate aus der Pharaonen-Zeit gestohlen, darunter zwei vergoldete Objekte aus dem Grabschatz des Tutanchamun und Statuetten von Echnaton und Nofretete. Das erinnert an die Vorfälle im Irak nach dem Sturz des Diktators Saddam Hussein im Jahre 2003, als „wütende Demonstranten“ das Nationalmuseum in Bagdad ausraubten.

> Ägypter gaben sich als Syrer aus, um in die EU zu gelangen

Unter Mubaraks Nachfolgern Mohammed Mursi Isa al-Ayyat und Abd al-Fattah as-Sisi wurden weitere, diesmal formelle Amnestien verkündet – so beispielsweise 2012 und 2015.

Es gilt mittlerweile als erwiesen, dass sich viele Ägypter ab 2015 als Syrer ausgaben und in Deutschland oder anderswo in der Europäischen Union Asyl beantragten. In diversen Einzelfällen konnten das die Bundespolizei beziehungsweise das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge auch konkret belegen. Wie viele der angeblichen Syrer dabei tatsächlich ägyptische Verbrecher sind, die 2011 und danach freikamen, wird wohl nie bekannt werden.

W.K.

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 33.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Glühwein trinken in der Festung

Hinter Millionen Euro teuren Schutzwällen genießen die Berliner den Weihnachtsbummel



Bunte Planen sollten den todernsten Hintergrund verdecken: Schutzsperren am Berliner Breitscheidplatz

Bild: pa

Nach dem verheerenden Anschlag auf den Weihnachtsmarkt auf dem Breitscheidplatz im Dezember 2016 musste sich der Berliner Senat Kritik anhören, er habe die Terrorgefahr unterschätzt. Zwei Jahre später gleicht der Weihnachtsmarkt an der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche einer Festung.

In diesem Jahr sind nicht nur Metallpoller aufgestellt worden, die unüberwindlich sein sollen. Auch Stahlgitterkörbe mit Sandsäcken und Stahl- und Betonsockel sollen verhindern, dass erneut ein Terroranschlag wie am Abend des 19. Dezember 2016 verübt werden kann. Damals war der tunesische radikale Moslem Anis Amri mit einem 40-Tonner in die Menschenmenge auf dem Weihnachtsmarkt hineingerast und hatte eine Spur der Verwüstung hinterlassen. Elf Besucher des Marktes wurden bei dem Anschlag getötet, mehr als 70 Menschen wurden zum Teil schwer verletzt.

Nach dem Anschlag wurden Vorwürfe laut, die Behörden hätten es versäumt, Fußgängerzonen und gefährdete Plätze wie etwa den Berliner Breitscheidplatz durch Absperrungen zu schützen. Tatsächlich weisen Sicherheitsexperten schon seit längerer Zeit darauf hin, dass Symbole der westlichen Lebensweise wie Einkaufszentren, Kirchen und Weihnachtsmärkte für islamische Terrorgruppen wichtige Anschlagsziele darstellen.

Auch mit der Nutzung von Fahrzeugen als Waffen musste gerechnet werden: Der Islamische Staat hat schon vor Jahren detaillierte Anleitungen für Anschläge mit Autos verbreitet. Zudem war wenige Monate vor dem Berliner Anschlag ein moslemischer Terrorist mit einem Lastwagen über die Strandpromenade von Nizza gerast. Dieser Anschlag im Sommer 2016 kostete mehr als 80 Menschen das Leben.

Mittlerweile haben die Berliner Behörden vielerorts Poller und Sicherheitsabsperrungen errichtet. Auf dem diesjährigen Weihnachtsmarkt in der City-West wird aber sogar ein Hochsicherheitskonzept getestet. Mehr als 100 Gitterboxen stehen in einer Reihe aufgebaut und miteinander verschraubt wie ein Wall am Rande des Marktes. Im Innern der Metallkästen ruhen schwere, mit Sand gefüllte Kunststofftaschen.

Diese Barriere soll im Ernstfall sogar schwere Fahrzeuge stoppen. Auch die Längsseiten und die Fußgängerzugänge haben die Behörden mit Pollern gesichert. Zusätzlich haben sie vorbeiführende Straßen vorübergehend zu Einbahnstraßen umgewandelt. Auf dem Markt selber werden Polizisten patrouillieren, um notfalls gegen Messerattentäter vorgehen zu können.

Für Berlins Presse ist das Ausmaß der Sicherheitsvorkehrungen auf dem Weihnachtsmarkt längst zum Thema geworden: Der „Berliner Kurier“ titelte mit der Wortschöpfung „Glühweinfestung“, andere Blätter schrieben vom „Glühwein schlürfen hinter Pollern“.

Aus Sicht des Berliner Senats stellen die aufgebauten Absperrungen einen in Deutschland bislang einzigartigen Schutz gegen Anschläge mit schweren Lastwagen dar. Diese Sicherheit hat allerdings ihren Preis: Allein die Vorkehrungen rund um den Breitscheidplatz kosten das Land 2,5 Millionen Euro.

Berlin könnte auch mit einem anderen Sicherheitsprojekt Maßstäbe für ganz Deutschland setzten. Erstmalig hat Innensenator Andreas Geisel (SPD) zu einem Clan-Gipfel geladen. In der letzten November-Woche kamen Fachpolitiker, Juristen und Ermittler zusammen, um über das Vorgehen gegen kriminelle arabische Großfamilien zu beraten.

> Gegen Angriffe von Messer-Attentätern patrouilliert Polizei

Ein Ergebnis des Expertentreffens ist die Entwicklung eines eigenen Zentrums zur Bekämpfung von Clan-Kriminalität. Dabei sollen Vertreter verschiedenster Behörden zusammenarbeiten, um effektiver gegen die kriminellen arabischen Familien vorzugehen zu können. Neben Polizei und Justiz könnten auch Finanzbehörden, Zoll, Jugend- und Bezirksämter sowie selbst die Jobcenter an einem Tisch sitzen.

Als Vorbild für eine solche Arbeitsgruppe nennen die Initiatoren das 2004 gegründete „Gemeinsame Terrorabwehrzentrum“ (GTAZ). Hier koordinieren Vertreter von insgesamt 40 Sicherheitsbehörden aus Bund und Ländern ihr Vorgehen gegenüber islamischen Gefährdern. Auch in Berlin-Neukölln arbeiten im Kampf gegen kriminelle orientalische Großfamilien schon jetzt verschiedene Behörden zusammen. Die Innenverwaltung will dieses Modell auf ganz Berlin übertragen.

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) hält die Initiative des Innensenators für eine sinnvolle Idee. Der Berliner GdP-Landesvorsitzende Norbert Cioma sagt: „Wir haben den kriminellen Handlungen arabischer Clans behördenübergreifend jahrzehntelang nicht die Aufmerksamkeit geschenkt, die nötig gewesen wäre, um dieses Übel im Keim zu ersticken. Wozu das geführt hat, erleben meine Kolleginnen und Kollegen tagtäglich, wenn sie einen Sozialleistungen beziehenden Zweite-Reihe-Parker dazu auffordern, seinen AMG wegzufahren oder in den Gerichtssälen, in denen die Rollen von Angeklagten und Zeugen gern verwechselt werden“.

Angesichts beschränkter Personalressourcen sieht die Polizeigewerkschaft aber auch ein Problem. Cioma warnt: „Herr Geisel muss sich bewusst sein, dass unsere Kollegen die komplexe Thematik nicht mal so nebenbei bewältigen können. Wenn wir für jede neue Idee Leute abziehen, bluten die einzelnen Dienststellen immer weiter aus“. *Norman Hanert*

Steuergeld für Linksextreme

Von Theo Maass

Berlins Justizsenator Dirk Behrendt (Grüne) behauptet, 2017 hätten sich 267 Angriffe von Neonazis, 947 antisemitische Vorfälle und 324 homo- und transfeindliche Taten ereignet. Die Zahlen stammen von Opferberatungsstellen. Behrendt glaubt, das alles unter „rechter Gewalt“ subsummieren zu können. Das ist eine dreiste Irreführung. Inzwischen wird hinterfragt, wie rechte Straftaten in die Statistik kommen. Jeder, der ein Hakenkreuz an die Wand schmiert, egal ob Antifa, Immigrant oder „richtiger“ Nazi, kommt in die Statistik der rechten Straftaten. Das hat sich inzwischen herumgesprochen. Und was haben die 947 antisemitischen Vorfälle sämtlich unter der Rubrik „rechte Gewalt“ zu suchen? Die Zahl dieser Vorfälle hat drastisch zugenommen mit der Asylflut von 2015. Die gleiche Ursache haben vermutlich die beklagten 324 homo- und transfeindlichen Taten.

Um rechter Gewalt zu begegnen, greift Behrendt in die Steuerkasse und finanziert mit 60 000 Euro eine neue Werbe-Kampagne: Mit Plakaten, auf Postkarten und in sozialen Medien soll sie in den kommenden sechs Wochen auf den Opferfonds „Cura“ aufmerksam machen. Der Verein hilft nach eigenen Angaben seit 1993 Opfern rechter Gewalt. Schaut man näher hin, gibt es eine Querverbindung zur linksextremen Amadeu-Antonio-Stiftung, der wiederum die frühere Stasizuträgerin Anetta Kahane vorsteht und die großzügig mit Staatsmitteln finanziert wird. Folgerichtig ließ sich Behrendt grinsend mit Kahane ablichten, um für die Aktion zu werben.

Kaum anzunehmen, dass durch die Aktion tatsächlich Spenden von Normalbürgern eingeworben werden. So sieht es eher nach einer verdeckten Staatsfinanzierung dieser Vereine aus. Natürlich ist auch der Werbefaktor zu beachten. Das wird sich wohl auch die weitgehend erfolglose Filmemacherin Mo Asumang gesagt haben, als sie sich entschloss, die Aktion mit ihrem guten Namen zu unterstützen und dafür einen Platz auf dem Werbefoto mit Behrendt und Kahane ergatterte.

Kahane beklagte die fehlende Spendenbereitschaft. In den vergangenen Jahren kamen durch Spenden zwischen 20 000 und 30 000 Euro im Jahr zusammen. Das reiche nicht für die vielen Aufgaben: „Dabei brauchen die Menschen das sehr dringend“, so Kahane. „Kosten für psychologische Beratungen können wir oft nicht übernehmen, weil das unser Budget übersteigt“, meint sie. Menschen, die keine Versicherungen haben, könnten dann ihr Trauma nicht richtig verarbeiten. Das glauben wir gerne, Frau Kahane, nur fragt sich, welche Menschen meinen Sie? Ihre Mitarbeiter und die anderen NGOs? Oder den Normalo auf der Straße?

Politik will »Rio-Reiser-Platz«

Umbenennung: Preußische Prinzessin soll linkem Barden weichen

Nach dem Willen der Mehrheit in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Friedrichshain-Kreuzberg soll ein Teil des Mariannenplatzes in Rio-Reiser-Platz umbenannt werden. Dagegen hat der Kreuzberger CDU-Parlamentarier Kurt Wansner grundlegende Kritik geäußert. Der Bezirk dürfe „nicht zur Beute linksradikaler Kreise“ werden. Der Mariannenplatz ist nach Maria Anna, Prinzessin von Preußen (1785–1846), benannt.

Dabei ist das Bezirksamt mit seinem Bemühen unglaubwürdig. Der Bezirk hat sich 2005 für eine Frauenquote von 50 Prozent bei Straßenbenennungen entschieden. Bis die erreicht ist, sollen Straßen und Plätze nur noch nach Frauen benannt werden. Diese selbst gestellte Hürde wollen Richter und die rot-rot-grüne Mehrheit mit dem Hinweis umgehen, Rio Reiser sei homosexuell gewesen. Ob das den Lesben und Schwulen in Berlin gefällt, wenn ihre Neigung bei Bedarf politisch instrumentalisiert wird, um politisch korrekte Quoten umgehen zu können, sei dahingestellt.

Eine andere Frage ist, ob Gewalt verherrlichende oder doch relativierende Liedertexte Vorbild für staatliches Handeln sein können.

> CDU-Politiker: »Bezirk wird zur Beute linksradikaler Kreise«

1971 wurde das Bethanien-Krankenhaus am Mariannenplatz „besetzt“, in „Georg-von-Rauch-Haus“ umbenannt und zum Symbol der Anarchistenszene. Reiser komponierte den „Rauch-Haus-Song“. Dort heißt es: „Der Senator war stinksauer, die CDU war schwer empört, dass die Typen sich jetzt nehmen, was ihnen sowieso gehört.“ (der Senator war 1971 noch ein SPD-Mann).

Wansner findet das alles andere als lustig: „Das ist Gentrifizierung der Tradition meines Bezirks. Der Mariannenplatz ist für meinen Bezirk sehr wichtig.“ Ganz scheint sich das Bezirksamt an die Sache noch nicht heranzuwagen. Die BVV will die Umbenennung vorerst nur „in Betracht ziehen“. Zurzeit findet eine Anwohnerbefragung statt. Die soll aber „nicht bindend“ sein.

Ersatzweise hat Linkspartei-Politiker Martin Richter schon den Heinrichplatz als neues Ziel seiner Umbenennungspläne ausgemacht. Das wäre dann der Austausch eines Männernamens unter Anrechnung des schwulen Rio Reiser auf die Frauenquote. Dass die Anwohner des Platzes sich die Umbenennung untätig gefallen lassen, ist unwahrscheinlich. Doch in der BVV verfügen Linkspartei, Grüne und SPD zusammen über 42 von 55 Sitzen, die CDU hat vier, die AfD drei und die FDP zwei Mandate. *Frank Bücker*

A 100 im Visier

DUH fordert Fahrverbote für Stadtautobahn

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) will in Berlin Fahrverbote auf der Stadtautobahn A 100 durchsetzen. „Die A 100 muss zwingend in den Blick genommen werden“, fordert DUH-Geschäftsführer Jürgen Resch. Kürzlich hatte das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen eine Fahrverbotszone für Essen angeordnet, zu der auch die Verkehrsschlagader A 40 gehört.

Die Gefahr der Stickoxidwerte ist zwar umstritten, da eine Gesundheitsbelastung laut Lungenfachärzten gar nicht besteht. Die Verwaltungsgerichte interessiert das aber nicht. Für die Berliner Stadtautobahn könnte es sein, dass selbst die von den Grünen nominierte Verkehrssenatorin Regine Günther gegen die DUH vorgeht.

In einer Modellrechnung der DUH für Berlin wird von hohen Stickoxidwerten in der Nähe des Messegeländes ausgegangen. Dort fahren täglich 80 000 Fahrzeuge über die A 100 nahe dem Funkturm. Der Senat versucht abzuwiegeln: Man halte Fahrverbote auf der Stadtautobahn dennoch für extrem unwahrscheinlich.

> Gesundheitsgefahr besteht gar nicht

Bereits jetzt soll das Land Berlin auf insgesamt 117 Straßenabschnitten mit einer Gesamtlänge von 15 Kilometern Fahrverbote prüfen. Längst ist die Vorgehensweise der DUH zu einem bundesweiten Politikum geworden. Von CDU, AfD und FDP ist zu hören, dass diesem „Abmahnverein“ die Gemeinnützigkeit entzogen werden solle. Auch die Anerkennung als klageberechtigter Verbraucherschutzverband steht in der Kritik. Der Berliner Senat will das schriftliche Urteil prüfen und über eine etwaige Berufung entscheiden. Derweil gibt sich die DUH siegessicher. *F.B.*

Weiter Streit um Obdachlose

Seit Wochen tobt der Streit zwischen dem Berliner Senat und den Verkehrsbetrieben (BVG), ob und in welchem Umfang im Winter U-Bahnhöfe als Übernachtungsmöglichkeit für Obdachlose geöffnet werden sollen. BVG-Chefin Sigrid Nikutta hatte zunächst erklärt, aus Sicherheitsgründen keine Bahnhöfe öffnen zu wollen, war aber auf Druck des Senats davon abgerückt und nun von der Zusage abgerückt. 2017 gab es zwei Kältebahnhöfe der BVG, Südstern und Lichtenberg, und zwar ohne Sicherheitsbedenken wegen Starkstroms im Gleisbett. Konkrete Angaben über Verunglückte unter den Nutzern der Kältebahnhöfe machte das Unternehmen nicht. Die erneute Absage will der Senat dem landeseigenen Unternehmen aber nicht durchgehen lassen. Laut dem Regierenden Bürgermeister Michael Müller (SPD) fordert der Senat nun, dass die BVG „einige Bahnhöfe zur Verfügung stellen müssen“. Noch ist nichts entschieden. *F.B.*

Ein Zwischenfall diplomatischer Art

Kiew setzt auf Provokation – Pipelines und bevorstehende Präsidentenwahl als mögliche Motive

Die seit Wochen anhaltende militärische Aktivität der ukrainischen Regierung im Umfeld des Asowschen Meeres hat zu einem gefährlichen Höhepunkt geführt, der in der Verhängung des Kriegsrechts für drei Monate durch die ukrainische Regierung für die Region mündete.

Am vergangenen Sonnabend informierte gegen 19.30 Uhr MEZ der russische Grenzschutz eine kleine Flottille ukrainischer Militärschiffe, dass sie sich der Seegrenze zu russischen Hoheitsgewässern nähere. Die drei Kommandeure der Schiffe „Berdjansk", „Nikipol" und „Jany Kapul" antworteten, dass sie die Grenze achten würden. Doch dann kam es ganz anders.

Die Szene spielte sich in der Straße von Kertsch ab, in russischem Hoheitsgewässer und in Sichtweite der neuen Brücke, die das russische Festland mit der Krim verbindet und einen Stachel im Fleisch der ukrainischen Nationalisten darstellt. Die drei Eindringlinge wurden wiederholt gewarnt, dass die Lage den Waffengebrauch rechtfertige. Diese Hinweise blieben ergebnislos.

Darauf – sieben Stunden nach der ersten Warnung – blockierten die russischen Einheiten die drei Ukrainer, wobei die russische „Izumrud" nach erneuter Warnung die „Berdjansk" beschoss. Drei ukrainische Seeleute wurden verletzt und von den Russen versorgt. Die drei Schiffe wurden an die Leine gelegt. Soweit der Vorgang, der weitgehend unbestritten ist, bis auf die Frage, ob er sich in russischen oder internationalen Gewässern abgespielt habe.

Die weitere Entwicklung zeigte indes, dass die wahre Arena nicht militärischer, sondern diplomatischer und propagandistischer Art ist. Westliche Politiker und Medien erklären in der üblichen Einhelligkeit die Russen für die Verursacher des Vorfalls und werfen ihnen den Bruch des Völkerrechts vor. Dieser Vorwurf wurde, wie immer, wenn Russland involviert ist, erhoben, bevor der Vorgang überhaupt untersucht worden wäre.



Seine Wiederwahl ist in Gefahr: Petro Poroschenko muss Profil zeigen Bild: pa

„Was den gestrigen Vorfall angeht, so ist er eine eindeutige Provokation", erklärte darauf Russlands Außenminister Sergej Lawrow. „Dabei wurden Kernsätze des internationalen Rechts – nicht nur des Seerechts, sondern auch des allgemeinen internationalen Rechts, darunter auch der UN-Charta, des Seerechtsübereinkommens von 1982 und anderer völkerrechtlicher Instrumente – verletzt, die mehrfach von allen Staaten fordern, die Souveränität eines anderen Staates zu achten."

Folgerichtig beantragte Russland bei den Vereinten Nationen eine Sondersitzung zu dem Vorfall. Doch das Weltgremium lehnte diesen Antrag ab, entsprechend einem dahingehenden Bemühen der USA und der EU-Länder. Die russische Außenamtssprecherin Maria Sacharowa kommentierte die Ablehnung: „Zu unserem großen Bedauern fanden die Mitglieder des Sicherheitsrates, nicht ohne den Einfluss der USA und anderer westlicher Staaten, nicht den Mut, dem russischen Antrag stattzugeben und eine Sitzung des Sicherheitsrates ... abzuhalten und ... das zu prüfen, was gestern in den russischen Hoheitsgewässern geschehen war."

Es scheint, dass es für die Ukraine nichts zu gewinnen gibt, wenn durch eine offizielle Untersuchung weitere Einzelheiten bekannt würden. Die Position Kiews wird im Gegenteil durch die Aussagen dreier festgenommener ukrainischer Seeleute geschwächt. Der russische Inlandsgeheimdienst FSB veröffentlichte umgehend Auszüge aus den Vernehmungsprotokollen der ukrainischen Seeleute Kapitän Wladimir Lesowoj, Oberleutnant Andrej Dratsch und des Matrosen Sergej Zybisow. Kapitän Lesowoj räumte ein: „Ich war mir bewusst, dass die Aktionen der Schiffsgruppe der ukrainischen Seestreitkräfte in der Straße von Kertsch provozierend waren".

Dratsch wiederum bestätigte, dass die ukrainischen Schiffe davor gewarnt worden waren, die russische Seegrenze zu verletzen. Die russische Küstenwache habe sie mehrfach aufgefordert, anzuhalten und weitere Anweisungen abzuwarten. Alle drei gestanden, illegal in russisches Hoheitsgebiet eingedrungen zu sein und gegen russische Rechtsvorschriften verstoßen zu haben.

Dies sei allerdings nicht ohne Anweisung geschehen, wie der russische Außenpolitiker Alexej Puschkow sagt: „Es besteht kein Zweifel daran, dass der Befehl unmittelbar vom Präsidenten Poroschenko gekommen ist. Ohne Kenntnis und Zustimmung und ohne Initiative von Staatsoberhäuptern werden solche Dinge nicht ausgeführt, denke ich. Und ich glaube, dass es wirklich eine geplante Provokation ist, die mehrere Zwecke erfüllt."

Puschkow nennt als Gründe den Gipfel von Istanbul zwischen Russland und der Türkei und die Gas-Pipeline „Nord-Stream 2". Beide Vorgänge sind geeignet, die Ukraine international zu schwächen. Doch es gibt noch einen weiteren und zwar innenpolitischen Grund für Poroschenko. Im kommenden Jahr stehen Präsidentschaftswahlen an, und da scheinen seine Aussichten, im Amt bestätigt zu werden, alles andere als gut zu sein.

Nun hat der ukrainische Präsident die ukrainischen Reservisten mobil gemacht, und er verhängte den Kriegszustand für 30 Tage. Wörtlich erklärte er, sein Land befinde sich im Krieg mit Russland. Der österreichische Osteuropa-Experte Gerhard Mangott sagt: „Poroschenko steht vor einer Präsidentenwahl, die er verlieren wird. Seine Zustimmungsrate liegt derzeit bei acht Prozent." Daher schüre er eine Kriegsstimmung, um die Wahlen wenigstens verschieben zu können.

Lawrow appelliert eindringlich an die westlichen Politiker, „jene zur Vernunft zu bringen, die aus Kriegshysterie politischen Profit schlagen". Der Telefonanruf des russischen Präsidenten Putin bei Kanzlerin Merkel geschah aus demselben Grund. Dabei unterstrich Putin: „All das wurde offensichtlich unter Berücksichtigung der Wahlkampagne in der Ukraine unternommen." *Florian Stumfall*

MELDUNGEN

»Fake-News« in Frankreich

Paris – Am 20. November hat die französische Nationalversammlung mehrheitlich ein Gesetzespaket gegen Gerüchte und Falschaussagen beschlossen. Ein Gesetz sieht vor, dass Parteien oder Kandidaten während der letzten drei Monate vor einer landesweiten Wahl mithilfe eines Richters per Eilverfahren gegen öffentlich verbreitete sogenannte „Fake-News" vorgehen können. Ein zweites Gesetz befasst sich mit sozialen Netzwerken wie Facebook oder Twitter. Diese sind zu größerer Transparenz verpflichtet, wenn sie Inhalte gegen Bezahlung verbreiten. Zuvor war das umstrittene Paket im Senat gescheitert. Kritiker warnen vor Zensur. *CRS*

Annäherung im Kurilenkonflikt

Tokio/Moskau – Im Streit um die zwischen Japan und Russland liegenden Kurilen-Inseln – die durch die Konferenz von Jalta sowjetisch wurden, aber nach wie vor auch von Japan beansprucht werden – deutet sich nach zwei gescheiterten Einigungsversuchen eine Lösung an. Wladimir Putin soll dem japanischen Premierminister Shinzo Abe Ende September in Wladiwostok angeboten haben, bis Ende 2018 einen Friedensvertrag abzuschließen. Beide stimmten zu, beim G20-Gipfel am 30. November und am 1. Dezember über die Lösung der Kurilenfrage zu verhandeln. Eine mögliche Lösung sieht vor, dass Japan auf die Inseln Itrup, auf der 7500 Russen leben und Kunaschir (7800 Russen) verzichtet, und nur auf die Rückgabe Schikotans (2800 Russen) besteht. Russland verlangt schriftliche Garantien, dass auf den Kurilen keine US-Soldaten stationiert werden. *MRK*

Dieser Ausgabe liegt der Tafelkalender 2019 bei

Mays größter Gegner

Brexit-Hardliner Jacob Rees-Mogg gilt als klassischer Konservativer

Der britische Konservative Jacob Rees-Mogg wünscht sich einen harten Brexit und ist damit der schärfste Gegenspieler von Premierministerin Theresa May. Doch die geplante Vertrauensabstimmung fand in der vergangenen Woche nicht statt. Zu wenige Abgeordnete unterstützten seinen Antrag. Ein solches Votum wird angesetzt, wenn 48 konservative Abgeordnete den Antrag unterstützen. „Ich bin natürlich nicht von meinen Kollegen enttäuscht. Ich habe immer gesagt, dass unsere Gruppe nicht eine einheitliche Sicht der Dinge hat. Jeder bildet sich seine eigene Meinung. Sie tun, was und wann sie es für richtig halten", erklärte er gegenüber dem „Deutschlandfunk".

May will das Land trotz EU-Austritts unter anderem an den europäischen Binnenmarkt und an die Zollunion angeschlossen lassen. Kritiker werfen der Regierungschefin vor, bei den Verhandlungen mit Brüssel zu viele Kompromisse gemacht zu haben. Ihr Wortführer innerhalb der eigenen Partei ist mittlerweile Rees-Mogg.

Das Nachrichtenmagazin „Focus" beschreibt den ehemaligen Oxford-Studenten als Taktiker. Er führe die European Research Group an – eine finanziell starke Gruppe, die mit aller Macht die Vorhaben der sogenannten „Remainer", also Brexit-Gegner, zu torpedieren versuche. Beobachter vermuten, dass Rees-Mogg selbst den Posten der Premierministerin im Visier hat. „Die Brexit-Vereinbarung der britischen Premierministerin May hält nicht die Versprechen des konservativen Manifests", kritisierte er nun und dachte laut über einen Führungswechsel nach.



Brexit-Befürworter: Jacob Rees-Mogg Bild: Chris McAndrew

Rees-Mogg wurde im einstigen Grafschaftsviertel North East Somerset in das britische Parlament gewählt und gilt als Vertreter der Oberschicht. Am ehesten könnte man ihn mit Friedrich Merz vergleichen, denn auch der Brite hat Millionen auf dem Konto. Und er kann warten. So hat er die Niederlage in der vergangenen Woche nicht als solche wahrgenommen. Rees-Mogg spielt auf Zeit: „Einige glauben, der beste Zeitpunkt ist die Abstimmung über den Vertrag im Unterhaus. Sie ist für den 10. oder 11. Dezember geplant. Also warten wir es ab. Politik ist ein Geduldsspiel."

Mittlerweile sind auch internationale Medien auf den 46-Jährigen aufmerksam geworden. „Es handelt sich, und deswegen ist dieser Mann so interessant, um einen ganz klassischen Konservativen (auch nach einer Vergewaltigung lehnt er Abtreibung ab). Aber auch um einen Konservativen-Darsteller, der die Insignien einer glanzvolleren Vergangenheit strategisch und effekthascherisch einsetzt wie ein Schauspieler seine Zahnprothese", schreibt die „Welt" und prophezeit: „Insofern ist Rees-Mogg, seinem Retro-Look zum Trotz, leider ein Mann der Zukunft."

Dabei ist die Zukunft der Regierung May mehr als offen. Die Anhänger der Premierministerin werfen ihren Parteikollegen vor, in einer schwierigen Situation durch ihre Initiative zum Sturz Mays zusätzliche Ungewissheit zu schaffen. *Peter Entinger*

Fahrt in den siebten Himmel

In Marokko fährt Afrikas erster Hochgeschwindigkeitszug

Al Boraq" – so hieß das geflügelte Fabelwesen, auf dem der Prophet Mohammed einst, nach dem Glauben der Muslime, von Jerusalem aus in den siebten Himmel aufgefahren und später wieder herabgefahren sein soll. Nun heißt so auch der erste Hochgeschwindigkeitszug TGV, der in Marokko die beiden Metropolen Rabat und Tanger verbindet. Die marokkanische Eisenbahngesellschaft ONCF hat jetzt in Anwesenheit von König Mohammed VI. und dem französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron den ersten afrikanischen TGV in Betrieb genommen.

Zuvor mussten einige Bahnhöfe neu erbaut werden. Bis 2025 werden alleine für die Strecke Rabat-Agdal rund 30 Millionen Passagiere pro Jahr erwartet. Beauftragt mit dem Bau der Strecke sowie der dazu gehörenden Infrastruktur war die französische Eisenbahngesellschaft SNCF. Lieferant der Züge ist der ebenfalls französische Konzern Alstom. Den ersten Spatenstich zu dem vier Milliarden Euro teuren Prestigeobjekt hatten vor acht Jahren der damalige französische Präsident Francois Sarkozy und der damalige König Hassan VI. getätigt. Finanziert wurde das Vorhaben des unter einer chronischen Haushaltskrise leidenden Maghrebstaates durch Kredite aus Frankreich, Saudi-Arabiens und den Golfstaaten.

Der Schnellzug soll in einer ersten Phase die Städte Tanger und Casablanca miteinander verbinden und durch die Hauptstadt Rabat fahren. Allerdings erreicht der TGV nur auf der Strecke Kenitra–Tanger eine Reisegeschwindigkeit von 320 Kilometern pro Stunde. Von Kenitra nach Casablanca wird der TGV eine Reisegeschwindigkeit von 220 Kilometern pro Stunde erreichen. Insgesamt reduziert sich die Reisezeit zwischen den beiden Wirtschaftsmetropolen von fünf Stunden auf etwas mehr als zwei Stunden.

> Angesichts weit verbreiteter Armut gibt es auch Kritik

Sollte Marokko 2026 die Fußballweltmeisterschaft austragen, soll der TGV dann bis Marrakesch fahren. Langfristig sollen bis 2035 sogar zwei TGV-Strecken entstehen. Neben der jetzt eröffneten Atlantikroute von Tanger bis Agadir noch eine knapp 2000 Kilometer lange Maghrebstrecke von Casablanca über Rabat und Oujda weiter via Algier durch Algerien bis nach Tunis in Tunesien.

Die marokkanische Regierung hofft, dass die Züge dem Land Wohlstand und Prestige bringen, von daher auch der religiöse Name für den ersten TGV-Zug. Die Menschen in Marokko, die in letzter Zeit in Scharen in die Boote nach Spanien steigen oder die Grenzwälle der beiden spanischen Exklaven Ceuta und Melilla im Norden Marokkos erklimmen, sollen merken, dass sie ein Land verlassen, das an der technologischen Spitze Afrikas stehen möchte und sogar in der Lage ist, Projekte durchzuführen, die es sonst nur in Europa oder Asien gibt. Marokko hat in den letzten 20 Jahren enorme Investitionen in die Infrastruktur getätigt. Insbesondere der Norden, der Nordosten und vor allem die am Mittelmeer gelegene Region von Tanger-Tetouan bis Oujda haben davon am meisten profitiert.

Angesichts der Defizite im Bildungs- und Gesundheitswesen sowie der weitverbreiteten Armut wird diskutiert, ob man das Geld nicht an anderer Stelle hätte ausgeben können oder müssen. Während die Küstenregionen sich zügig entwickeln, bleibt das Landesinnere zurück. Omar Balafrej von der „Stop TGV"-Kampagne hat errechnet: „Jede zehn Meter der TGV-Strecke ergäben mindestens eine Schule." *Bodo Bost*

Nachsitzen für die Kohlekommission

Mitteldeutsche Ministerpräsidenten schreiben Brandbrief an die Kanzlerin und fordern ein Bundesgesetz

Die sogenannte Kohlekommission sollte eigentlich bereits Ende des Monats einen Abschlussbericht präsentieren. Auf der Zielgeraden wurde allerdings erheblicher Nachbesserungsbedarf deutlich. Die Bundesregierung wird für den Verzicht auf die Nutzung der heimischen Braunkohle vermutlich noch viel mehr Geld in die Hand nehmen müssen.



„Stilllegen von Arbeit und Wertschöpfung“: Der Braunkohletagebau, hier in der Lausitz, steht vor dem Aus Bild: Imago

Scharfe Kritik aus mehreren Ländern mit Braunkohlevorkommen hat dazu geführt, dass die Bundesregierung das Mandat der Kohlekommission bis Januar 2019 verlängert hat. Ursprünglich war geplant, dass ein Fahrplan für den Kohleausstieg noch vor der UN-Klimakonferenz vorliegt, die im Dezember im schlesischen Kattowitz stattfindet. Unter Umweltverbänden herrscht Einigkeit darüber, dass Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) auf dem UN-Gipfel ein baldiges Aus für die Kohleverstromung verkünden muss.

Die Regierungschefs von drei Braunkohle-Ländern haben diesen Zeitplan inzwischen durcheinandergebracht. In einem Brandbrief an Bundeskanzlerin Angela Merkel übten Brandenburgs Regierungschef Dietmar Woidke (SPD), sein sächsischer Amtskollege Michael Kretschmer (CDU) und Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Rainer Haseloff (CDU) massive Kritik an der Arbeit der Kohlekommission. Laut Medienberichten ist in dem Brief der Ministerpräsidenten mit Blick auf Entwürfe der Kommission von Befürchtungen die Rede, dass zulasten der Regionen einseitig der Ausstieg aus der Kohleverstromung vorangetrieben werden soll. Die Regierungschefs fordern dagegen massive Investitionen und auch mehr Zeit. Für sie ist ein deutliches Vorziehen des Kohleausstiegs zudem nur hinnehmbar, „wenn zu diesem Zeitpunkt bereits die infrastrukturelle, industrielle und innovationstragende Neuorientierung in der Region wirklich begonnen hat“.

Offenbar ist der Eindruck entstanden, Teilen der Kohlekommission würde es vorrangig um die schnellstmögliche Abschaltung von Kraftwerken gehen – egal wie die Folgen für die Region aussehen, egal was es kostet. Im Gespräch sind etwa Zahlungen an Betreiber der Kohlekraftwerke, die schon bis 2022 abgeschaltet werden sollen.

Auch die Kraftwerksbetreiber, die bereits genehmigte Revierkonzepte nicht mehr vollständig umsetzen und vorzeitig aussteigen, können möglicherweise mit milliardenschweren Entschädigungen rechnen. Sachsens Ministerpräsident kritisiert derartige Ideen scharf: „Entschädigen heißt, der Staat zahlt Steuergelder dafür, dass er vertragsbrüchig wird: Wir kaufen uns von Tagebaugenehmigungen frei.“ Zudem fordert Kretschmer: „Wir brauchen Milliarden für neues wirtschaftliches Leben, nicht für das Stilllegen von Arbeit und Wertschöpfung.“ Im Zusammenhang mit den Kohleausstiegsplänen erinnerte der sächsische Ministerpräsident daran, dass die betroffenen Regionen in den drei östlichen Bundesländern bereits einen Strukturbruch nach der deutschen Wiedervereinigung erlitten hätten. Kretschmer sagte, dies dürfe sich nicht wiederholen.

Sachsen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg wollen für den Verlust der Kohleförderung für die nächsten 30 Jahre Anpassungshilfen in Höhe von bis zu zwei Milliarden Euro pro Jahr, insgesamt also 60 Milliarden Euro. Die Ministerpräsidenten Woidke, Kretschmer und Haseloff sprechen sich zudem für ein Bundesgesetz aus. Darin sollen die Schaffung neuer Arbeitsplätze und der Bau neuer Infrastruktur in den vom Kohle-Ausstieg betroffenen Regionen festgeschrieben und auch langfristig gesichert werden. Als Vorbild wird das Bonn-Berlin-Gesetz zum Hauptstadtumzug genannt. Der Brandbrief an die Kanzlerin und auch der Ruf nach einem Bundesgesetz sind ein Signal dafür, dass in den betroffenen Braunkohle-Ländern mittlerweile die Furcht umgeht, mit deindustrialisierten Regionen und den Folgen des Kohleausstiegs im Stich gelassen zu werden. Tatsächlich sind für die betroffenen Bundesländer bis 2021 zunächst einmal nur 1,5 Milliarden Euro an Hilfen einkalkuliert.

Auch Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Armin Laschet hat inzwischen angemahnt, dass für einen Strukturwandel ausreichende Mittel nötig sind. Der CDU-Politiker sagte, Nordrhein-Westfalen sei bereit, ein Gesamtpaket zum Kohleausstieg mitzutragen, „wenn die Bedingungen für die betroffenen Menschen und Unternehmen tragbar sind“. Zudem fordert Laschet eine Revisionsmöglichkeit, eine „Wenn-dann-Klausel“, beim Ausstieg aus der Kohleverstromung. Aus Sicht Laschets müssen Versorgungssicherheit, der Ausbau der Netze und auch die Bezahlbarkeit von Strom gewährleistet sein.

Die Kohlekommission hat inzwischen einem Bericht widersprochen, wonach der Ausstieg aus der Kohleverstromung im Westen Deutschlands beginnen soll. Der „Spiegel“ hatte unter Berufung auf einen Entwurf für den Abschlussbericht der Kohlekommission gemeldet, dass zunächst Kraftwerke mit einer Leistung von insgesamt fünf Gigawatt stillgelegt werden sollen. In Nordrhein-Westfalen würde dies das Rheinische Revier betroffen. Die Kraftwerke im Osten würden dann ab 2030 abgeschaltet werden. *Norman Hanert*

MELDUNGEN

Schulden der Schwellenländer

Berlin – Die sogenannten Schwellenländer haben Erhebungen des Internationalen Währungsfonds zufolge eine Gesamtverschuldung von knapp 38,6 Billionen Euro. Die Auslandsverschuldung daran beträgt knapp zehn Billionen Euro. Aus den Daten der Deutschen Zahlungsbilanzstatistik ergeben sich Forderungen der deutschen Banken gegenüber Argentinien in Höhe von 300 Millionen Euro, gegenüber Brasilien von 2,8 Milliarden Euro, gegenüber Indien in Höhe von 8,9 Milliarden Euro, gegenüber Indonesien von 2,7 Milliarden Euro, gegenüber Südafrika in Höhe von 2,3 Milliarden Euro und gegenüber der Türkei in Höhe von 20,1 Milliarden Euro. *J.H.*

»SUVs« immer beliebter

Flensburg – Die Zahl der Neuzulassungen von Pkw aus dem Segment „SUV“ (Sport Utility Vehicle) lag in Deutschland im Jahr 2017 bei 522 000 und hat sich damit im Vergleich zu 2013 mehr als verdoppelt. Ebenfalls angestiegen ist die Zahl der Neuzulassungen von Geländewagen, die 2017 bei knapp 300 000 und 2013 bei 218 000 lag. Insgesamt wurden im Jahr 2017 3,44 Millionen Pkw neu zugelassen. 15,2 Prozent davon waren SUVs und 8,7 Prozent Geländewagen. *J.H.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
1.933.028.433.477 €

Vorwoche: 1.933.069.655.490 €

Verschuldung pro Kopf:
23.349 €

Vorwoche: 23.349 €

(Dienstag, 27. November 2018, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Noch ein Streich

Von Gerd Seidel

Ähnlich wie der Migrationspakt soll nach dem Willen der Bundesregierung nun ein zweiter Globaler Pakt von weitreichender Bedeutung hinter dem Rücken der deutschen Öffentlichkeit verabschiedet werden. Es ist der Globale Pakt für Flüchtlinge, für den in einem Ausschuss der UN-Generalversammlung bereits 176 Staaten, darunter Deutschland und andere EU-Staaten, gestimmt haben und der dann Mitte Dezember 2018 vom Plenum der UN-Generalversammlung angenommen werden soll (UN Doc. A/73/12 – Part II). In den Medien fand dieser neue Pakt bisher kaum Erwähnung. Dabei enthält er ähnlich viel Zündstoff wie der Globale Migrationspakt, der inzwischen sowohl international als auch innerhalb Deutschlands viele Gegner gefunden hat.

Auch der Flüchtlingspakt soll rechtlich unverbindlich sein, was freilich seine politische Bindung nicht ausschließt. Die sich in der Mehrheit befindlichen Entwicklungsländer dürften aber in der Folgezeit auf eine völkerrechtliche Verbindlichkeit hinwirken. Ganz ähnlich wie im Migrationspakt werden Sachverhalte durch unklare Begriffe vernebelt.

Es beginnt bereits mit dem im Titel verwendeten Begriff des Flüchtlings, der nach Artikel 1 der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 eigentlich nur auf solche Personen anzuwenden ist, die in ihrem Heimatstaat durch Bedrohung an Leib und Leben politisch verfolgt werden und die deshalb in einem anderen Staat um Asyl ersuchen können. Erst nach erfolgreichem Abschluss des Asylverfahrens sind sie „Flüchtlinge". Durch den inflationären und undifferenzierten Gebrauch des Flüchtlingsbegriffs im Pakt – wie übrigens auch hierzulande – sollen offenbar Wirtschaftsimmigranten den Asylberechtigten gleichgestellt werden. Im Pakt erfolgt auch keine Unterscheidung nach Ursachen und Motiven der Emigration. Die besondere Verantwortung der Staaten, denen die Menschen den Rücken kehren, findet ebenso keine Erwähnung.

> So gefährlich wie der Migrationspakt: Der globale Flüchtlingspakt

Hinter dem häufig im Pakt gebrauchten Begriffspaar „Lasten- und Verantwortungsteilung" verbirgt sich die Aufforderung an die westlichen Industriestaaten, besonders von Immigration betroffene Erstaufnahmeländer zu unterstützen, beispielsweise durch Neuansiedlungsprogramme auf dem eigenen Staatsgebiet. Frühzeitig sollen die Immigranten fest eingegliedert werden in die staatlichen Leistungen des Sozial- und Gesundheitswesens, in das Bildungssystem und in den Arbeitsmarkt der Aufnahmestaaten.

Kein Wort zu den Pflichten der Immigranten!

Nicht zuletzt die damit zu erwartenden Eingriffe in die staatliche Souveränität verlangen es, den Globalen Flüchtlingspakt publik zu machen und ihn der Geheimdiplomatie der Bundesregierung zu entziehen.

Merkels Krisenmanager

Von Hermann Paul Winter

Peter Altmaier, Bundesminister für Wirtschaft und Energie, ist seit über 20 Jahren Mitglied des Bundestages. Er war Umweltminister, Minister für besondere Aufgaben und Kanzleramtschef. Aber vor allem ist er von jeher Merkel-Vertrauter. Dieser Aufgabe widmet er sich leidenschaftlich und bisweilen bis zur Selbstaufgabe. Altmaier sei ein bewährter Krisenmanager, heißt es. Qualifikation genug, dass ihn die Kanzlerin im Oktober 2015 zum Gesamtkoordinator des von ihr verursachten Zuwanderungsdesasters ernannte. Seither versucht Altmaier, Merkels schwerwiegendste Fehler unter den Tisch zu kehren und herunterzuspielen.

„Deutschland hat eine sehr erfolgreiche Kanzlerin", frohlockte er Ende 2017. In einem „Welt"-Interview zur Asylkrise ließ er nun wissen: „In der Sache haben wir die Herausforderungen gut bewältigt." In der CDU hätte allerdings „viel früher und breiter" über die Zuwanderungspolitik diskutiert werden können, um mehr Akzeptanz „im Volk" zu erhalten. Dies – so Altmaier locker – habe man „versemmelt". Gelernt hat er hieraus wohl nichts: Soeben haben die Altmaiers der CDU wieder versucht, Diskussionen zu verhindern, nämlich die über den UN-Migrationspakt. Im Unterton der Überheblichkeit fügt der Koordinator an: Hätte man in der CDU über die Grenzöffnung diskutiert, hätte man „höchstwahrscheinlich genauso entschieden". Ein Hohn auf die CDU-Basis!

Dass auch außerhalb der CDU Debatten hätten geführt werden müssen, statt sie zu unterbinden und Diskutanten zu diffamieren, fällt Altmaier erst gar nicht ein. Ohnehin schienen ihn Debatten über die Asylpolitik von jeher gestört zu haben. In einer Talkshow forderte er, seine Partei müsse überlegen, wie sie dem falschen Eindruck entgegentreten könne, „hierzulande dreht sich alles nur um Flüchtlinge". Die Menschen würden sich fragen, ob es denn nicht auch noch andere Probleme gebe. Derlei verlogener Umgang mit Bürgern ist seit Jahren das Markenzeichen der CDU-Fürsten.

Hätte Altmaier seinen Tunnelblick Richtung Kanzlerin auch einmal auf die „einfachen Leute", die er hin und wieder erwähnt, gerichtet, so wäre ihm sicher aufgefallen, dass dort sehr wohl Redebedarf besteht. Darüber, dass die „nationale Kraftanstrengung" für Abschiebungen ausgefallen ist, dass hunderttausende abgelehnter Asylbewerber nicht ausreisen müssen, tausende untertauchen, manche wiederholt illegal einreisen; dass weiterhin monatlich 15 000 Ankömmlinge registriert werden, dass nicht wenige die Sozialsysteme missbrauchen und die Kriminalstatistiken die Verantwortungslosigkeit der Kanzlerin offenbaren.

Schwere politische Fehlentscheidungen lassen sich für eine gewisse Zeit vertuschen – deren Folgen jedoch nicht. Auch „Krisenmanager" Altmaier wird das nicht schaffen, so sehr er auch weiterhin die Losungen der Kanzlerin verbreitet.



Selbst er wird die Folgen der verfehlten Asylpolitik nicht vertuschen können: Merkel-Vertrauter Peter Altmaier

Bild: Imago

Frei gedacht



So geht Weltregierung

Von Eva Herman

Es gibt sie noch, die Sternstunden in den Mainstreammedien. Selten zwar, aber dann mit Schmackes. „Welt"-Herausgeber und Ex-„Spiegel"-Chef Stefan Aust hat, gemeinsam mit dem öffentlich-rechtlich hochdekorierten Autor Helmar Büchel, am letzten November-Sonntag 2018 eine Analyse über den Globalen UN-Migrationspakt veröffentlicht, die es in sich hat. Spannend ist, dass der bei „Welt"-Online erschienene Artikel am frühen Abend des Erscheinungsdatums bereits über 1300 Kommentare zu verzeichnen hatte. Grundsätzliche Richtung der Leserreaktionen: „Danke, Herr Aust. Mir wurde beim Lesen nur noch schlecht. Wir sind in Deutschland verraten und verkauft!" Auch ich bedanke mich bei dem Autorenteam, denn diese Signale aus dem jetzt allmählich besorgten Mainstream dürften extrem wichtig sein für das seelische Befinden vieler Bürger, die heute die Welt nicht mehr verstehen.

Gleich zu Beginn stellen die Autoren fest: „Der UN-Migrationspakt spaltet Deutschland – wie schon die Flüchtlingspolitik der Kanzlerin. Doch die Folgen des Regelwerks werden viel gravierender sein als die Entscheidung Angela Merkels 2015, die Grenzen nicht zu schließen." Das ist für viele, die sich mit dem Thema noch nicht beschäftigt haben, eine ziemlich schlechte Nachricht.

„Einige Länder, bis jetzt die USA, Österreich, Ungarn, Australien, Israel, Polen, Tschechien, Bulgarien und Estland, werden nicht an Bord sein, wenn die Arche Noah der Vereinten Nationen in See sticht – als ultimative Rettungsmission für alle Migranten dieser Welt, die sich auf den Weg zu den wohlhabenden Staaten machen – Deutschland ganz vorneweg." Die Top-Journalisten geben der Kanzlerin eine Empfehlung ab: Wenn die Kanzlerin klug sei, werde sie sich danach „so schnell wie möglich aus der aktiven Politik zurückziehen, um die Folgen des Migrationspaktes nicht mehr in Amt und Würden miterleben zu müssen". Man bereitet die Bürger darauf vor, dass nach dem Strom der Asylbewerber es jetzt zu einem weiteren Strom kommen wird, „dem der Migranten aus wirtschaftlichen Gründen. Und die müssen noch nicht einmal auf ihre Anerkennung warten". Aust & Co stellen klar: „Der UN-Migrationspakt weitet de facto die Rechte von Asylsuchenden und Kriegsflüchtlingen auf all jene aus, die aus – nachvollziehbaren – wirtschaftlichen Gründen ihre Heimatländer verlassen und ihr Wohl in den reichen Regionen der Welt, vornehmlich in Europa suchen." So werden Wissenschaftler der Stiftung Wissenschaft und Politik (eine von der Bundesregierung bezahlte Denkfabrik) zitiert: „Unbegrenzter Zuzug und gleiche Rechte für alle." Rechte für alle?

Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind" gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht" hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Ja, es scheint eine klare Strategie dahinter zu stecken, dass man nun Türen und Tore für alle Einwanderungswilligen der Welt sperrangelweit öffnet, und es ist eben doch gerade keine Verschwörungstheorie: „Kern des UN-Migrationspakts, das wird immer deutlicher, ist es, die unübersichtliche Einwanderung von Asylbewerbern, Flüchtlingen aus Kriegsgebieten und anderen Migranten dadurch zu regeln, dass man illegale Migration legalisiert."

Es ist spannend, dass Ex-„Spiegel"-Chef Aust und der investigative Dokumentarfilmer Büchel nun endlich auch zu jenen handfesten Beweisen greifen, die bislang nur von uns frei arbeitenden Journalisten herangeführt wurden und von den Mainstreamern bislang eher als „Verschwörungstheorie" verteufelt wurden. So untersuchten die beiden den 2001 von den UN vorgestellten Vorschlag „Replacement Migration", in dem die Vertreter der Vereinten Nationen über die demografische Krise in Europa laut nachdachten und entsprechende Vorschläge machten (natürlich wieder rechtlich nicht bindend), die derzeit jedoch sehr verbindlich umgesetzt werden. Man will durch millionenfache Zuwanderung von Migranten das Geburtendefizit im sterbenden Europa ausgleichen beziehungsweise die europäischen Länder mit Einwanderern „auffüllen". So schreibt der „Welt"-Herausgeber: „Die Bedeutung jedenfalls wurde beschrieben als ‚Zuwanderung aus dem Ausland, die benötigt wird, um den Bevölkerungsrückgang, das Schrumpfen der Erwerbsbevölkerung sowie die allgemeine Überalterung der Bevölkerung auszugleichen'. ... Für Deutschland berechnete man ein Szenario, welche Zuwanderung den Bevölkerungsrückgang ausgleichen könnte: Von 1995 bis 2050 sollte es eine Nettoimmigration von 25,2 Millionen Menschen sein."

Da es hier „also nicht um eine Planung etwa der deutschen Regierung, der Bürger oder der Parteien," gehe, sinnieren die Autoren, „wie der Bevölkerungsrückgang möglicherweise durch Einwanderung von Arbeits- oder Fachkräften ausgeglichen werden könnte, nämlich durch einen Plan der großen Weltbehörde, sozusagen von oben herab". Wow! Hätte ich das so geschrieben, wäre mir in der Sekunde der Vorwurf einer Verschwörungstheorie gewiss gewesen. Aber, umso besser! Messerscharfer Schluss im Text: „Der Plan besteht also darin, die Grenzen legal zu öffnen, damit sie nicht illegal überschritten werden müssen – und zwar von jedermann, aus welchen Gründen und in welcher Zahl auch immer." Wohlgemerkt: Hier ist tatsächlich von einem „Plan der großen Weltbehörde" die Rede, und dies behauptet niemand anderer als der amtierende Herausgeber der „Welt" nebst einem US-Emmy-Preisträger.

Die Autorin: Eva Hermans Buch »Das Eva-Prinzip« erreichte 2006 hunderttausende Leser. Weitere Bestseller über Medien, Familie, Mutterschaft und Spiritualität folgten. Die ehemalige ARD-Moderatorin, die 1958 in Emden geboren wurde, lebt in Hamburg.

Sehr interessant dürfte für viele auch die Information sein, welchen Anteil Deutschland offenbar an dem Globalen UN-Migrationspakt hat. Unter der Überschrift „Unter Gleichgesinnten" deckt das Autorenteam dann folgende hochspannende Ungeheuerlichkeit auf, die Deutschlands Leumund in dieser ganzen Massenmigrationsmisere nicht wirklich dienlich sein wird. Wir erfahren, dass auf dem Posten des Ständigen Vertreters der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen seit 2017 der Diplomat und Spitzenbeamte Christoph Heusgen sitzt, der zuvor seit 2005 der außen- und sicherheitspolitische Berater der Bundeskanzlerin war. Also ist der Draht zwischen der Kanzlerin und den UN ganz offensichtlich ein ziemlich guter. Weiter lernen wir, dass wenige Wochen, nachdem Heusgen im November 2016 für das Amt in New York nominiert worden war, dieser „am 21. Dezember noch von seiner E-Mail-Adresse im Kanzleramt eine Nachricht an die mit ihm befreundete künftige Kabinettschefin von UN-Generalsekretär Guterres" geschickt haben soll. Darin habe Heusgen um eine Stelle für seine Frau Ina bei den UN gebeten und deren Lebenslauf angehängt.

Diese Causa sei jedoch vom „Spiegel" aufgedeckt worden, ebenso Heusgens E-Mail. Darin habe es geheißen: „Wenn man bedenkt, welchen Beitrag Deutschland zur Uno leistet, könnte es attraktiv für dich sein, jemanden in deinem Stab zu haben (auf der Gehaltsstufe P5, die, wie ich höre, für Ina passen würde), der beides hat: einen direkten Draht zum Kanzleramt und zum Büro des Außenministers (und zu Deutschlands künftigem Botschafter bei der UN, der die Ambition hat, 2019/2020 im Sicherheitsrat zu sitzen)." Mit dem künftigen Botschafter habe Heusgen übrigens sich selbst gemeint. „Am Ende bekam seine Frau tatsächlich die Stelle bei den UN in New York."

Als diese Familienaffäre Heusgen bekannt wurde, habe das Auswärtige Amt erklärt, die Anstellung von Frau Heusgen sei „im außenpolitischen Interesse der Bundesregierung". Zack! So einfach geht das. So geht Weltregierung.

Immer unter Volldampf

Die Wirtschaftswunderfrau Aenne Burda – Das Leben der Verlegerin wird im Fernsehen neu aufgerollt

Aenne Burda gilt als Verkörperung des deutschen Wirtschaftswunders. Die ARD widmet ihr im Dezember einen Spielfilm und eine Dokumentation.

Gut möglich, dass Anna Magadalene Lemminger, verehelichte Burda, jenen Kalenderspruch beherzigt hat, der selbst heutigen Frauengenerationen über manche Klippen hilft: „Schenkt das Leben dir Zitronen, mach Limonade draus.“ In ihrem Fall: Betrügt dein Mann dich mit seiner Sekretärin und schenkt dieser auch noch einen Verlag, dann wende die Demütigung in einen Erfolg. Besser noch: Mach’ einen Triumph daraus!

Genauso geschieht es: Die hintergangene Ehefrau drängt den untreuen Gatten, ihr das Modemagazin der Geliebten zu überschreiben und übernimmt zugleich sämtliche aufgelaufenen Schulden. Das erste Heft unter ihrer Regie erscheint am 1. Oktober 1949 unter dem Titel „Favorit“, ab Januar 1950 heißt es „Burda-Moden“ und geht mit mutigen 100 000 Exemplaren an den Start – der Beginn einer einzigartigen Erfolgsgeschichte.

Die ARD widmet der Unternehmerin Aenne Burda aus der badischen Provinz kurz vor Weihnachten einen Zweiteiler, den Katharina Wackernagel in der Hauptrolle mit Leben füllt: „Ich wollte das unbedingt spielen. Eine Frau, die so eine Lust hat, etwas zu machen, zu gestalten.“ („Aenne Burda – Die Wirtschaftswunderfrau“, am 5. und 12. Dezember, jeweils 20.15 Uhr. Dokumentation „Aenne Burda – Die Königin der Kleider“, am 12. Dezember um 21.45 Uhr, Das Erste)

Burda-Moden trifft in ein Land, das in den Hungerjahren der Nachkriegszeit nach Schönheit und Luxus giert. In dieses Lebensgefühl zielt Anna Burda, die sich als Verlegerin „Aenne“ nennt – nach ihrem Lieblingslied, dem ostpreußischen „Ännchen von Tharau“. Ihr Credo: „Die Frauen wollen Farbe und Eleganz!“ Die Frauen wollen vor allem wieder Frau sein, nur praktisch soll es sein, und kosten darf es nicht viel.

Wer wüsste das besser als Aenne Burda, die Tochter eines Eisenbahners aus der grauen Gaswerkstraße in Offenburg. Ihrem ersten Geistesblitz, den maroden Verlag einer Konkubine zu übernehmen, folgt ein zweiter und ein dritter: Sie fügt jedem Heft Schnittmusterbögen bei, auf denen mehrere Schnitte übereinander kopiert sind.

Die kleinen Rädchen, mit denen die Frauen über das Papier fahren, um ihr Lieblingsstück durchzupausen und zu nähen, finden sich in fast jedem deutschen Haushalt. Außerdem lässt Aenne Burda die Passform der deutschen Frauen neu vermessen, um die Schnitte ihrer Modelle bestmöglich anzupassen. Und sie reist zu den Modenschauen nach Paris und Mailand, recherchiert die neuesten Trends und wird selbst zur Stilikone: Stets tritt sie in perfekt sitzenden Kostümen auf, die Haare von Star-Figaro Alexandre in Paris onduliert.

Mit dem Patriarchen Franz Burda im Rücken führt Aenne das Leben einer mondänen Frau, die sich um Konventionen nicht schert. Die drei Söhne Franz, Frieder und Hubert werden mit Kindermädchen groß, die Ehefrau und Unternehmerin nimmt sich aus der bürgerlichen wie der Geschäftswelt, was gut für sie passt.



Setzte sich immer gut in Szene: Aenne Burda 1973 vor ihrem Verlagsgebäude Bild: SWR/Burda-Archiv

Wer in den Annalen der Firma stöbert, erlebt eine Frau, die das damalige Gebot zu Bescheidenheit und Unterordnung mit Lust unterläuft. „Blüh wie das Veilchen im Moose, sittsam, bescheiden und rein und nicht wie die stolze Rose, die immer bewundert will sein!“ So ein klassischer Kitschvers mag für Poesiealben taugen, für eine Aenne Burda sicher nicht. Die versteht sich als Boss und benimmt sich auch so: Schreit ihre Redakteurinnen an, wenn ihr etwas nicht gefällt, wirft schon mal mit Aschenbechern und Telefonbüchern. Andererseits stellt sie ihrer Lieblings-Mitarbeiterin beiläufig einen Porsche vor die Tür.

Die Kräche des Ehepaares Burda sind legendär, aber eine Trennung kommt für beide nicht infrage, schon gar nicht für die machtbewusste Aenne, die sehr wohl weiß, dass geschiedene Frauen zu ihrer Zeit ein Schattendasein im gesellschaftlichen Abseits fristen. Man arrangiert sich. Franz pflegt fortan seine Amouren, Aenne ihre Liebe zu schnellen Autos und Italien.

Der ARD-Film zeigt, wie die lebenshungrige Verlegerin die Sehnsucht aller Deutschen nach dem heiteren Süden mit gewohnter Verve verfolgt. Im schicken Karmann Ghia braust sie die Uferstraßen entlang, landet in einem Hotel, das sich zwar „Mare“ nennt, aber nicht am Meer liegt. Nichts für Aenne. Ans Meer will sie! Auf Sizilien trifft sie einen gutaussehenden Italiener, der ihr Geliebter und Hausfreund wird – 30 Jahre lang wird sie Giovanni auf Sizilien und in ihren Domizilen an der Côte d’Azur und in Salzburg treffen. Die beiden Machtmenschen aus Offenburg schenken sich nichts, aber geben in der Öffentlichkeit weiterhin das glamouröse Paar.

Es sind goldene Jahre für Aenne Burda. Der Bal paré der Burdas ist zehn Jahre lang das gesellschaftliche Highlight Münchens, heute fortgeführt mit der Verleihung des Medienpreises „Bambi“. Die Modekönigin feiert Partys mit Sofia Loren, ist befreundet mit Grace Kelly, Hans-Dietrich Genscher und Karl Lagerfeld. 1973 wird sogar der Popkünstler Andy Warhol aus New York eingeflogen, um die gesamte Familie Burda zu porträtieren. Noch Wünsche offen? Die weite Welt wäre wohl dran. Aenne Burda schafft auch hier das schier Unmögliche. Sie knüpft Kontakte nach Russland, das Riesenreich hinter dem Eisernen Vorhang. 1987 der Triumph: In Moskau laufen Models in ihren Kleidern über den Laufsteg, präsentieren eine Mode, wie sie im kommunistischen Reich bislang verpönt war. Figurbetont, farbig, mit raffinierten Details. Das Foto, das die damals 78-jährige Unternehmerin im vertrauten Gespräch mit Raissa Gorbatschowa zeigt, beide in Kostümen mit den damals üblichen Schulterpolstern, geht um die Welt. Der Verlag Aenne Burda steht im Zenit, verkauft in 120 Ländern, darunter China, Millionen von Heften.

Mit 85 Jahren erst wird sich Aenne Burda aus der Geschäftsführung zurückziehen. Das Alter empfindet sie als Zumutung. Zu ihrem 90. Geburtstag schenkt sie ihrer kleinen Heimatstadt eine 20 Meter hohe Statue von Jonathan Borofsky, die Stadt revanchiert sich fünf Jahre später, ein Jahr vor ihrem Tod, mit einer „Aenne-Burda-Allee“. Dann wäre da noch eine historische schwarze Dampflokomotive nahe der Hochschule, die immer an sie erinnern wird. Gestiftet von der Eisenbahner-Tochter als Hommage an ihren Vater, den Lokomotivführer Franz Lemminger. *Anne Martin*

MELDUNGEN

Eingangstor für den Zeichendieb

Berlin – Die Sammlung Scharf-Gerstenberg, Schloßstraße 70, 14059 Berlin, startet am 5. Dezember ihre bis zum 28. April laufende Ausstellung „Max Ernst, Zeichendieb“. 1964 taucht im Werk des surrealistischen Malers Max Ernst erstmals eine Geheimschrift auf, die er für eine Serie von Grafiken zu Ehren des Amateur-Astronomen Ernst Wilhelm Leberecht Tempel (1821–1889) schuf. Sie ähnelt den ägyptischen Hieroglyphen, wie sie sich auch auf dem Kalabscha-Tor am Eingang der Sammlung Scharf-Gerstenberg befinden. Die Ausstellung nimmt die Präsenz des Tores zum Anlass, einige typische Elemente und Themen im Werk von Max Ernst zu beleuchten. *tws*

Agamemnons Gold-Schmuck

Karlsruhe – Mit „Die sagenhafte Welt des Agamemnon“ widmet sich das Badische Landesmuseum Karlsruhe vom 1. Dezember bis 2. Juni dem antiken Mykene. Unter den über 400 Objekten befinden sich die sagenhaften Funde aus den Grabungen Heinrich Schliemanns. Erstmalig wird auch der 2015 entdeckte Schmuck aus dem sogenannten „Grab des Greifenkriegers“ präsentiert. Internet: www.landesmuseum.de *tws*

Filmhunger auf Waldenburg

Potsdam – Am 6. Dezember stellt das Deutsche Kulturforum östliches Europa im Filmmuseum Potsdam, Breite Straße 1A, um 19.30 Uhr die DVD-Edition „Hunger in Waldenburg“ vor. Sie enthält drei Filme, welche die Not in der schlesischen Region damals und heute zeigen. Im Handel kostet die DVD 12,99 Euro. *tws*

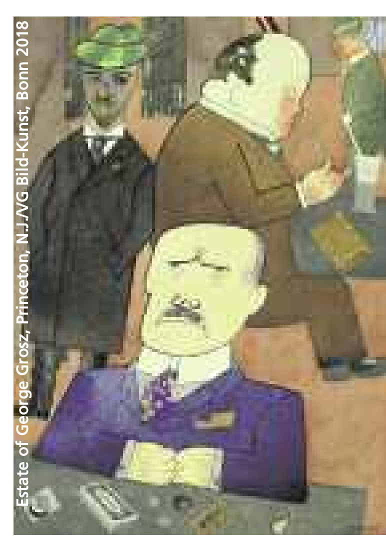
Der Spießerfeind

Satire-Bilder des Sozialkritikers George Grosz im Berliner Bröhan

Der Gegensatz, den derzeit das Berliner Bröhan-Museum zu bieten hat, ist immens: Im Erdgeschoss „Landesmuseum für Jugendstil, Art Deco und Funktionalismus“ gibt es Möbel, Bilder und anderes Interieur im schönsten Jugendstil, und im Stockwerk darüber politische Satire der bissigsten Art. Es sind Zeichnungen, Lithografien und späte Gemälde von George Grosz, dem berühmt-berüchtigten Künstler aus dem Berlin der Weimarer Republik.

Im Gedenken an die Matrosenaufstände und die Gründung der deutschen Republik im November 1918 wurde auch diese nur noch bis zum 6. Januar laufende Ausstellung „George Grosz in Berlin“ eingerichtet. Wie kaum ein anderer Künstler seiner Zeit hat Grosz in drastisch übersteigerter Form politische und soziale Missstände aufgespießt. Mit geringer Abschwächung hielt das auch an, als er 1932 in die USA emigrierte. Von dort kehrte er 1959 nach Berlin zurück, wo er schon kurz darauf gestorben ist.

Grosz stammte aus dem pommerschen Stolp. Sein Talent zur Zeichnung schlug schon früh durch, bereits 1907 malte er erste Blätter mit sozialkritischem Inhalt. Die Technik einer Kritzelei mit dem Bleistift, die keinem geometrischen Gesetz gehorcht, steigerte er in den 1920er Jahren zur Virtuosität. Seine Themen wiederholen sich in ständiger Variation durch all die Jahre der Weimarer Republik, heute sieht man sie geradezu als Inbegriff dieser Zeit. Der Schock über den Weltkrieg saß ihm tief in den Knochen. Extrem sind seine Zeichnungen von Monokel tragenden Offizieren, von verkrüppelten Soldaten, von Huren und Bordellen, aber auch von bitterster Not. Dreimal stand Grosz wegen Gotteslästerung und Verhöhnung der Reichswehr vor Gericht. Den heraufziehenden Nationalsozialismus karikiert er früh mit dem Plakat „Siegfried Hitler“.



Estate of George Grosz, Princeton, N.J./VG Bild-Kunst, Bonn 2018

Grosz-Bild von 1920: Brillantenschieber im Café Kaiserhof

Trotz oder gerade wegen ihrer Aggressivität war seine Kunst gefragt. Der (kommunistische) Malik-Verlag brachte viele seiner Arbeiten heraus. 1923 wurde Grosz Vertragskünstler bei dem bedeutenden Kunsthändler Alfred Flechtheim, immerhin ein Vertreter des attackierten Bürgertums. Vielleicht deshalb suchte er auch andere Tätigkeitsfelder: Für das politische Theater der damaligen Jahre hat er zwölf Kostüm- und Szenenentwürfe geliefert. 1932 nutzte er eine Einladung nach New York, wo er dann blieb und als Dozent arbeitete. Hier entstanden bis in die 1940er Jahre mehrere größere Gemälde, welche die Schrecken des Zweiten Weltkrieges ebenso thematisieren wie die Furcht vor einem Nuklearkrieg.

Ein kühner Hintergedanke bewegt die Aussteller: Sie hoffen auf eine Initialzündung für ein künftiges George-Grosz-Museum, zumal in Berlin der größte Teil seines Nachlasses liegt. Ob die spröde Berliner Kulturverwaltung da mitspielt? Für die Stadt wäre es ein Gewinn. *Dirk Klose*

Geöffnet von Dienstag bis Sonntag von 10 bis 18 Uhr, Eintritt: 8 Euro. www.broehan-museum.de

Bösewicht wider Willen

DDR-Glanz und Deutschlands Gloria – Rolf Hoppe ist gestorben

Die Frage blieb im Gedächtnis hängen: „Brühl, habe ich noch Geld?“ Wohl kaum einer hätte die Rolle des liebenswert-naiven Sohnes und Nachfolgers Augusts des Starken, der nahezu völlig in der Hand seines Ministers war und sich bei diesem nach dem Stand seiner Finanzen erkundigen musste, besser darstellen können als der große Schauspieler Rolf Hoppe.

Wie so vieles aus der Mitte der 1980er Jahre von der DEFA produzierten und sehr aufwendigen Historienserie „Sachsens Glanz und Preußens Gloria“ klingt auch dieser Satz nach. Der wohl populärste Film, in dem Hoppe mitwirkte, ist jedoch das an Weihnachten unentbehrliche TV-Märchen „Drei Haselnüsse für Aschenbrödel“, hier war er der König.

Hoppe wurde am 6. Dezember 1930 am Südrand des Harzes geboren. Sein Weg führte nicht direkt, allerdings beharrlich zur Schauspielerei. Nach Bäckerlehre, Kutscher- und Tierpflegertätigkeit sowie ersten Engagements an DDR-Theatern, war er langjährig dem Staatsschauspiel Dresden verbunden, trat aber auch andernorts auf, so beim Salzburger „Jedermann“.

Auf der Leinwand verkörperte Hoppe meist „Bösewichte“. Die Spannbreite reicht von Gegenspielern edler Indianer bis hin zur Rolle des Hermann Göring in István Szabós Oscar-gekrönter Romanverfilmung „Mephisto“. In der Titelrolle war Klaus Maria Brandauer zu sehen, mit dem Hoppe nicht nur hier zusammenwirkte. Ein Alt-Nazi war er in



Bild: WDR/Degeto

Der König ist tot: Hoppe in „Drei Haselnüsse …“

„Schtonk“, in der „Comedian-Harmonists“-Verfilmung spielte er als Julius Streicher ebenfalls einen NS-Funktionär. In Peter Schamonis „Frühlingssinfonie“ gab er den Vater der Pianistin Clara Wieck. Zahllose Fernsehrollen kamen hinzu. Mit den negativen Charakteren, für die er häufig besetzt wurde, haderte er mitunter. Hoppe, der auch gern an Produktionen für Kinder beteiligt war, sprach dann schon mal von der „Sehnsucht, Clown zu spielen“.

Letztlich liebte er sein Fach, das „Charakterfach“. Hoppe bekannte, dass es doch „Spaß“ mache, in den Rollen anders zu sein – „so, wie man sein möchte“, oder eben gerade „so, wie man nicht sein möchte“. Immer wieder förderte er junge Nachwuchstalente, so etwa Jan Josef Liefers.

Eng verbunden war er dem sächsischen Schloss Weesenstein, wo er vielfach auftrat, als Schauspieler und mit Lesungen. Bereits 1995 hatte er am Stadtrand von Dresden einen Bauernhof erworben und führte hier, einen Lebenstraum verwirklichend, als Prinzipal sein eigenes „Hoftheater“. Zum Tod pflegte er ein entspanntes Verhältnis, man wisse ja nicht, ob dieser vielleicht das Schönste vom Leben sei, „da lassen wir uns überraschen.“ Am 14. November ist Rolf Hoppe gestorben. *Erik Lommatzsch*

Am 24. Dezember ist Hoppe in „Drei Haselnüsse für Aschenbrödel“ zu sehen (Das Erste: 12 Uhr, rbb Fernsehen: 20.15 Uhr). Das ZDF zeigt Hoppe im „Spreewaldkrimi – Zwischen Tod und Leben“ (30. Dezember: 21.50 Uhr).

Umstrittenes Genie

Vor 150 Jahren wurde der Nobelpreisträger für Chemie Fritz Haber geboren

Im Juni 1920 fand im Festsaal der Stockholmer Musikakademie eine Nobelpreisverleihung statt. Kriegsbedingt verspätet nahmen einige der in den Vorjahren ausgezeichneten Wissenschaftler erst jetzt ihre Preise entgegen oder hielten ihre Reden. Fritz Haber erhielt die renommierte Ehrung für das Fach Chemie nachträglich für das Jahr 1918, für 1919 wurde in dieser Kategorie kein Preis vergeben.

Bahnbrechendes bezüglich der Ammoniaksynthese, vor allem in industriell umsetzbarer Form, hatte der in Berlin tätige Haber geleistet. Der Präses der schwedischen „Königlichen Akademie der Wissenschaften“ würdigte das Ganze als „überaus wichtiges Mittel zur Hebung der Landwirtschaft und des Wohlstandes der Menschheit“, vom „Triumph im Dienste Ihres Landes“ war in weiteren Ausführungen die Rede.

Der Wert der Forschungen, für die Haber den Nobelpreis entgegennehmen durfte, stand außer Frage. Aus einem anderen Grund war er jedoch vor allem außerhalb Deutschlands des Preises für unwürdig erklärt worden. Ambivalent beurteilt wurde er auch nicht erst seit der Entscheidung des Komitees.

Geboren wurde Fritz Haber am 9. Dezember 1868 in Breslau. Sein Vater führte eine Farben- und Chemikalienhandlung, die er später übernehmen sollte. Dementsprechend erfolgte die Wahl seiner Studienrichtung. Das wenig harmonische Zusammenwirken mit dem Vater, aber wohl vor allem Habers wissenschaftliche Neigung und Begabung waren es, welche ihn vom ursprünglich vorgesehenen Weg verlassen und eine Karriere als Forscher anstreben ließen. Nachdem er sich bereits zwei Jahre zuvor habilitiert hatte, wurde Haber 1898 an der Technischen Hochschule Karlsruhe zum außerplanmäßigen Professor für technische Chemie ernannt.

Hervorgetreten war er unter anderem mit dem Werk „Grundriß der praktischen Elektrochemie“. 1902 weilte er mehrere Wochen in den USA. von der „Deutschen Bunsengesellschaft“ war er delegiert worden, um Industrie und Unterrichtsmethoden seines Faches in Augenschein zu nehmen. In seine Karlsruher Zeit fällt eine Vielzahl von grundlegenden Forschungen, deren Wert zum Teil erst nach seinem Tod erkannt wurde.

Herausragende Leistung war das sogenannte Haber-Bosch-Verfahren. Zur Herstellung von Düngemittel und damit zur Sicherung der allgemeinen Ernährung galt die Synthese von Ammoniak aus atmosphärischem Stickstoff und Wasserstoff als unabdingbar. Carl Bosch erhielt für seinen Anteil, der sich vor allem auf die großtechnische Realisierung, das Hochdruckverfahren, bezog, ebenfalls einen Nobelpreis, allerdings erst 1931. Die Entwicklung des „Haber-Bosch-Verfahrens“ war vor dem Ersten Weltkrieg abgeschlossen.

Vom jüdischen Glauben war Haber bereits 1892 zum Christentum konvertiert. Dass die Aussicht auf eine akademische Laufbahn, die ihm als Jude im Deutschen Reich dieser Zeit versagt gewesen wäre, dabei eine große Rolle spielte, vermutet der Historiker Fritz Stern, dessen Taufpate Haber war.

Erhielt den Chemie-Nobelpreis für „bahnbrechende Forschungen“: Fritz Haber (1931) Bild: pa

In Karlsruhe inzwischen zum Lehrstuhlinhaber avanciert, wurde Haber 1911 nach Berlin berufen. Ihm oblag die Gründung und Leitung des „Instituts für physikalische Chemie und Elektrochemie“ der „Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft“.

Fritz Haber verstand sich stets als glühender Patriot. Im September 1914 war er einer der 93 Unterzeichner des „Aufrufs an die Kulturwelt“. Künstler und Wissenschaftler verwahrten sich hier gegen Vorwürfe des Auslandes über das Vorgehen des deutschen Militärs in den ersten Kriegswochen. Haber stellte sich als Wissenschaftler mit seinem Institut dem Heer zur Verfügung. Er leitete die „Zentralstelle für Chemie“ beim preußischen Kriegsministerium. Den Gaskrieg forcierte er, und er reiste auch selbst zur Front. Der Chemiker Otto Hahn, später Entdecker der Kernspaltung, beschreibt ein Treffen mit Haber im Januar 1915 in Brüssel. Haber habe Hahn gegenüber ausgeführt, „dass der Krieg, so wie er sich jetzt festgefroren habe, wo die Fronten nicht mehr beweglich seien, in anderer Weise geführt werden müsse, um zu einem günstigen Ende zu führen. Er hielt mir dann einen Vortrag über Gaswolken von Chlor, die man über die feindlichen Gräben abblasen müsse, um den Feind zu zwingen, aus den Gräben herauszukommen.“ Auf den Einwand, dass der Einsatz der Giftstoffe völkerrechtswidrig sei, habe Haber entgegnet, „die Franzosen hätten so etwas Ähnliches im Herbst 1914 mit Gewehrgranaten versucht.“

Tragisches hatte sich im Privatleben Habers ereignet. Seine Frau, Clara Immerwahr, ebenfalls Chemikerin und eine der ersten promovierten Frauen in Deutschland, hatte sich im Mai 1915 im Garten der Villa der Familie erschossen. Im April war bei Ypern ein großer Giftgaseinsatz erfolgt, welcher als Beginn des „Gaskrieges“ gilt. Haber war vor Ort und wurde zum Hauptmann befördert. Der Selbstmord seiner Frau wird als Protest gegen seiner Tätigkeit im Krieg gedeutet, sicher belegt werden kann dieser Zusammenhang allerdings nicht.

Habers Rolle im Giftgaskrieg war es dann auch, welche zu massiver Kritik an der Verleihung des Nobelpreises führte – nicht der Wissenschaftler Haber, sondern dessen Persönlichkeit waren der Anlass. Er selbst war auch in der Weimarer Republik einflussreich. Einerseits war er Organisator. So geht die im Oktober 1920 gegründete „Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft“, welche um entsprechende Finanzierung und Koordinierung bemüht war, maßgeblich auf ihn zurück. In Japan war er während einer Weltreise 1924/25 auf äußerst positive Resonanz gestoßen, daraus entwickelten sich Kontakte, die 1926 in die Gründung des „Japan-Instituts“ mündeten. Andererseits war er weiterhin als Forscher tätig.

Verbunden mit seinem Namen – und demjenigen von Max Born, der unabhängig von ihm zu gleichen Erkenntnissen gekommen war – ist der „Haber-Born-Kreisprozess“, welcher die Berechnung der Gitterenergie von Ionenverbindungen ermöglicht. Die Reparationsforderungen der Kriegssieger waren Anlass zu sechsjährigen Forschungen Habers, welche zum Ziel hatten, Gold aus Meerwasser zu gewinnen. Das Ganze erwies sich als wirtschaftlich unrentabel, die – durchaus vorhandenen – Goldkonzentrationen waren viel zu gering.

Im Mai 1933 legte Haber seine Ämter nieder. Aufgrund seiner jüdischen Abstammung war ihm ein Weiterwirken in Deutschland kaum möglich. Für mehrere jüdische Mitarbeiter hatte er sich zuvor um Beschäftigung und Versorgung im Ausland bemüht. Zunächst ging er nach Cambridge, nahm aber bald darauf das Angebot an, eine Leitungsfunktion in dem von Chaim Weizmann – später erster Staatspräsident Israels – begründeten Institut in Rehovot im damaligen Palästina zu übernehmen. Dazu sollte es nicht mehr kommen. Haber starb im Januar 1934 in Basel. *Erik Lommatzsch*

Jedes Rotlicht kostet Lebenszeit

Ohne Verkehrsampeln kommt nur ein Land der Welt aus

London war die erste Stadt mit einer Ampel. Am 10. Dezember vor 150 Jahren wurde sie am Parlamentsgebäude installiert. Heute gibt es weltweit nur ein Land, in dem der Verkehr ausschließlich per Handzeichen geregelt wird.

Als der Tourismus um die Jahrtausendwende Bhutan hinter den Bergen des Himalajas entdeckte, befahl der König eine Modernisierungs-Offensive. Wichtiger Punkt auf der Agenda war eine Ampel. Doch der König hatte die Furcht seines Volks vor Geistern und bösen Mächten unterschätzt oder während seines Studiums in den USA vergessen. Viele Autofahrer hielten das Wesen mit dem großen roten und grünen Auge, das plötzlich im Zentrum der Hauptstadt Thimphu auftauchte, für einen Drachen. Anstatt zu halten, rasten sie in Panik an dem vermeintlichen Ungeheuer vorbei. Fußgänger liefen davon, so schnell es ihre traditionellen Unisex-Wickelröcke erlaubten. Die Ampel wurde abmontiert. Seitdem regelt ein Polizist in malerischer Uniform den übersichtlichen Verkehr und sorgt für hübsche Selfies der Besucher.

Die Londoner Pionier-Ampel stand ebenfalls nur kurze Zeit. Sie sollte den Abgeordneten, die versunken in Gedanken um das Wohl des Empires die Straße überquerten, einen gefahrlosen Übergang ermöglichen. Die britische Hauptstadt gehörte Mitte des 19. Jahrhunderts mit Paris zu den verkehrsreichsten Metropolen Europas.

Doch die Anlage mit einem roten und einem grünen Signalflügel wie bei der Eisenbahn sorgte erst recht für Chaos. Pferde scheuten und gingen durch. Sie ignorierten das Rot und krachten mit anderen zusammen. Der Polizist, der die Ampel per Fußschalter bediente, war ständig in Gefahr, umgefahren zu werden. Es kam noch schlimmer. Bei Dunkelheit und Nebel leuchtete eine drehbare Gaslaterne an der Spitze des Mastes mal rot, mal grün. Sie wurde abends von einem Polizisten angezündet. Eine Explosion verletzte den Mann tödlich. Das war das Aus für die Ampel. Bobbys regelten den Verkehr, bis elektrisch betriebene Lichtanlagen ihren Dienst aufnahmen.

Die Ampel (von ampulla, lateinisch Gefäß, Leuchte) ist das von Autofahrern am meisten gehasste Verkehrszeichen, wenn sie auf Rot springt. Und das tut sie gefühlt immer, wenn man es besonders eilig hat. Rein rechnerisch verbringt jeder Mensch zwei Wochen seines Lebens mit Warten auf das erlösende Grün. In Deutschland wurden die ersten Lichtsignalanlagen, so die amtliche Bezeichnung, Anfang der 20er Jahre in Hamburg an der Kreuzung Mönckebergstraße/Glockengießerwall und in Berlin am Potsdamer Platz installiert. Ein Nachbau des drei Meter hohen Turms ist dort zu besichtigen. Polizisten saßen in der Kabine und steuerten die Intervalle per Hand.

> Vor 150 Jahren wurde die erste Lichtsignalanlage in London auf dem Parliament Square aufgestellt

Die elektrisch betriebene Ampel ist eine Erfindung des US-Polizisten Lester Wire und des Tüftlers Garrett Morgan. 1914 ließ sie zum ersten Mal in Cleveland/Ohio ihre Lichter leuchten. Bald darauf begann der Siemenskonzern mit der Produktion von Ampelanlagen, nun auch mit Gelblicht. Er wurde bald der weltweit größte Ampelhersteller. Inzwischen ist das traditionsreiche Augsburger Werk geschlossen, und 90 Mitarbeiter verloren ihre Stelle. Aus Kostengründen verlagerte das Unternehmen die Fertigung ins südenglische Poole. Teile der Forschung und Entwicklung gingen nach Tschechien. Deutschland zählt mit schätzungsweise 1,5 Millionen Ampeln zu den am dichtesten bestückten Industrienationen. LED-Leuchten reduzieren den Energiebedarf.

Um die Ampel ranken sich viele Geschichten. Da Fußgänger ihre Autorität zunächst nicht anerkannten, bastelten Erfinder an Verbesserungen. Ein Londoner Ingenieur erfand das akustische Signal. Er schrieb: „Äußerlich unterscheidet sich die sprechende Verkehrsampel nur wenig von einer gewöhnlichen Anlage ... In einem an den Lampenkasten angeschlossenen Gehäuse befindet sich eine sehr gedrängt konstruierte kleine Magnetophonapparatur mit einem Band, das als Träger der Verkehrs-Befehle, oder besser -Warnungen dient, die mit sympathischer männlicher oder weiblicher Stimme durch einen eingebauten Lautsprecher angesagt werden.“ Es gibt auch musizierende Ampeln, die während der Grünphasen eine Melodie intonieren und Anwohner zur Verzweiflung treiben.

Ein riesiges Presseecho fanden die Ampeln, welche die Wiener Stadtverwaltung zum Eurovision Song Contest 2015 in Österreich, Motto „Brücken bauen“, mit neuen Schablonen versehen ließ. Die sogenannten Queer-Ampeln zeigen Männerpaare mit Herzchen auf der Brust und zwei Frauen, die mehr sind als Freundinnen und Hand in Hand die Straße überqueren. Die Idee bot sich an, nachdem der Transvestit Conchita Wurst mit Bart den ESC im Jahr davor gewonnen hatte. Die österreichischen Heteros ärgerten sich über den Schmarren und verlangten in erregten Leserbriefen die Entfernung der ihrer Meinung nach anstößigen Symbole. Sie blieben, als Zeichen für Toleranz und bunte Vielfalt. Queer-Ampeln gib es auch in München und Berlin. Endlich fühlen sich die LGBT (lesbian, gay, bisexual, and transgender = Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender) verkehrsmäßig nicht mehr ausgegrenzt.

Die allermeisten Lichtsignalanlagen sind aber so bieder, wie ihre amtliche Bezeichnung es schon sagt. Ein Männlein signalisiert bei Rot mit hängenden Armen stopp, Grün zeigt ihn im flotten Schritt. Die Ost-Variante, das Männchen mit Hut, hat bei DDR-Nostalgikern Kultstatus wie der Trabi. Psychologen haben übrigens herausgefunden, dass Passanten nur den Farbwechsel wahrnehmen, nicht die Symbole.

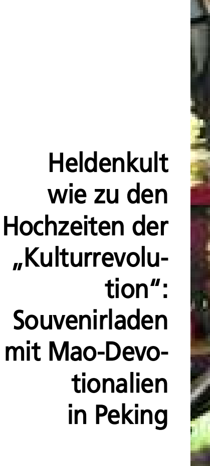
Bei den Ampeln für Autofahrer herrscht weltweit ausnahmsweise Einigkeit. Nur in Ausnahmefällen wird auf das gelbe Licht verzichtet oder sind die Lichter wie etwa in Japan waagerecht statt senkrecht angeordnet. Die Kommunistische Partei Chinas störte sich zwar daran, dass Rot für Halt steht, denn Rot bedeutet für Maos Enkel Aufbruch und Fortschritt, nicht Stillstand, aber wegen der unkalkulierbaren Folgen blieb es bei Gedankenspielen, an der Farbbedeutung der Ampeln zu rütteln.

Dass die Digitalisierung nicht an der Ampel vorübergeht, ist klar. Die Ampel 4.0 könnte in Vernetzung mit autonom fahrenden Autos die Verkehrsströme optimal regeln. Aber warten müsste man vermutlich trotzdem. *Klaus J. Groth*

Humanist statt Diktator?

Zum 125. Geburtstag von Mao Tse-tung – der »Weltrevolutionär« wird trotz millionenfachen Mordes verehrt

Mao Tse-tung, der von 1943 bis 1976 an der Spitze der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) stand und sich als „Großer Steuermann der Weltrevolution" feiern ließ, war der schlimmste Massenmörder der Geschichte: Auf sein Konto gehen wohl um die 70 Millionen Tote. Trotzdem wird das maoistische Terror-Regime bis heute verharmlost.



Heldenkult wie zu den Hochzeiten der „Kulturrevolution": Souvenirladen mit Mao-Devotionalien in Peking

Foto: action press

Dem Bauernsohn Mao Tse-tung, der am 26. Dezember 1893 im Dorf Shaoshan in der zentralchinesischen Provinz Hunan auf die Welt kam, war das Revolutionäre und Gewalttätige keineswegs in die Wiege gelegt worden: Er wuchs behütet in relativem Wohlstand auf und interessierte sich nicht für Politik. Das Letztere änderte sich aber um 1911 mit dem Besuch einer weiterführenden Schule in Changsha. Zehn Jahre später leitete der nunmehr 27-Jährige die dortige Zelle der KPCh, und 1923 avancierte er bereits zum Mitglied des Zentralkomitees der Partei.

Als gewaltbereiter Despot entpuppte sich Mao jedoch erst ab 1927, als er nach dem fehlgeschlagenen „Herbsternte"-Aufstand mit großangelegten „Säuberungsaktionen" in den eigenen Reihen begann. Diese fanden ihre Fortsetzung in der 1931 proklamierten „Sowjetrepublik Jiangxi". Deren Tage waren allerdings gezählt, weil die mit den Kommunisten verfeindeten Nationalchinesen (Kuomintang) unter Chiang Kai-shek immer massiveren militärischen Druck ausübten. Im Oktober 1934 musste sich Mao deshalb mit seinen Anhängern aus Jiangxi zurückziehen und den legendären „Langen Marsch" über 12 000 Kilometer in Richtung der kommunistischen Basis in Nord-Shensi antreten. Dort errichtete er eine neue Räterepublik – und initiierte sofort weitere „Säuberungen" und „Umerziehungsmaßnahmen". In Yenan, seiner nunmehrigen Hauptstadt, saß Mao während des 1937 ausgebrochenen chinesisch-japanischen Krieges in relativer Sicherheit. Gleichzeitig stieg er mit Rückendeckung Moskaus zum Führer der KPCh auf. Das geschah am 20. März 1943 während einer Geheimsitzung des Politbüros der Partei. Die offizielle Bestätigung dieser Personalie erfolgte später auf dem 7. Parteikongress am 25. April 1945.

Wenige Monate darauf brach der Bürgerkrieg mit den Kuomintang erneut aus – und diesmal obsiegten die Kommunisten: Am 23. April 1949 eroberten sie Chiang Kai-sheks Hauptstadt Nanking, woraufhin Mao am 1. Oktober desselben Jahres in Peking die Volksrepublik China ausrief. Als nunmehriger Herrscher über das gesamte „Reich der Mitte" – mit Ausnahme von Taiwan, dem Rückzugsort der Kuomintang – ließ er sofort zahlreiche tatsächliche oder vermeintliche politische Gegner liquidieren. Zudem griff Mao im Oktober 1950 auf Bitten der kommunistischen Führung in Pjöngjang in den Korea-Krieg ein und begann zeitgleich mit der gewaltsamen Besetzung Tibets. Knapp drei Jahre später zog er seine Truppen wegen des Drängens Moskaus aus Korea zurück. Zu diesem Zeitpunkt hatte Mao Tse-tung bereits den Tod von über acht Millionen Menschen zu verantworten – so lauten zumindest die Schätzungen von Experten wie dem US-Politikwissenschaftler Rudolph Joseph Rummel. Doch es sollte noch deutlich schlimmer kommen.

Im Mai 1958 verkündete der „Große Steuermann" beziehungsweise „Große Vorsitzende" sein Programm des „Großen Sprungs nach vorn". Dessen Ziel bestand darin, den Rückstand des Agrarstaates China gegenüber den westlichen Industrieländern aufzuholen und den Weg hin zum Kommunismus deutlich zu verkürzen – nicht zuletzt auch, um der Sowjetunion die Führungsrolle innerhalb der sozialistischen Welt streitig zu machen. Hierzu wurden die Bauern in riesigen Volkskommunen zusammengefasst und fast sämtlicher Privatbesitz beschlagnahmt.

Zudem sollte die Landbevölkerung nun „nebenher" Staudämme oder Kanäle bauen sowie Stahl mithilfe improvisierter Hochöfen produzieren. Wie zu erwarten, endete dieser größte Menschenversuch aller Zeiten in einem gigantischen Fiasko: Während die Industrialisierung kein Stück vorankam, sank die Agrarproduktion zugleich aufs Dramatischste. Da half auch kein noch so übler Terror gegenüber den komplett überforderten Bauern. Nach einer Untersuchung des holländischen Historikers Frank Dikötter, der auch Zugang zu den Archiven der KPCh hatte, verhungerten bis zum Ende des „Großen Sprungs" im Januar 1962 um die 45 Millionen Chinesen. Dies kommentierte Mao mit den Worten: „Wenn es nicht genug zu essen gibt, verhungern die Menschen. Es ist besser, die Hälfte der Menschen sterben zu lassen, damit die andere Hälfte genug zu essen hat."

Am Ende musste er freilich dann doch „Selbstkritik" üben, was ihn jedoch nicht daran hinderte, mit seinen Widersachern in Partei, Armee und Zivilgesellschaft abzurechnen. Diesem Zweck diente die Ende Mai 1966 in Gang gesetzte „Große Proletarische Kulturrevolution", welche drei Monate später den ersten Toten forderte. Im Verlaufe von Maos erneuter Terrorkampagne kamen möglicherweise bis zu 7,7 Millionen Menschen ums Leben – Schätzungen, die von nur 400 000 Ermordeten ausgehen, dürften angesichts der Ausdehnung des „Reiches der Mitte" und dem Weiterlaufen der „Kulturrevolution" bis zum Tode des „Großen Vorsitzenden" jedenfalls deutlich zu niedrig gegriffen sein. Außerdem verlängerte sich die Liste der Opfer des roten Diktators noch um jene zehn Millionen Chinesen, welche die Zwangsarbeit in den Straflagern und die gewaltsamen Enteignungen auf dem Lande während der Jahre vor 1966 nicht überlebten.

Damit hatte der chinesische Kommunistenführer Mao Tse-tung wahrscheinlich um die 70 Millionen seiner Landsleute auf dem Gewissen, als er am 9. September 1976 in Peking an Amyotropher Lateralsklerose (ALS), einer degenerativen Erkrankung des motorischen Nervensystems, starb.

Diese erschreckende Bilanz hinderte notorische Mao-Verehrer allerdings nicht daran, den Gründer der Volksrepublik China weiterhin als ideologische Kultfigur zu feiern. Dabei fanden sich solche Apologeten des Massenmörders keineswegs nur im eigenen Lande und unter den späteren KPCh-Führern, die ihm ab 1981 wiederholt attestierten, sein Wirken sei „zu 70 Prozent positiv" zu bewerten. Vielmehr bescheinigten auch Persönlichkeiten wie der französische Senator und spätere Präsident François Mitterrand, Mao nach Besuchen in Peking, ein „Humanist" und „kein Diktator" zu sein. Und natürlich sahen die Maoisten in der Bundesrepublik, insonderheit die Mitglieder der K-Gruppen, von denen einige später bei den Grünen und der SPD reüssierten, ebenfalls keinen Grund zur Kritik am „Großen Vorsitzenden" und dessen Tun.

Wolfgang Kaufmann

Wo man Luxus »riechen« kann

Kaufhaus GUM am Moskauer Roten Platz: Vor 125 Jahren öffnete das legendäre Kaufhaus

Ach, wie herrlich! Hier kann man Luxus riechen", freut sich die Moskauer Unternehmergattin Jelena, als sie mit ihrem Besuch aus Deutschland das berühmte Kaufhaus GUM (Abkürzung für „Glawnyj Universalnyj Magasin = Hauptwarenhaus) betritt. Tatsächlich trifft man hier Läden aller bekannten Luxusmarken an. Ob Gucci, Cartier, Dior, Hermes Paris oder Louis Vuitton: Alle bieten im GUM ihre neuesten Kollektionen an. Heute, 125 Jahre nach der Gründung des damals „Obere Handelsreihen" genannten Kaufhauses am Roten Platz gegenüber dem Moskauer Kreml, dient das Gebäude nach einer bewegten Geschichte wieder seiner ursprünglichen Bestimmung als Luxuswarenhaus.

Genießt den gleichen touristischen Status wie der Kreml oder das Bolschoj Theater: Eine durch das Glasdach lichtdurchflutete „Linie" im Kaufhaus GUM (o.) und der als Treffpunkt beliebte Springbrunnen (r.) im Zentrum des Kaufhauses

Bild (2): MRK

Im Zentrum der russischen Hauptstadt wurde bereits vor 300 Jahren Handel getrieben. Die Vorgänger des heutigen GUM waren jedoch einfache Holzläden, die vor allem im Winter, wenn mit offenen Feuern geheizt wurde, mehrfach den Flammen zum Opfer fielen. Immer wieder musste das alte Handelszentrum neu aufgebaut werden, bis die Stadt 1889 einen Wettbewerb für ein modernes Kaufhaus ausschrieb. Aus 23 Entwürfen wählte eine Kommission den Entwurf von Alexander Pomeranzew und Wladimir Schuchow, der ein Gebäude von drei sich kreuzenden horizontalen und vertikalen Linien vorsah, welche die Straßen Nikolskaja und Iljinka miteinander verbinden. In einer Bauzeit von nur drei Jahren (von 1890 bis 1893) entstand die damals größte Passage Europas. Sie war im pseudorussischen Stil gehalten, das heißt, Elemente der historischen russischen Architektur verbanden sich mit den neoklassizistischen westeuropäischer Prägung. Das Kaufhaus sollte sich harmonisch mit der Architektur der umliegenden Häuser und dem Kreml verbinden. Mit seinem durchgängigen Glasdach und einer Glaskuppel über dem Brunnen im Zentrum war das Bauwerk nicht nur eine architektonische Meisterleistung, sondern es war auch das hochtechnologisierteste Gebäude in Moskau, das über ein eigenes Kraftwerk für das Heizungs- und Belüftungssystem, eine Kanalisation und Lastenaufzüge verfügte. 7000 elektrische Glühlampen ließen die Passagen abends in hellem Licht erstrahlen.

Die feierliche Eröffnung fand am 2. Dezember 1893 statt. Auf drei Verkaufsetagen zogen Läden ein, die in schicken Salons ihre Waren feilboten. Insgesamt gab es 322 solcher Salons mit Erzeugnissen der gehobenen Klasse. Möbel, Lebensmittel, Kleidung, Parfüm – die „Oberen Handelsreihen" ließen keine Wünsche offen. Mit zusätzlichen Dienstleistungen lockten die Händler Kunden an. Juweliere boten Gravuren an, es gab Friseure, einen Zahnarzt, eine Postfiliale und ein Restaurant. Außerdem standen Käufern Übersetzer, Paketträger, die Gepäckaufbewahrung, ein Fundbüro und eine Garderobe zur Verfügung. Selbst das kulturelle Leben kam nicht zu kurz. Im Obergeschoss wurde eine Kunst-Ausstellung eröffnet, im Auktionssaal Konzerte gegeben und auf den Brücken beim Brunnen spielte ein Orchester.

Die Oktoberrevolution von 1917 beendete die Glanzzeit des Kaufhauses. Es wurde geschlossen, die Waren konfisziert und das Volkskommissariat für Nahrungsmittelverteilung zog ein. In den 1920er Jahren war gemäß Lenins Neuer Ökonomischen Politik privater Handel wieder erlaubt. Auf Betreiben Lenins wurden die „Oberen Handelsreihen" in GUM umbenannt. 1930 kam es dann erneut zur Schließung. Es gab sogar Pläne, das Kaufhaus abzureißen, um einer Erweiterung des Kremlgeländes Platz zu machen. 1940 hatte Stalin vor, das GUM für den Bau einer Riesenskulptur zum Gedenken an den Sieg über Deutschland zu schleifen. Zum Glück wurden diese Pläne nie umgesetzt. Erst am 24. Dezember 1953 wurde das GUM nach einem Umbau neu eröffnet.

Sah es Anfang der 1990er Jahre noch recht düster aus und hatten die Läden wenig zu bieten, so strömt das GUM seit einer umfassenden Renovierung in den 2000er Jahren statt Kohl- Wohlgeruch aus. Seine schmucken Galerien mit Säulen und Rundbögen erfreuen jährlich eine Vielzahl Touristen.

Das GUM wurde privatisiert. Es hat außerdem den Status eines Architekturdenkmals und ist wie bei seiner Eröffnung wieder eine Wohlfühloase.

Manuela Rosenthal-Kappi

Ein großer Tag für Lyck

Der 8. Dezember 1868 war ein großer historischer Tag für die ostpreußische Kreisstadt Lyck. Der erste Personenzug, von Rastenburg kommend, fuhr unter Dampf in die masurische Stadt ein. Der Bahnhof war mit schwarzweißen preußischen Fahnen geschmückt.

Der Bahnhof lag etwa einen Kilometer östlich der Großen Kirche. Der Eisenbahnanschluss bewirkte für Lyck eine enorme bauliche Entwicklung. Der gesamte Bereich zwischen der Hauptstraße und dem Bahnhof wurde erschlossen und bebaut.

Die Weiterführung der Eisenbahn zur Reichsgrenze in Prostken – fertiggestellt am 1. November 1871 – und der Anschluss an die polnische Bahn bis Bialystok brachten für Lyck einen wirtschaftlichen Aufschwung. 1864 hatte Lyck 5142 Einwohner, 46 Jahre später 13 428.

Am 8. Dezember 1868 war ganz Lyck auf den Beinen. Die Honoratioren waren selbstverständlich auch dabei. Der evangelische Pfarrer war mit seinen Konfirmanden ebenfalls zum Bahnhof geeilt. Unter den Konfirmanden befand sich auch die damals 13-jährige Marie Bienko, die spätere Großmutter des ehemaligen Kreisvertreters Gerd Bandilla, aus Mostolten. Die Kirchengemeinde Baitenberg wurde erst 1890 gegründet. Bis dahin gehörte Mostolten zur elf Kilometer entfernten Kirche in Lyck.

Im Laufe der Jahre wurde Lyck zu einem Eisenbahn-Knotenpunkt. Die Strecke über Treuburg nach Goldap ging am 1. Juli 1879



Siegelmarke der Ostpreußischen Südbahn-Gesellschaft

in Betrieb. Sie ist heute stillgelegt. Die Strecke nach Johannisburg wurde am 16. November 1885 eröffnet. Sie wird heute als Zubringer zum Flugplatz Schiemanen ausgebaut. Noch vor dem Ersten Weltkrieg wurde die Strecke nach Arys fertiggestellt. Die Kleinbahn nahm 1917 ihren Betrieb auf.

Die Eisenbahn von Königsberg über Lyck bis Prostken wurde von der Ostpreußischen Südbahn, einer Privatgesellschaft mit Sitz in Königsberg, gebaut und betrieben. 1893/94 wurde die Strecke zweigleisig. Die Ostpreußische Südbahn wurde am 1. Juli 1903 vom Königreich Preußen Staat übernommen.

Die Eisenbahn wurde zur Verbindung zwischen der Ostsee und Odessa am Schwarzen Meer. Sie verlief damals nur auf dem Gebiet von zwei Staaten, nämlich dem deutschen Kaiserreich und dem russischen Zarenreich. Heute verbindet diese Strecke vier Staaten: Russische Föderation, Republik Polen, Republik Belarus (Weißrussland) und die Ukraine.

Am 1. April 1920 ist die Preußische Staatsbahn in die Deutsche Reichsbahn übergegangen, die damals noch als „Reichseisenbahnen" oder „Deutsche Reichseisenbahnen" bezeichnet wurde. 1945 bauten die Russen das zweite Gleis ab und deportierten es nach Russland. Heute fährt auf den Eisenbahnstrecken im südlichen Ostpreußen die Polnische Staatsbahn (PKP). Geplant ist die internationale Rail Baltica, die von Warschau über Lyck bis nach Tallinn, die Hauptstadt Estlands, geführt werden soll. *Gerd Bandilla*



Bild: Mauritius

Wie vieles, was deutsche Wohnzimmer zur Weihnachtszeit verschönert und sich als deutscher Weihnachtsbrauch über die ganze Welt verbreitet hat, kommt auch dieser kleine Kerl aus Sachsen: Das Räuchermännchen. Nun aber gerät er ins Visier radikaler Umweltschützer. Ronald Peuschel von der „Grünen Liga Westsachsen“ fordert, dass das Männchen einen Schadstofffilter verpasst bekommt, weil es Feinstaub und andere Schadstoffe ausstoße. Dies meldet die Nachrichtenseite „Tag24“. In dem Männchen steckt eine Räucherkerze, die den Duft von Weihrauch, Zimt, Tanne oder Honig verbreitet. Räuchermännchen-Hersteller Tino Günter fürchtet laut „Tag24“ nun, dass „die Tradition eines Tages verboten wird“. *H.H.*

Attacke auf das Räuchermännchen

Feinstaub-Alarm im Jahre 1800

Wer hätte das gedacht: Schon vor 200 Jahren warnte ein Experte vor der Gefahr

Von 1789 bis 1805 erschien im gesprenkelten Pappeinband eine umfangreiche Rezept- und Experimental-Enzyklopädie unter dem Titel „Unterricht in der natürlichen Magie. Oder zu allerhand belustigenden und nützlichen Kunststücken“. Einige Bände tragen den Zusatztitel „Völlig umgearbeitet von Johann Christian Wiegleb“ beziehungsweise „Wieglebs und Rosenthal’s gesammelte Schriften über natürliche Magie“.

»Wie schafft man den Staubsand wieder aus der Lunge?«

Verfasser war zunächst der Chemiker Johann Christian Wiegleb (1732–1800) aus dem thüringischen Langensalza, ein einflussreicher Chemiker, Pharmazeut, Autor, Herausgeber und Übersetzer der Aufklärung. Offenbar hat er teilweise ältere Texte und Veröffentlichungen von Johann Nicolaus Martius ergänzt und bearbeitet.

Fortgesetzt wurde die Reihe ab Band 6 von Gottfried Erich Rosenthal. Vermutlich handelt es sich um den Nordhausener Herzoglich Sachsen-Gothaischen Bergkommissarius G. E. Rosenthal (1745–1813), einen seinerzeit bekannten Meteorologen und Messgerätebauer. Die Enzyklopädie umfasst 20 Bände. Vorgestellt wurden „elektrische, magnetische, optische, chemische und mechanische Kunststücke, Rechen- und Kartenkunststücke“, beispielsweise „Bertholon’s Elektrovegetometer“ oder „Einen Regenbogen durch Kunst hervorzubringen, von Herrn Silberschlag“.

Im 14. Band stößt man auf eine mehrseitige Abhandlung, die vom Thema her erstaunlich aktuell ist. Zu Anfang entfaltet der Verfasser Rosenthal ein damals gängiges Szenario: „Bey der Schreiberey, so wie in allen Canzeleyen bedient man sich zur geschwindern Abtrocknung der frischen Schriften gemeiniglich des Löschpapiers und des feinen Streusandes.“

Dann aber kommt der Verfasser zu seinem eigentlichen Anliegen: „Derjenige, der seine Tage am Schreibpulte oder Schreibtische zu allerley Schriftausfertigungen, und selbst als Gelehrter zu verleben das Loos hat und genöthigt ist, alle Minuten nach der Sandbüchse zu greifen, um sein Papier so wie seine Lunge eiligst damit zu pudern, wird gewiß auch bemerkt haben, daß bey dem schnellen und öftern Ausstreuen des Sandes nur die gröbern Körner und kleine Steinchen auf das Papier fallen, der leichtere Staubtheil aber in der Luft zurück und darin schwimmend bleibt und größtenteils vermittelst des Athems unaufhörlich aus dieser Wolke, über welcher er sitzt, in die Lunge gezogen wird.“

Und der Verfasser diagnostiziert eine weitere Unannehmlichkeit. „Viele haben bey dem häufigen Gebrauche des Tintenstreusandes ein heftiges Jucken in den Augen empfunden, und an denselben eine unnatürliche Röthe beobachtet, welche durch Reiben nicht gemildert wird.“

Dass Mode mitunter Staub aufwirbelt, ist bekannt, neu aber dürfte die Meinung des Verfassers sein, dass sie es ganz real tun kann. So äußert er allen Ernstes große Bedenken, wenn zur Sommerzeit Spaziergänger der „mit Wohlgeruch parfümierten Staubwolke“ nicht ausweichen können, die modebewusste Damen mit ihren langen Schleppen aufwirbeln. Er behauptet, der „Schleppenkehricht der schleichenden Damen“ verursache „einen kurzen, trockenen Husten“. Auch gibt er generell zu bedenken: „Wie soll ein oft in die Lunge eingepuderter Staubsand aus der Lunge wieder geschafft werden können, um der Schwindsucht vorzubeugen?“ Ahnungsvoll endet der vierseitige Feinstaubalarm mit den Worten: „Vielleicht läßt sich ein Mittel erfinden, wodurch der Schreibtinte eine solche Eigenschaft gegeben werden könnte, daß sie nach dem Ausfluß aus der Feder so geschwinde als möglich auf dem Papier trocknen müßte.“

»Heftiges Jucken und eine unnatürliche Röthe«

Wilhelm Widenmann

Warum nur ein Ernährer nicht mehr reicht

Einst konnte ein Verdiener die Familie allein finanzieren – dass das vorbei ist, hat auch mit veränderten Gewohnheiten zu tun

Vater geht arbeiten, Mutter ist Hausfrau. Diese klassische Aufteilung wird immer seltener. Das liegt nicht nur am veränderten Rollenverständnis der Frauen, sondern auch daran, dass das Geld eines Alleinverdieners nicht mehr reichen würde.

Eine Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) unterstützt die weitverbreitete Auffassung, dass der seit 2005 (mit kurzer Unterbrechung 2009) andauernde Aufschwung bei der deutschen Mittelschicht nicht angekommen ist. Nach der hier zugrundeliegenden Berechnung gehören 77 Prozent der Bevölkerung zur Mittelschicht und damit fünf Prozent weniger als noch in den 90er Jahren.

Ohne Umverteilung zugunsten der ärmeren Einkommensgruppen durch Transferleistungen und Subventionen wäre die Mittelschicht am unteren Rand allerdings stark erodiert. Sie würde nur rund 46 Prozent der Bevölkerung umfassen, und die Ungleichheit wäre wesentlich höher. Familien mit einem Nettoeinkommen zwischen 2049 und 6829 Euro zählen zur Mittelschicht ebenso wie Alleinstehende mit einem Monatseinkommen zwischen 976 und 3252 Euro netto. Nicht überraschen kann das Gefälle zwischen alten und neuen Bundesländern.

Das durchschnittliche Nettoeinkommen in der Mitte der Gesellschaft stieg von 2005 bis 2015 von knapp 1700 nur auf gut 1800 Euro an. Als Ursache für die Stagnation benennt die Studie den internationalen Konkurrenzdruck durch die globale Vernetzung. Problematisiert wird die im internationalen Vergleich hohe steuerliche Belastung der unteren und mittleren Einkommensgruppen.

Gravierend ist für Millionen deutsche Mittelschichtler, dass ein auskömmlicher Unterhalt einer Familie mit Kindern nur mehr per Doppelverdienst erbracht werden kann. Mit diesem einschneidenden Phänomen beschäftigt sich die Studie jedoch nicht.

Für viele Menschen, besonders für die älteren, stellt sich die Frage: Wie konnte es dazu kommen? Es war doch in der alten Bundesrepublik vor 40, 50 Jahren möglich, mit einem einzigen Monatseinkommen eine Familie zu ernähren. Fast immer war es das Gehalt des Familienvaters. Und das trotz unglaublich niedriger Einkommen. Anfang der 1960er Jahre verdiente ein männlicher Arbeitnehmer in Westdeutschland laut Statistischem Bundesamt im Durchschnitt 590 Mark brutto, Ende der 60er Jahre schon 1290 Mark. Frauen hatten mit 358 beziehungsweise 796 Mark wesentlich niedrigere Arbeitseinkünfte.

Was bei einer vergleichenden Betrachtung jedoch häufig vergessen wird: Es wurde allgemein eisern gespart, auch gab es keine Handys und damit zusammenhängende laufende Kosten für Abos und dergleichen. Damals war die Ehefrau und Mutter gewöhnlich „nur“ Hausfrau. Sie „brauchte“ nicht zu arbeiten, wusste aber sehr gut mit dem knappen Haushaltsgeld umzugehen.

Mit einem mittleren Beamtengehalt konnte man die Raten für den Pkw und das Eigenheim abzahlen, und der vierwöchige Familienurlaub an der Ostsee wurde mindestens so wertgeschätzt wie heute die Kurztrips zu den schönsten Stränden der Welt. Natürlich waren alle zusammen in einem einzigen Zimmer in einer kleinen Pension untergebracht, was es heute so nicht mehr gibt. Überhaupt ist ein Vergleich zwischen den Wirtschaftswunderjahren und der Gegenwart nur aussagekräftig, wenn man die damalige und die heutige Lebensweise mit in Betracht zieht.

In der ehemaligen DDR waren dagegen fast alle Frauen voll berufstätig, da der Staat sie als Arbeitskräfte benötigte und die Familien auf zwei Gehälter angewiesen waren. Die Kinder wurden in den Krippen betreut. Auf dieser Basis hatten die Familien ebenfalls ein einigermaßen auskömmliches Dasein, doch ihr Leben war im Vergleich mit den Familien im „Goldenen Westen“ anstrengender und entbehrungsreicher.

Im Fall der Scheidung hatte dieses Modell aber den Vorteil, dass die Frauen besser versorgt waren. Nach der Vereinigung glichen sich die Verhältnisse immer mehr an. Von 1996 bis 2013 sank der Anteil der zweifach berufstätigen Eltern im Osten Deutschlands von 65 auf 58 Prozent. Im gleichen Zeitraum stieg der Anteil der Familien mit Doppelverdienern im Westen von 46 auf 55 Prozent, wobei Vollzeit-Doppelverdiener eher zur Ausnahme geworden sind.

Wie aber sollen Eltern mit einem einhalb durchschnittlichen Einkommen plus Kindergeld die Kosten für Miete, Energie, Kita, Essen sowie die Fahrt zum Arbeitsplatz bezahlen und angesichts der drohenden Altersarmut auch noch private Altersvorsorge betreiben? Manche schaffen es gerade so, andere müssen Hilfen vom Staat beantragen. Offiziell sind sie nicht arm. Wer in einer ländlichen Region wohnt, hat den Vorteil niedriger Mietkosten.

Ironie der Verhältnisse: In den Städten, wo es die meisten Arbeitsplätze und einen hohen Zuzug gibt, ist bezahlbarer Wohnraum kaum noch vorhanden. Durchschnittlich verschlingen die städtischen Mieten ein Drittel der Haushaltseinkommen, in einigen Großstädten und bei ärmeren Familien sogar 40 bis 50 Prozent. Auch dieser Effekt ist auf die Globalisierung zurückzuführen.

Für einen Alleinstehenden ist der heutige Netto-Durchschnittsverdienst immerhin auskömmlich, vorausgesetzt, er oder sie wohnt nicht im angesagten Innenstadtviertel einer deutschen Metropole zur Miete, wo die Mietpreise seit Jahren einer grotesken Steigerung anheimgefallen sind.

Blicken wir nun wieder auf das Jahr 1960. Für ein Kilo Zucker arbeitete man 1960 30 Minuten, 2009 nur noch vier Minuten. Für einen Liter Vollmilch betrug die Arbeitszeit 1960 im Durchschnitt elf Minuten, 2009 noch ganze drei. Am krassesten zeigt sich der Unterschied bei den Elektroartikeln. Während der Durchschnittsverdiener 1960 noch 156,5 Stunden arbeiten musste, um einen Kühlschrank kaufen zu können, waren es 2009 nur noch 23 Stunden und 46 Minuten. Für 200 Kilowatt Strom mit Grundgebühr wurden im Durchschnitt 1960 noch gut zehn Stunden gearbeitet, 2009 dagegen nur dreieinhalb. Nur bei der Gegenüberstellung eines Zeitungsabonnements pro Monat besteht Gleichstand: Die Arbeitszeit dafür beträgt heute wie damals eine Stunde und 41 Minuten.

Angesichts dieses Vergleichs erscheint es auf den ersten Blick erstaunlich, dass die durchschnittliche Entlohnung für die Lebenshaltungskosten einer Familie heute in Deutschland oft nicht mehr ausreicht. Bei der Suche nach den Ursachen würde ein Team von Ökonomen zunächst einmal verschiedene volkswirtschaftliche Trends zueinander ins Verhältnis setzen – ein überaus kompliziertes Unterfangen. Hier seien nur zwei Aspekte genannt: Einen großen Einschnitt bewirkte die vom damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) 2005 geschaffene Liberalisierung des Arbeitsmarkts und des laut Schröder „besten Niedriglohnsektors der Welt“. Vor diesem Hintergrund stagniert die Lohnentwicklung in Deutschland seit nunmehr 20 Jahren.

So hat das kapitalistische Wirtschaftssystem mit Nach- oder Beihilfe der Politik früher wie heute den marktgerechten Menschen hervorgebracht. Ob dabei in irgendeiner Phase „Wohlstand für alle“ entstanden ist, darf bezweifelt werden. Seit Jahren aber sorgen die vor allem in Großstädten explodierenden Mieten zunehmend für ein Knirschen im Getriebe. Seit Beginn der 2009/10 eingeleiteten Niedrigzinsphase tummeln sich zahllose in- und ausländische Finanzspekulanten auf dem städtischen Immobilienmarkt. Zulasten der Allgemeinheit treiben sie die Kosten für das Wohnen in absurde Höhen.

Dabei ist die Wirkung des Euro nicht zu vergessen. Sein Kurs ist für Deutschland zu niedrig, weil die Gemeinschaftswährung den Querschnitt zwischen stärkeren Volkswirtschaften wie der deutschen und schwächeren wie jenen der EU-Südstaaten abbildet.

Spielraum entstand auch durch eiserne Sparsamkeit

Dadurch wird die Kaufkraft der Deutschen künstlich abgesenkt, während der deutsche Immobilienmarkt für internationale Investoren lange Jahre zur Schnäppchenbude verkam. Zugleich beförderte der anhaltend hohe Zuzug in die Ballungsräume eine Verknappung von bezahlbarem Wohnraum. Auch der intensive Wohnungsbau hat die Wohnungsnot bisher kaum gemindert. Es wäre aufschlussreich gewesen, von den Machern der KAS-Studie auch zu erfahren, wie groß der Anteil der Arbeitnehmer ist, die – zwischen Nullzinsen, hohen Wohnkosten und stagnierenden Gehältern – noch Vermögensaufbau betreiben können.

Besorgniserregend ist das Fazit einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung von 2017 zur Mietpreisentwicklung: "Die Wohnbedingungen sind damit nicht nur ein Spiegel bestehender Ungleichheit, sondern tragen auch selbst durch die hohe Mietkostenbelastung zu einer wachsenden Ungleichheit bei."

Dagmar Jestrzemski



Papa bringt das Geld nach Hause: Familienurlaub 1965 Bild: pa

Das Ostpreußenblatt

Nr. 48 – 30. November 2018

MELDUNGEN

Naturheilbetrieb in Goldap

Goldap – In Goldap soll bis Mitte 2020 ein Naturheilbetrieb entstehen. Außerdem wird eine neue „Gesundheits-Promenade“, die zur Seestraße führt, gebaut. Auf einer Fläche von über 3000 Quadratmetern entsteht der Naturheilbetrieb. Dort sollen Heilbehandlungen mit Medikamenten natürlicher Herkunft durchgeführt werden. Geplant sind ein Badebecken, eine Sauna, Bewegungstherapie-Einrichtungen, Inhalationsräume, Massage-Kabinen, Kryotherapien sowie Moorbäder. Ein Palmgarten, ein Kinderspielplatz und eine Kletterwand runden das Ganze ab. *PAZ*

EU-Gelder für Verschönerung

Lötzen – Die Gesellschaft „Wielkie Jeziora Mazurskie“ („Große Masurische Seen“) wird bis zum Jahr 2020 insgesamt rund 36 Millionen Euro für die Entwicklung der Infrastruktur aus der EU erhalten. Mit dem Geld sollen fünf Kanäle umgebaut und verbessert werden. Von einer solchen Verschönerung profitieren der Schmidtsdorfer, der Lötzener, der Immenhagener, der Grünwalder und der Talker Kanal zwischen Nikolaiken und Lötzen. Mit diesen Investitionen sollen die touristische Attraktivität der Region verbessert sowie die Schifffahrt auf den Großen Masurischen Seen erhöht werden. Die Umbauarbeiten werden in drei Etappen erfolgen. *PAZ*

Sieben Tänze zur siebten Werkstatt

LO veranstaltete in Heilsberg ein Seminar für die jungen Mitglieder der Deutschen Minderheit

Vom 16. bis 18. November fand im Hotel „Górecki“ in Heilsberg das bereits siebte Volkstanzseminar der Landsmannschaft Ostpreußen für junge Tänzer der Deutschen Minderheit im südlichen Ostpreußen statt. Or-ganisatorin Edyta Gladkowska hatte für die 60 Teilnehmer zwei Leiterinnen von deutschen Tanzgruppen in Schlesien als Trainerinnen für das arbeitsreiche Wochenende gewinnen können.

Die Volkstanzwerkstatt beginnt für die Teilnehmer immer ganz harmlos. Sie bekommen am Freitagabend erste Integrationsspiele und -tänze geboten, lernen neue Leute kennen und begrüßen alte Kollegen. Manche jungen Tänzer wie die der Regionaltanzgruppe „Saga“ von der Gesellschaft der deutschen Minderheit in Bartenstein oder der Gruppe „Mala Warmia“ („Kleines Ermland“) aus der Schule in Groß Lemkendorf sind nicht zum ersten Mal dabei. Auch aus den Grundschulen mit Deutsch als Minderheitensprache in Frankenau und Neu Bartelsdorf sowie von den Gesellschaften der Deutschen Minderheit in Neidenburg, Heilsberg und Allenstein kamen Teilnehmer zur diesjährigen Werkstatt.



Selbst die Kleinsten hatten ihren Spaß: Grundschüler proben die erlernten Schrittfolgen Bild: E.G.

„Leider gab es auch in diesem Jahr deutlich mehr Interessierte als Plätze“, bedauert Gladkowska, „60 Kinder im Alter von sieben bis 15 Jahren in zwei Gruppen, das geht gerade noch – und auch nur wegen der guten Voraussetzungen hier im Hotel.“ Das Hotel „Górecki“ bietet zwei große Säle für Tanzveranstaltungen, die geradezu optimal für die Werkstatt sind. Aber selbst diese Bedingungen und die Tatsache, dass dank der finanziellen Unterstützung durch die Landsmannschaft Ostpreußen die Teilnehmer nur die Kosten für die An- und Abreise in Eigenregie tragen müssen, können das stark gewachsene Interesse nicht erklären, so Gladkowska: „Bei der ersten Werkstatt hatten wir ein Drittel der heutigen Teilnehmer und mussten sie dazu noch überzeugen. Heute geht die Information darüber kaum an die Empfänger raus, und schon kommen die ersten Anmeldungen.“

Trainerinnen kamen aus Schlesien

Aldona Krupa-Gawron, die Vorsitzende der Kulturgesellschaft des Ratiborer Landes „Źródło“ („Quelle“) erklärt das mit einer gewissen Mode für Folklore. In den von ihr geleiteten Tanzgruppen ihrer Organisation tanzen immerhin 300 Personen unterschiedlichen Alters. Ihre energische und entschiedene Art bekamen die Teilnehmer am Sonnabend zu spüren, als es mit dem intensiven Tanztraining ernst wurde. „Disziplin ist notwendig, damit es als Ganzes gut aussieht, wenn in einem Ensemble getanzt wird. Doch von Anfang an war zu sehen, dass die Kinder schon in Gruppen gearbeitet haben, Gefühl für Rhythmus und Paarbewegung haben, zuhören können und Erklärungen umsetzen können“, lobt Krupa-Gawron. Unter ihren kritischen Augen wuchs in kurzer Zeit am Sonnabendvormittag als erster Tanz eine Quadrille aus dreimal vier Paaren zusammen.

Ein weiterer Tanz, den die Gruppe trainierte, war der „Reifentanz“. Seinen Ursprung hat er laut Krupa-Gawron in der Fassherstellung: „Wenn früher bei der Herstellung von Reifen für Kraut- oder Bierfässer einer davon zersprang, nahm man ihn in die Hand und begann damit zu tanzen.“ Für die Arbeit in den Tanzgruppen nimmt sie dafür aber zerschnittene und geschmückte Hula-Hoop-Reifen. Auch die andere Gruppe war unter Zuzanna Szczepanska, seit 14 Jahren Tänzerin und seit vier Jahren Leiterin der Volkstanzgruppe „Wal-Nak“ aus Schulenburg im Kreis Oppeln, fleißig an der Arbeit mit „Kreuzpolka“ und „Kettentanz“.

Insgesamt lernten die Kinder und Jugendlichen auf der siebten Volkstanzwerkstatt sieben Tänze. Gerade das intensive Programm macht die Veranstaltung so wichtig für die Tänzer und ihre Betreuer. „Die vielen Schritte und Tänze, die sie hier lernen, kann ich meinen Kindern im normalen Training einmal die Woche kaum bei-bringen“, stellt etwa Danuta Nieweglowska, die Leiterin von „Saga“, fest, „wir freuen uns deshalb auf weitere Werkstätten.“

Uwe Hahnkamp

Königsberger kämpfen gegen Krebs

Erkrankungen nehmen drastisch zu – Regierung plant Bau eines onkologischen Zentrums im Gebiet

Im Königsberger Gebiet ist die Sterberate durch Krebs gestiegen. In den ersten acht Monaten dieses Jahres sind bereits über 1500 Menschen an der Krankheit gestorben, das sind 8,5 Prozent mehr als im Vorjahr. Auch die Zahl derer, bei denen erstmals eine Krebserkrankung diagnostiziert wurde, wächst. Ende 2017 wurden fast 24 000 Einwohnern der Königsberger Exklave von Onkologen untersucht. Die Zahl derer, die erstmals von ihrer Diagnose erfahren haben und die unter engmaschiger ärztlicher Kontrolle stehen, beträgt 3500.

Angesichts dieser besorgniserregenden Statistik hat der Marsch gegen Krebs, der vor Kurzem in Königsberg stattfand, eine besondere symbolische Bedeutung. An der Veranstaltung beteiligten sich Regierungsvertreter, Vereine, Studenten sowie Patienten und ihre Verwandten. Organisiert hatte sie die regionale Organisation „Vita“, die sich um die soziale und psychologische Unterstützung von Betroffenen kümmert. Die Teilnehmer des Umzugs, deren Symbol ein rosafarbenes Band ist, möchten die Öffentlichkeit auf das bestehende Problem der Zunahme von Krebserkrankungen aufmerksam machen und an die Notwendigkeit regelmäßiger Untersuchungen erinnern. An dem Umzug nahmen übrigens auch Gäste aus der Bundesrepublik teil: Die Kolonne wurde von einer Hamburger Blaskapelle angeführt. Die Teilnehmer marschierten entlang dem Hansaring, der Hufenallee von der Skulptur der Kämpfenden Wisente bis zum Denkmal der Kosmonauten, wo ein Treffen stattfand, bei dem das deutsche Orchester ein musikalisches Programm aufführte.

Im Königsberger Gebiet gibt es mehrere Wohltätigkeitsorganisationen, die sich dem Problem der Krebserkrankungen widmen. Insbesondere das Wohltätigkeitszentrum „Ich glaube an ein Wunder“ verfolgt schon lange die Idee, in der Region ein Kinderhospiz einzurichten. Da die Behörden den Bau eines staatlichen Hospizes wegen Finanzierungsproblemen wiederholt verschoben hatten, beschloss die Organisation, sich selbst um ein Kinderhospiz zu bemühen.



Setzten ein Zeichen gegen steigende Zahl der Krebserkrankungen und für bessere Behandlungsmöglichkeiten: Teilnehmer des „Marschs gegen Krebs“ Bild: J.T.

Die Stadtverwaltung erklärte sich bereit, der Wohltätigkeitsorganisation ein Baugrundstück in der 19 Kilometer von der Gebietshauptstadt entfernt liegenden Siedlung Molsehnen [Kosmodemjanskowo] zu übertragen, die zum Landkreis Königsberg gehört. Allerdings stellte sich nur wenig später heraus, dass das Gelände sumpfig ist und eine Trokkenlegung erhebliche Kosten verursachen würde. Die Berechnung allein für die Vorbereitung des Baus eines Kinderhospizes auf dem Grundstück ergab eine Summe von umgerechnet rund 1,3 Millionen Euro, weshalb die Pläne auf Eis gelegt werden mussten. Die Organisation „Ich glaube an ein Wunder“ hat Geldgeber, die bereit wären, das erste Hospizgebäude zu errichten, vorausgesetzt allerdings, dass die Stadtverwaltung oder die Regionalregierung ein erschlossenes Grundstück zur Verfügung stellt, damit nach der ersten Bauphase das Gebäude sofort genutzt werden kann. Doch diese Bedingungen konnte oder wollte die Stadtverwaltung nicht erfüllen.

Daneben findet ein langjähriges Ringen um den Bau eines regionalen onkologischen Zentrums seine Fortsetzung. Da es in der Region nur eingeschränkte Möglichkeiten für die Behandlung von Krebserkrankungen gibt, sind die Exklavenbewohner gezwungen, sich in anderen Regionen Russlands, vor allem in Moskau, behandeln zu lassen. Vor Kurzem hat die für Ausschreibungen zuständige Behörde des Königsberger Gebiets zum zweiten Mal einen Auftragnehmer für den Bau des regionalen onkologischen Zentrums in Leißienen, Kreis Friedland, ausgewählt. Das Unternehmen will den Bau für rund 56 Millionen Euro verwirklichen. Das Zentrum soll eine Poliklinik, 200 Betten, ein Diagnosezentrum und eine Abteilung für Strahlentherapie erhalten.

Das Hauptproblem, die Früherkennung, bleibt jedoch bestehen. Deshalb äußerten Spezialisten die Ansicht, dass es vernünftiger gewesen wäre, sich für eine moderne Abteilung in den bestehenden Krankenhäusern des Gebiets zu entscheiden, und sich für eine erfolgreiche Qualifizierung und Weiterbildung der vorhandenen Onkologen im medizinischen Institut der Albertina (Kant-Universität) einzusetzen. Dann könnte ein positiver Effekt schneller einsetzen als beim Bau eines neuen onkologischen Zentrums.

Jurij Tschernyschew



ZUM 98. GEBURTSTAG

Brozio, Ilse, geb. **Kottowski**, aus Keipern, Kreis Lyck, am 5. Dezember

Palluch, Helmut, aus Bartendorf, Kreis Lyck, am 6. Dezember

ZUM 97. GEBURTSTAG

Breuer, Emma, geb. **Usko**, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, am 6. Dezember

Dittrich, Charlotte, geb. **Soboll**, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 3. Dezember

Gantz, Irmgard, geb. **Drummer**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 2. Dezember

Walpuski, Heinrich, aus Roggen, Kreis Neidenburg, am 6. Dezember

Weidmann, Edith, geb. **Ganz**, aus Treuburg, am 3. Dezember

ZUM 96. GEBURTSTAG

Fauken, Hedwig, geb. **Wengoborski**, aus Lyck, Lycker Garten 12, am 2. Dezember

Olk, Edith, aus Wallen, Kreis Ortelsburg, am 5. Dezember

Wolff, Christel, geb. **Olk**, aus Wallen, Kreis Ortelsburg, am 5. Dezember

ZUM 95. GEBURTSTAG

Adomeit, Heinz, aus Schalteck, Kreis Elchniederung, am 5. Dezember

Blumenstein, Margarete, geb. **Polixa**, aus Roggenfelde, Kreis Treuburg, am 6. Dezember

Jogschies, Elli, geb. **Jacksteit**, aus Wittken, Kreis Elchniederung, am 4. Dezember

Kiesling, Erna, geb. **Barkus**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 6. Dezember

Petrick, Gertrud, geb. **Witt**, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 5. Dezember

Schönicke, Käte, geb. **Westphal**, aus Deschen, Kreis Elchniederung, am 30. November

Spelge, Vera, geb. **Lindemann**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 1. Dezember

Wedewardt, Gertrud, geb. **Neumann**, aus Lyck, Danziger Straße 15, am 5. Dezember

ZUM 94. GEBURTSTAG

Burba, Luise, geb. **Teschke**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 30. November

Holz, Christel, geb. **Janz**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 3. Dezember

Pabsch, Gertrud, geb. **Rinka**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 6. Dezember

Topka, Heinz, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 4. Dezember

Turtschin, Elsbeth, geb. **Jeromin**, aus Lyck, am 6. Dezember

Wittkowski, Charlotte, geb. **Fey**, aus Wehlau, am 4. Dezember

ZUM 93. GEBURTSTAG

Albrecht, Ella, aus Lyck, am 30. November

Jansen, Martha, geb. **Frontzek**, aus Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, am 3. Dezember

Kairies, Kurt, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 6. Dezember

Klemz, Gerda, geb. **Findeisen**, aus Treuburg, am 3. Dezember

Konrad, Franz, aus Liebnicken, Kreis Preußisch Eylau, am 30. November

Maschlinski, Erich, aus Bobern, Kreis Lyck, am 3. Dezember

Meyer, Dr. Günter, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 30. November

Schliwinski, Heinrich, aus Mulden, Kreis Lyck, am 3. Dezember

Weigl, Hanna, geb. **Labeit**, aus Herdenau, Kreis Elchniederung, am 4. Dezember

ZUM 92. GEBURTSTAG

Becker, Roland, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, am 6. Dezember

Hartmann, Hildegard, geb. **Stacklies**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 4. Dezember

Jorkorwski, Herbert, aus Moddelkau, Kreis Neidenburg, am 5. Dezember

Karpowski, Herbert, aus Plöwken, Kreis Treuburg, am 30. November

Kuhn, Erna, geb. **Sontopski**, aus Skupien, Kreis Neidenburg, am 3. Dezember

Moehrke, Karl-Heinz, aus Lyck, am 5. Dezember

Pahlke, Hildegard, geb. **Rattay**, aus Neuendorf, Kreis Treuburg, am 30. November

Platzek, Helmut, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 6. Dezember

Richter, Ella, geb. **Schulz**, aus Wartenfeld, Kreis Elchniederung, am 1. Dezember

Roggon, Erika, geb. **Ruchatz**, aus Jesken, Kreis Treuburg, am 3. Dezember

Seiler, Margarete, geb. **Bolz**, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, am 4. Dezember

Staschik, Hilde, geb. **Kalinowski**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 6. Dezember

Wiersen, Ella, geb. **Schirrmann**, aus Schwalgenort, Kreis Treuburg, am 6. Dezember

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bohlmann, Reinhold, aus Seebrücken, Kreis Lyck, am 30. November

Fischer, Ilse, geb. **Schapat**, aus Skulbetwarren, Kreis Elchniederung, am 2. Dezember

Liebner, Hannelore, geb. **Rogalla**, aus Bartengut, Kreis Neidenburg, am 5. Dezember

Niemeyer, Waltraut, geb. **Kring**, aus Grünweide, Kreis Ebenrode, am 6. Dezember

Pruß, Günter, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 1. Dezember

Schulz, Erich, aus Wehlau, am 2. Dezember

Schulze, Dieter, aus Neuendorf, Kreis Treuburg, am 6. Dezember

Tessarzik, Christel, aus Stosnau, Kreis Treuburg, am 6. Dezember

Zintarra, Helmut, aus Ortelsburg, am 4. Dezember

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bär, Edith, geb. **Beyer**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 3. Dezember

Berft, Heinrich, aus Littfinken, Kreis Neidenburg, am 2. Dezember

Böhm, Fritz, aus Grunau, Kreis Heiligenbeil, am 5. Dezember

Fabry, Brunhilde, geb. **Gusko**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 1. Dezember

Graßmann, Christa, geb. **Schwab**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 2. Dezember

Gustke, Christel, geb. **Dikomey**, aus Treuburg, am 3. Dezember

Klönner, Hermann, aus Wehlau, am 3. Dezember

Kloth, Hannelore, geb. **Melzer**, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 30. November

Korting, Kurt, aus Dorntal, Kreis Lyck, am 1. Dezember

Kotthaus, Edith, geb. **Dembowski**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 5. Dezember

Krutzinna, Werner, aus Lyck, Karl-Freyburger-Straße 6, am 3. Dezember

Metzdorf, Erich, aus Ebenrode, am 4. Dezember

Potrafke, Edith, geb. **Niederstrasse**, aus Treuburg, am 2. Dezember

Reddig, Heinz, aus Aßlacken, Kreis Wehlau, am 2. Dezember

Reitenbach, Liesbeth, geb. **Ollech**, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 2. Dezember

Samulowitz, Günther, aus Narzym, Soldau, Kreis Neidenburg, am 1. Dezember

Schirmer, Hildegard, geb. **Czarnetzki**, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, am 4. Dezember

Stasilowicz, Gertrud, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 30. November

Stetza, Karl, aus Allendorf, Kreis Neidenburg, am 4. Dezember

Stoltz, Irmgard, geb. **Weiß**, aus Kiefernheide, Kreis Lyck, am 2. Dezember

Wehrmann, Helga, geb. **Ohrmoder**, aus Treuburg, am 2. Dezember

ZUM 85. GEBURTSTAG

Arnholz, Elfriede, geb. **Fornacon**, aus Giesen, Kreis Lyck, am 30. November

Dieckmann, Heinrich, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 5. Dezember

Dormeyer, Wilhelm, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 2. Dezember

Haaszio, Bernhard, aus Halldorf, Kreis Treuburg, am 30. November

Hauser, Dr. Sigrid, geb. **Zinnow**, aus Ebenrode, am 3. Dezember

Herholz, Edeltraud, geb. **Dolch**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 6. Dezember

Hopp, Ilse, geb. **Jörs**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 30. November

Kirschner, Otto, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, am 4. Dezember

Mauruschat, Hans, aus Hellbrunn, Kreis Ebenrode, am 30. November

Pieszek, Walter, aus Talhöfen, Kreis Neidenburg, am 1. Dezember

Pörschke, Adelheid, geb. **Pörschke**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 5. Dezember

Ruschenat, Rudi, aus Alt Katzkeim, Kreis Fischhausen, am 30. November

Scionti, Else, geb. **Nicolovius**, aus Treuburg, am 5. Dezember

Selmer, Helga, geb. **Boczkowski**, aus Grimmendorf, Kreis Neidenburg, am 1. Dezember

Söckneck, Hasso, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 4. Dezember

Steinbacher, Fritz, aus Walddorf, Paplienen, Kreis Schloßberg, am 28. November

Unterschütz, Herta, geb. **Friedriszik**, aus Borken, Kreis Treuburg, am 3. Dezember

Zacharias, Willi, aus Groß Lasken, Kreis Lyck, am 30. November

ZUM 80. GEBURTSTAG

Aue, Ursel, geb. **Donder**, aus Kalkofen, Kreis Lyck, am 2. Dezember

Bauscher, Ursula, geb. **Löwedey**, aus Klein Rödersdorf, Kreis Heiligenbeil, am 30. November

Borrmann, Christian, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 30. November

Gräf, Lothar, aus Mohrungen, am 2. Dezember

Jodeit, Siegfried, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 30. November

Kretschmer, Margarete, geb. **Ullrich**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 5. Dezember

Kulinna, Gerhard, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 1. Dezember

Nicolai, Hildegard, geb. **Barsties**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 30. November

Orbeck, Helga, geb. **Krüger**, aus Klein Nuhr, Kreis Wehlau, am 6. Dezember

Plogsties. Lieselotte, geb. **Pelka**, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 6. Dezember

Schimkat, Lilian-Heide, geb. **Lorenz**, aus Wehlau, am 30. November

Schote, Ingrid, geb. **Kallweit**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 4. Dezember

Selle-Meretzki, Gertraud, geb. **Meretzki**, aus Schutschenofen, Kreis Neidenburg, am 6. Dezember

ZUM 75. GEBURTSTAG

Berger, Irene, geb. **Loß**, aus Nassawen, Kreis Ebenrode, am 30. November

Borbe, Manfred, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, am 4. Dezember

Lewandowski, Siegfried, aus Fröhlichshof, Kreis Ortelsburg, am 1. Dezember

Mollenhauer, Heinrich, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 3. Dezember

Saunus, Martin, aus Rokitten, Kreis Elchniederung, am 5. Dezember

Schütz, Siegfried, aus Seesken, Kreis Treuburg, am 3. Dezember

65 Eiserne Hochzeit

Bublies, Herbert, aus Großroden, Kreis Tilsit-Ragnit und Ehefrau Olga, geb. **Haberkorn**, aus Schröttersburg, am 9. November

Zusendungen für Ausgabe 50

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimatseiten der *PAZ*-Ausgabe 50/2018 (Erstverkaufstag: 14. Dezember) bis spätestens Mittwoch, 5. Dezember an Fax an (040) 41400850, per E-Mail: redaktion@preussische-allgemeine.de oder postalisch an *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft widersprechen!

TERMINE DER LO

2019

16. bis 17. März: Arbeitstagung (AT) der Kreisvertreter in Helmstedt
13. bis 14. April: AT Deutsche Vereine in Sensburg
12. bis 14. April: Kulturseminar in Helmstedt
11. Mai: Jahrestreffen der LO in Wolfsburg
15. Juni: Sommerfest des VdGEM in Heilsberg
21. bis 23. Juni: 7. Sommerolympiade in Osterode (Ostpreußen)
20. bis 22. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
7. bis 13. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
19. bis 20. Oktober: 12. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis)
1. November: AT der Landesgruppenvorsitzenden in Wuppertal
2. bis 3. November: Ostpreußische Landesvertretung in Wuppertal (geschlossener Teilnehmerkreis)
9. bis 12. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Dittchenbühne

Elmshorn – Am 30. November premiert das Weihnachtsmärchens „König Drosselbart“, danach folgen im Dezember fast im Tagestakt 21 weitere Aufführungen.

Zu erhalten sind die Karten beim „Forum Baltikum – Dittchenbühne“, Hermann-Sudermann-Allee 50, 25335 Elmshorn, Telefon (04121) 89710, E-Mail: buero@dittchenbuehne.de zum Preis von 15 Euro pro Ticket.

Am 9. Dezember, von 11 bis 17 Uhr, findet der Weihnachtsmarkt statt. Auf dem Programm stehen viele interessante Stände mit weihnachtlich-adventlichen Angeboten, Kaffee und Kuchen, Glühwein und (wenn das Wetter mitspielt) Würstchen vom Grill.

Nähere Informationen unter Telefon (04121) 89710.

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Barbara Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Heimatreise im Mai

Freitag, 17., bis Freitag, 24. Mai: Achttägige Flugreise nach Ostpreußen – Königsberg, Gumbinnen, Rominter Heide, Tilsit, Samlandküste unter der Reiseleitung von Dieter Wenskat, mit Partner-Reisen.

Ein Linienflug mit LOT Polish Airlines bringt Sie wahlweise ab Berlin, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg oder München mit Umstieg in Warschau und gemeinsamem Weiterflug nach Königsberg, Ankunft am Nachmittag, anschließender Transfer nach Gumbinnen zum Hotel „Kaiserhof", Ihrem Quartier für die nächsten Tage.

Stadtrundfahrt Gumbinnen, Besichtigung der Salzburger Kirche, der früheren Friedrichsschule mit ihrem historischen Fresko. Nachmittags unternehmen Sie einen Ausflug durch den Kreis Gumbinnen und Angerapp/ Drakehmen, über Nemmersdorf und Drachenberg nach Angerapp und Ströpken. In Weedern Stopp am früheren Gut der Familie Zitzewitz, wo heute wieder Pferde gezüchtet werden.

Am dritten Tag fahren Sie nach Trakehnen mit der ehemaligen einst weltberühmten Gestütsanlage. Anschließend erreichen Sie die Rominter Heide – eine Urwaldlandschaft mit romantischen Seen, kleinen Bächen und Biberbauten. Am Rande dieses Waldmassivs betreibt die russische Familie Sajac im ehemaligen Forsthaus Warnen ein kleines Gästehaus, bei denen Sie zur Mittagseinkehr erwartet.

Vor Ihrer Übernachtung in Tilsit erwartet Sie die Schule von Breitenstein/Kraupischken, das Heimatmuseum von Juri Userzov. Anschließend erreichen Sie Ragnit, mit der größten Burg des Deutschen Ordens, deren Ruine besichtigt wird. Sie erleben eine kleine Käseverkostung im „Deutschen Haus" in Ragnit. Anschließend erreichen Sie das benachbarte Tilsit, einst die östlichste große deutsche Stadt mit dem Beinamen „Stadt ohne Gleichen". Die ausführliche Stadtführung in Tilsit beginnt mit einem Besuch im teilweise neu gestalteten Park Jakobsruh mit einem Spaziergang zum wiedererrichteten Königin-Luise-Denkmal. Anschließend geht es durch die alten Wohnviertel zum Schlossmühlenteich. Abschluss und Höhepunkt der Stadtführung ist jedoch ein gemeinsamer Spaziergang durch die Hohe Straße. An den überwiegend sehr schön restaurierten Jugendstilfassaden kann man die einstige Schönheit der Stadt an der Memel erahnen.

Der fünfte Tag bietet Ihnen eine Rundfahrt mit Besichtigungsstopps durch die Elchniederung. Am Vormittag geht es in die Gebiete nördlich der Gilge mit Besuch von Sköpen, Kuckerneese, Herdenau, Karkeln, Inse und einem Stopp am Kaiserlichen Jagdschloss Pait. Am Nachmittag geht es durch den südlichen Teil der Elchniederung mit Besuch von Heinrichswalde, Gerhardsweide, Seckenburg, Groß Friedrichsdorf und Kreuzingen. Eine letzte Übernachtung in Tilsit bevor Sie in den Kreis Labiau weiterreisen. Im früheren Dorf Waldwinkel besuchen Sie ein liebevoll eingerichtetes und mit vielen erhaltenen Original-Exponaten aus deutscher Zeit ausgestattetes Museum in der früheren deutschen Schule. Anschließend unternehmen Sie einen Ausflug in das Große Moosbruch am Rande des Elchwaldes und besuchen bei Lauknen das Moosbruchhaus, ein mit deutschen Mitteln unterstütztes Naturschutz- und Begegnungszentrum. Hier ist auch der Tisch zu einem gemeinsamen Mittagessen gedeckt. In Labiau passieren Sie die Adler-Brücke. Gegen Abend erreichen Sie Königsberg, wo Sie übernachten.

Am vorletzten Tag der Reise gibt es eine Stadtrundfahrt durch Königsberg. Dabei besuchen Sie die erhaltenen Sehenswürdigkeiten wie die Luisenkirche oder den früheren Hansa-Platz mit dem ehemaligen Nordbahnhof und die erhaltenen Stadttore und Befestigungsanlagen wie das restaurierte Königstor und den Litauer Wall. Darüber hinaus erleben Sie eine aufstrebende russische Großstadt im Umbruch und voller Kontraste, sowohl sozial als auch städtebaulich. Ein Höhepunkt der Reise ist der Besuch des Königsberger Doms mit einem Anspiel der Orgel zu einem kleinen Konzert. Bei einer anschließenden Bootsfahrt auf dem Pregel und um die Kneiphofinsel erleben Sie die frühere Börse, den Dom und den Königsberger Hafen vom Wasser aus.

Bevor es um 18 Uhr mit dem Flugzeug wieder zurückgeht, erwartet Sie noch ein Ausflug an die Samlandküste. Sie besuchen das für den Bernsteinabbau bekannte Palmnicken. Anschließend erreichen Sie das Seebad Rauschen. Am Nachmittag erfolgt der Transfer und der Abflug nach Warschau, Rückankunft je nach Flughafen gegen 22 Uhr.

Programmänderungen sind vorbehalten, dies gilt insbesondere auch für Veränderungen der Flugzeiten durch die Airline.

Leistungen im Überblick: Linienflüge mit LOT Polish Airlines von verschiedenen Flughäfen in Deutschland über Warschau nach Königsberg und zurück, drei Übernachtungen mit Halbpension in Gumbinnen, zwei in Tilsit und zwei in Königsberg. Aufenthalts- und Besichtigungsprogramm wie beschrieben, inklusive Käseverkostung in Ragnit, Stadtführung in Königsberg, Orgelkonzert im Königsberger Dom, Bootsfahrt auf dem Pregel, Eintritt Tagebau Palmnicken, Besuch Schulmuseum Waldwinkel, Mittagessen im Moosbruchhaus, im Forsthaus Warnen und im Fischdorf in Königsberg. Sachkundige deutschsprachige Reiseleitung während des gesamten Aufenthaltes in Ostpreußen, Busstellung zu allen Fahrten des Programms. Die Mindestteilnehmerzahl beträgt 18 Personen, maximal können 25 Personen mitreisen. Der Preis pro Person beträgt 1155 Euro, der Einzelzimmerzuschlag 140 Euro, die Visagebühr pro Person beträgt 85 Euro.

Anmeldung und weitere Informationen bei Dieter Wenskat, Horstheider Weg 17, 25365 Sparrieshoop, Telefon (04121) 85501, und bei Partner-Reisen, Everner Straße 41, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 588940, E-Mail: Info@Partner-Reisen.com oder Fax (05132) 825585.



INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

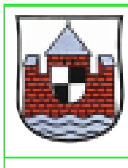
Heimatgruppen

Darmstadt – Sonnabend, 1. Dezember, 11 Uhr, Bürgermeister-Pohl-Haus, Im Appensee 26 I, 64291 Darmstadt-Wixhausen: Weihnachtsfeier. Nähere Informationen: Jürgen Pantel, Telefon (06103) 42744.

Hamburg – Mittwoch, 5. Dezember, 12 Uhr, Empore des Hotels Zeppelin, Frohmestraße 123–125, 22459 Hamburg: Vorweihnachtsfeier mit Liedern und Gedichten. Informationen: Manfred Samel, Telefon (040) 587585, E-Mail: Manfred-Samel@Hamburg.de

Köln – Mittwoch, 5. Dezember, Gaststätte Zirkel, Braunstraße 20, Köln-Braunsfeld (Haltestelle Aachener Straße/Maarweg): Weihnachtsfeier. Anmeldung und Informationen bei Carola Maschke, Telefon (0221) 796942, E-Mail: C.Maschke@netcologne.de

Thüringen – Sonnabend, 8. Dezember, 14 Uhr, Diakonissenmutterhaus Eisenach, Karlsplatz 27-31: Weihnachtsfeier. Weitere Informationen: Jürgen Böhlke, Dresdener Straße 5, 99817 Eisenach, Telefon (03691) 211105, E-Mail: fjboehlke@gmail.com



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Erwin Feige, Am Karbel 52, 09116 Chemnitz, Telefon (0371) 3363748. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de

Kommuniqué

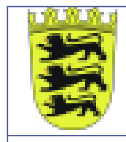
Wenige Wochen nach dem Amtsantritt von Erwin Feige als 1. Vorsitzender wurde der Vorstand im November zu einer Sitzung nach Chemnitz einberufen. Sie stand im Zeichen der Ausrichtung der Vorstandsarbeit auf die künftigen Aufgaben unter Berücksichtigung inhaltlicher und personeller Aspekte.

Nach einer Auswertung der OLV-Tagung in Wuppertal analysierte Erwin Feige die durch Norbert Subroweit entstandene Situation. Auch der 2. Vorsitzende Siegfried Dannath-Grabs war nicht imstande, die Defizite von Norbert Subroweit zu kompensieren. Im Interesse der Zukunftssicherung wurde ein Wechsel in der Stellvertreterfrage erforderlich.

Um für alle altersbedingten Eventualitäten vorbereitet zu sein galt es, als juristisch bevollmächtigten Stellvertreter ein Vorstandsmitglied einzusetzen, der vom Alter sowie vom finanz- und satzungsrechtlichen Überblick her für die vertretungsweise Vereinsführung geeignet und jederzeit einsetzbar ist. Erwin Feige stellte den Antrag, mit der Funktion des Stellvertretenden Vorsitzenden Manfred Gesien zu betrauen und Siegfried Dannath-Grabs von der Stellvertretertätigkeit zu entbinden. Dem Antrag stimmten sämtliche Vorstandsmitglieder einmütig zu. Manfred Gesien nahm das Amt des Stellvertreters an. Damit sind die Weichen gestellt worden, um die künftige Handlungsfähigkeit des Vorstands zu sichern. Mit einem Ausblick auf das Jahr 2019 stimmte Erwin Feige alle Anwesenden auf die künftigen Aufgaben ein. *Hans Dzieran*

Ostpreußisches Landesmuseum auch im Internet: www.ostpreussisches-landesmuseum.de

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen



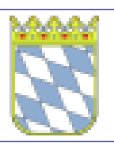
BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Buchen – Sonnabend, 1. Dezember, 14 Uhr, Pfarrscheune in Buchen-Hainstadt: Weihnachtsfeier der Kreisgruppe mit ansprechendem Programm. Der Kleinbus holt ab: um 12.30 Uhr in Mosbach am Busbahnhof und Kaufland, um 13.10 Uhr in Buchen am Ring und Musterplatz sowie um 13.30 Uhr Walldürn an der Volksbank.

Ludwigsburg – Dienstag, 18. Dezember, 15 Uhr, Krauthof, Beihingerstraße 27: Vorweihnachtsfeier.

Stuttgart – Dienstag, 4. Dezember, 14.30 Uhr, Haus der Heimat, Kleiner Saal: Weihnachtsfeier der Frauengruppe mit Grabbelsack.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Bamberg – Mittwoch, 19. Dezember, 15 Uhr, Hotel Wilde Rose, Keßlerstraße, Bamberg: Monatstreffen.

Hof – Sonnabend, 8. Dezember, 15 Uhr, Altdeutsche Bierstube, Marienstraße 88, 95028 Hof: Adventsnachmittag.

Landshut – Donnerstag, 6. Dezember: Weihnachtsmarkt auf der Burg Trausnitz. – Dienstag, 18. Dezember, Gasthaus Zur Insel: Weihnachtsfeier mit feierlicher Musik von Ehepaar Bethke aus Karlsfeld.

Nürnberg – Sonntag, 2. Dezember, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1, Nürnberg-Langwasser (Ende der U1 gegenüber): Wir feiern Advent, Gäste herzlich willkommen.

Weiden – Sonntag, 2. Dezember, 14.30 Uhr im Café Mitte: Vorweihnachtsfeier.



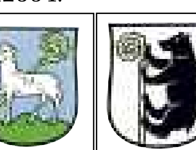
BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

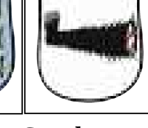
KREISGRUPPEN



Frauengruppe – Mittwoch, 12. Dezember, 13.30 Uhr, Pflegestützpunkt, Wilhelmstraße 116-117, 10963 Berlin: Gedichte zum Jahreswechsel. Anfragen an Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



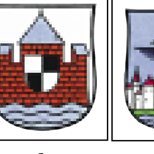
Heilsberg, Rößel – Sonnabend, 1. Dezember, 15 Uhr, Seniorenfreizeitstätte „Maria Rimkus Haus", Gallwitzallee 53, 12249 Berlin. Anfragen: Erika Hackbarth, Telefon (033762) 40137, für Rößel: Ernst Michutta, Telefon (05624) 6600.

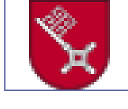
Johannisburg, Lötzen, Sensburg – Dienstag, 11. Dezember, 13 Uhr, Restaurant Muna, Albrechtstraße 52, 12167 Berlin. Anfragen an Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917, für Lötzen an Gabriele Reiß, Telefon (030) 7563563.



Rastenburg – Sonntag, 9. Dezember, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin. Anfragen an Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.

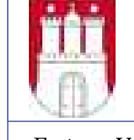
 

Tilsit-Stadt, Tilsit-Ragnit – Sonnabend, 1. Dezember, 13 Uhr, Ratskeller Charlottenburg Otto-Suhr-Allee 102, 10585 Berlin. Barbara Fischer, Telefon (030) 6041054.



BREMEN

Bremen – Sonnabend, 1. Dezember, 15 Uhr, Atlantic-Hotel beim Bremer Flughafen: Adventsfeier der Ost- und Westpreußen. Die Kosten der Kaffeetafel betragen 10 Euro pro Person. Ihre Anmeldung in der Geschäftsstelle ist unbedingt erforderlich.



HAMBURG

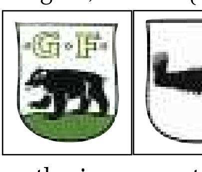
Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815.

Landesgruppe – Sonnabend, 8. Dezember, 14 Uhr (Einlass ab 13 Uhr) bis zirka 17 Uhr, Hotel NewLivingHome, Julius-Vosseler-Straße 40, Hamburg-Lokstedt: Weihnachtsfeier der Landesgruppe. Das Residenzhotel liegt etwa 50 Meter entfernt von der Haltestelle Hagenbecks Tierpark (U-Bahn Linie U 2 oder den Buslinien 22, 39, 181 und 281) und ist auf ebenem Wege gut zu erreichen. Es erwarten Sie der Chor „Abendklang", weihnachtliche Gedichte und Verse von Christel Neumann und weitere besinnliche Vorträge. Ein Kaffeegedeck (ein Stück Torte & ein Stück Butterkuchen und Kaffee satt) für 10 Euro pro Person. Gäste sind wie immer herzlich willkommen.

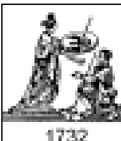
KREISGRUPPE



Elchniederung – Dienstag, 4. Dezember, 14 Uhr, Berenberg-Gossler-Haus, Bürgerhaus für Niendorf e.V., Niendorfer Kirchenweg 17: Treffen zu einem vorweihnachtlichen Nachmittag mit gemeinsamer Kaffeetafel, Erzählungen, Singen und Julklapp. Bitte bringen Sie ein Päckchen mit. Gäste sind immer herzlich willkommen. Informationen erteilt Helga Bergner, Telefon (040) 5226122.



Insterburg, Sensburg – Die Heimatkreisgruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat (außer im Januar und im Juli) zum Singen und einem kulturellen Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de



Salzburger Verein e.V. – Landesgruppe Hamburg/Schleswig-Holstein/Niedersachsen: Treffen am Sonnabend, 8. Dezember, 13 Uhr, Hotel „St. Raphael", Adenauerallee 41, Hamburg, mit folgendem Programm: Texte und Lieder zum Advent in Ostpreußen und im Salzburger Land. Mitglieder des SV und Gäste sind herzlich willkommen.

Westpreußen – Freitag, 7. Dezember, 14.30 Uhr (Beginn 15 Uhr), Hotel Senator, Festsaal, 1. Etage, Lange Reihe 18 nahe Hauptbahnhof: Adventstreffen der Westpreußen. Ein adventliches Programm, musikalisch begleitet von Adolf Naroska, ist für Mitglieder und Gäste vorbereitet. Nachfragen unter Telefon (040) 7009279 oder 6401199.



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

Darmstadt/Dieburg – Sonntag, 2. Dezember (NICHT am Sonnabend), 14.30 Uhr: vorweihnachtliche Feier. Unter dem Motto „Ei-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Ostpreußen im September

Eindrücke einer Reise mit Dieter Wenskat

Die Reise begann am 14. September von Düsseldorf nach Warschau und weiter nach Königsberg., dessen Flughafen mit seiner modernen Architektur und Technik überraschte.

Nun ging es richtig los, mit dem Reiseführer Dieter Wenskat, der Dolmetscherin Diana Oblakova und unserem Busfahrer Alexander, der uns mit seinem Omnibus durch Ostpreußen fuhr.

Auf einer neuen Autobahn ging es bei sehr regem Autoverkehr in die Stadt hinein, vorbei an vielen Plattenbauten und modernen Gebäuden und nur wenigen erhaltenen Altgebäuden.

Durch die Stadtrundfahrt erfuhren wir viel über die heutige Stadt, zum Beispiel, dass derzeit etwa 30000 Deutsche dauerhaft in Königsberg, dessen deutsche Geschichte die Bewohner stolz macht, leben. Jüngere wünschen sich eine Renaissance des Namens Königsberg.

Die Stadt hat durch die Fußball-WM 2018 sehr gewonnen: ein modernes Stadion steht in der Stadtmitte, alte Gebäude wurden renoviert und herausgeputzt, Straßen wurden neu asphaltiert, auch neue Gebäude versucht man in traditionellen Formen zu errichten.

Das öffentliche Orgelkonzert im Königsberger Dom war der erste Höhepunkt des Tages. Danach schloss sich der zweite an, nämlich die Bootsfahrt auf dem Pregel um die Kneiphofinsel herum und eine kurze Hafenrundfahrt.

Weiter besichtigten wir die Markthallen, einen von der Farbe Gold dominierenden russisch-orthodoxen Dom, von denen es vier Stück in der Stadt gibt. 65 Prozent der Russen bekennen sich zur russisch-orthodoxen Kirche, deren Geistlichkeit sowie Gebäudebestand staatlich finanziert werden. Einen krönenden Tagesabschluss bildete der Chor „Legende“.

Am folgenden Tag ging es über eine Huppelstraße ins Dorf Waldwinkel, wo wir eine alte Schule besuchten. Heute ist sie „Labdschulmuseum“, das den Schulunterricht „wie in alter Zeit“ erleben lässt.

Weiterfahrt ins Große Moorbruch mit Besuch des Moorbruchhauses bei Lauknen am Rande des Elchwaldes, von dem aus ein interessanter Spaziergang ins angrenzende Naturparadies Hochmoor, startete. Am Spätnachmittag erreichten wir Tilsit, die zweitgrößte Stadt Ostpreußens. Nach einem Besuch im Park Jakobsruh mit dem wieder errichteten Denkmal der Königin Luise erreichten wir am Spätnachmittag das Hotel.

Von hier aus unternahmen wir eine Rundfahrt durch die Elchniederung, besuchten zunächst das „Kloster der Heiligen Elisabeth“ bei Heinrichswalde. In dem erst in den 90er Jahren, in moderner weißer Architektur errichteten Kloster leben etwa 30 Nonnen, die ein normales Leben mit Familie geführt haben und auch jetzt absolut im Leben stehen.

Sie haben sich das Kloster mit Nebenanlagen selbst (natürlich mit vielen Spenden) aufgebaut und betreiben Landwirtschaft und eine Baumschule. Die „Heilige Elisabeth“ war mit dem Bruder des letzten Zaren verheiratet, habe damals viel für die Armen getan und wurde 1917 von den Bolschewiken ermordet. Das sehr ansehnliche Kloster ist mit mehreren Kirchen und Wirtschaftsgebäuden hinter dicken Mauern und hohen Toren verborgen. Die Nonnen verlassen tagsüber das Gelände zur Arbeit und sind erst ab den Abendstunden wieder versammelt.

Die evangelische Gemeinde Heinrichswalde besteht heute aus 47 Mitgliedern. Erst seit 1990 dürfen sie wieder Gottesdienst abhalten in einer stark kriegsgeschädigten Kirche. Einmal im Monat kommt ein Pfarrer aus Insterburg. Lydia, die gute Seele der Gemeinde mit über 80 Jahren hielt uns einen erschütternden Vortrag. Die Gemeinde lebt von Spenden aus Deutschland.

Wir fuhren weiter durch die Elchniederung über einfache, schlechte Landstraßen in schnurgerader Alleeform aus preußischer Zeit, vorbei an einzeln stehenden Gebäuden als Reste verschwundener Dörfer und verwahrlostem, unbestellbarem Land.

Die Elchniederung liegt durchschnittlich zirke 50 Zentimeter unter dem Meeresspiegel. Die Russen haben nach 1945 aus Unwissenheit und Überheblichkeit sowjetischer Kolchosbauern die alten Entwässerungsgräben und Drainagen der deutschen Siedler zerstört und machten so das Land unbestellbar, da der Grundwasserspiegel anstieg. Die früheren fruchtbaren Felder (Kartoffeln, Weizen, Roggen) sind heute verwildert, bedeckt mit Gras und Büschen. Viele kleine Dörfer sind nicht mehr existent, einfach eingeebnet, Millionen Deutsche, die hier lebten, sind weg. Das Land verkommt. Wer hier lebt, hat keine Perspektive, praktisch nur noch Rentner. Wir fanden das Jagdschloss Pait, das heute tief im Lande liegt, am Ende aller Straßen.

Kaiser Wilhelm II liebte dieses Land. Er war oft hier, auch mit Staatsgästen. Das große Anwesen ist heute verfallen. Ein russischer Oligarch hat es vor Jahren gekauft, hatte wohl große Pläne damit, lässt es aber weiter verfallen. Dennoch steht das Anwesen unter Denkmalschutz.

Weiter ging es Richtung Trakehnen, Gumbinnen und Rominter Heide. Dieses Land liegt deutlich über dem Meeresspiegel, ist leicht hügelig mit einigen kleinen Wäldern zwischen Feldern. Hier sind die Böden trockener als in der Elchniederung.

Die Felder waren hier immer groß und fruchtbar (Kornkammer des Reiches). Auch hier haben die Russen 1946 den Boden falsch behandelt, sodass jetzt vieles brach liegt. Man sieht aber auch einige Großfelder wieder, die russische Großgrundbesitzer bewirtschaften.

Unser Weg führte uns weiter ins Memelland und damit über die Luisenbrücke.

Über sehr gut ausgebaute Straßen in Litauen erreichten wir Heydekrug und besichtigten die dortige Kirche, die ein ganz besonderes Altarbild enthält. Die evangelische Kirche mit ihrem Tonnengewölbe wurde 1924/26 erbaut. Der Königsberger Künstler Richard Pfeiffer malte diese aus. Weltweit einzigartig ist das rund 80 Quadratmeter große Altarfresko, auf dem die Gesichter aller bis dahin namhaften Persönlichkeiten aus Politik, Musik, Religion und Kultur zu sehen sind.



Gumninnen: Die Reisegruppe mit Dieter Wenskat Bild: privat

Nach einem Picknick in Kintai erkundeten wir die Minge, die Memel, durch das Memeldelta und über das Kurische Haff nach Nidda mit dem Motorboot.

Unser Hotel „Nidda Banga“ steht am Platze des historisch interessanten Gasthauses „Hermann Blode“, das im Zusammenhang mit der Künstlerkolonie Nidda besonders in den 20er Jahren einen Namen hatte, aber schon seit 1865 existierte. Der damalige Inhaber Hermann Blode ließ die meist mittellosen Künstler bei sich wohnen, wenn sie ihm jeweils ein Bild vermachten. So war das alte Hotel gefüllt mit Bildern von Künstlern, die später weltbekannt wurden. Leider wurden diese Kunstwerke verheizt. Nur wenige existieren noch und befinden sich im Ostpreußischen Heimatmuseum in Lüneburg. Hier erlebten wir die ganze Schönheit der Kurischen Nehrung und das über 70 Steinstufen zu erreichende Thomas-Mann-Haus.

Memel enttäuscht. Die Altstadt ist mit schlechtem Kopfsteinpflaster bedeckt. Sehenswert ist allein der Simon-Dach-Brunnen mit dem Denkmal des Ännchens von Tharau. Das Lied sangen wir natürlich dort gemeinsam. Auf der Rükkfahrt pausierten wir in Schwarzort auf der Kurischen Nehrung . Dort gibt es den „Hexenberg“, eine frühere Düne, die jetzt ziemlich bewaldet ist. Wir folgten auf Wegen mit furchterregenden litauischen Hexen-, Kobold- und Sagenfiguren den Erzählungen unserer Reiseleiterin. So richtiges Meererlebnis gab es bei Rossitten auf einer Aussichtsplattform. Es herrschte Starkwind mit Stärke 10, der Schaumkronen tanzen ließ. Auf der anderen Seite lag das stille Haff. Sehr beeindruckend.

Nach der Besichtigung des „tanzenden Waldes“, Koniferen wachsen im Zickzack, ging es weiter zur Vogelwarte, in der alle Vögel, die dort ins Netz gehen, bestimmt, beringt, registriert, gemessen, gewogen und wieder freigelassen werden. Im Jahr 1895 war diese Vogelwarte einzigartig.

Weiter führte unsere Reise nach Cranz. Vom einst mondänen Seebad ist nichts mehr übrig. Der Ort wirkt veraltet, beengt, die Seepromenade ist eintönig und mit Bauruinen flankiert. Vor dem Ort auf der Landseite erheben sich einige bis zu 15-geschossige Hochhäuser.

Ganz anders sieht es in Rauschen aus. Die Vorortbebauung besteht auch aus solchen Hochhäusern wie in Cranz. Der Ort selbst ist ohne Kriegsschäden. Die Gebäude sind meist im Jugendstil ausgeführt, alles harmonisch zueinander passend. Die Seepromenade ist breit gepflastert und durch elegante Restaurants und größeren Hotels begrenzt.

Natürlich durfte auch das bernsteinreiche Palmnicken nicht fehlen.

Zum Schluss fuhren wir nach Pillau. Hier liegt ein Großteil der russischen Flotte. Deshalb ist die Stadt Sperrgebiet und man darf nur nach Anmeldung hinein.

Da wir einen deutsch-russischen Soldatenfriedhof besuchen wollten, durften wir passieren.

Wir fuhren vorbei an vielen alten Kasernenanlagen, an vielen stillgelegten Fahrzeugen der russischen Armee, die den Abrüstungsvereinbarungen zum Opfer gefallen sind, alten Befestigungsanlagen aus preußischer Zeit und besuchten die Kais, an denen sich menschliche Schicksale entschieden haben während der großen Flucht 1944/45.

Der Leuchtturm am Hafen von Pillau ist etwas Besonderes: Er ist ein Schinkel-Bau mit besonderer Bautechnik, denn das Gebäude ist auf einer Kugel erbaut, die es ermöglicht, dass sich der Turm bei Starkwind neigt, ohne Schaden zu nehmen.

Am folgenden Tag hieß es: Abschied nehmen. Dieter Wenskat, der mit viel Herzblut eine wundervolle Reise mit ganz privatem Charakter ermöglicht hat, wurde herzlich gedankt. *Alfred Thieme*

---

spa. Nationalmuseum in Madrid · Bericht eines Mediziners · Trinkgefäß · Abmachung (englisch) · hohe Temperatur · bemängeln, beanstanden · Teil des Bruches (Mathematik) · Ansprache, Vortrag · ugs.: ausreichen; nach etw. greifen · Deck-, Künstlername · gälischer Name Irlands · Blutgefäß · Substanz in den Knochen · Geburtsvorgang beim Rind

engl. Seefahrer (Walter) · Bruder d. Mutter oder des Vaters · Matrosengepäckstück

lange, schmale Vertiefung · das menschliche Leben · bibl. Stammvater (Arche) · Enterich

Bewohner einer italienischen Insel · Stadt in Niedersachsen · später Nachkomme

beweglich · Spielleitung (Kunst, Medien) · Haut zu Leder verarbeiten · franz. Schriftsteller (André) · norddeutsch: Dampf, Dunst · russische Hauptstadt

großes Gästehaus · Klemme; Schmuckstück · Frau, die ein fremdes Kind stillt · Reitfigur bei der Dressur · Gemahlin Lohengrins · scherzhaft: dicker Bauch

Romanfigur Defoes (Robinson) · zusammenfügen · deutsches Mittelgebirge

Hühnerprodukt · weibliches Lasttier · volkstümliche Unterhaltung · Tagesabschnitt · Zupfinstrument, Leier · sich täuschen · Waldheger, Wildpfleger

ein Farbton · gefallsüchtig; eingebildet · Auerochse · Schlafstätte, Nachtlager · linker Nebenfluss der Donau

Bogengeschoss · Zimmer · als Weg geeignet; möglich · Feuerkröte · Muse der Liebesdichtung

Fakultätsvorsteher · Nervosität, Erregung

Wasserstraße, Belt, Sund · Wind in Südfrankreich · Prophet · südamerikanisches Gebirge · giftiges Halbmetall · österr. Komponist (Nico)

fähig, in der Lage · Zuckerart

schwed. Poplegende · englisches Bier · Wahlübung im Sport · Himmelsrichtung

Beingelenk · Staat im südlichen Afrika · hingestreckt sein · dt. Maler, Grafiker (Paul) · Hasenlager (Jägersprache)

Trauerspiel von Goethe · glätten, planieren · aus gebranntem Ton gefertigt · Aufsehen, Skandal · Gruppe von Säugetieren

in gerader Richtung · Schallbecken aus Metall

erfolgreicher Aufstieg im Beruf · lateinisch: Sei gegrüßt! · Europ. Weltraumorganisation (Abk.) · Landraubtier · weise, gescheit

kostbar; menschlich vornehm · Kfz-Zeichen Dortmund

sich absetzen, ansammeln · Zwischenmahlzeit · Studienabschlussprüfung

Wettkampfstätte; Manege · eine Zahl · Rinderfett

PAZ18_48

So ist's richtig:

Schüttelrätsel:

		E			S				
N	U	S	S	S	C	H	A	L	E
	S	C	H	U	H		G	U	T
	U	H		M	A	N	I	L	A
U	S	E	D	O	M		O	U	T

Mittelworträtsel: 1. Barkassen, 2. Armband, 3. Spielzeug, 4. Schwellen, 5. Regatta, 6. Scherben, 7. Matrosen – Ableger

Magisch: 1. Prokura, 2. akkurat, 3. Armatur

Schüttelrätsel

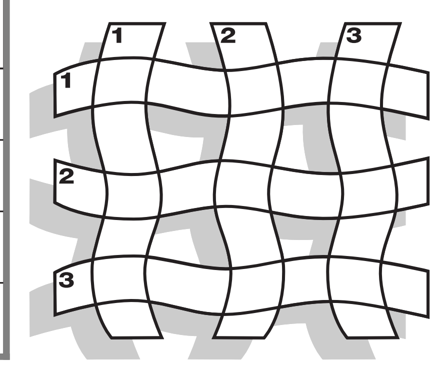
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

ACEHL NSSSU	SSUU		CEEHS	MOSU		ACHMS	AGIO	LLUU	AETT
CHHSU						GTU			
DEMO SU			AAIL MN						
						OTU			

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösungswort ein Wort für einen Pflanzenteil zur Vermehrung.

1	HAFEN		FAHRT
2	GOLD		UHR
3	HOLZ		KISTE
4	BAHN		ANGST
5	SEGEL		BOOT
6	GLAS		HAUFEN
7	LEICHT		HEMD



Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Handlungsvollmacht

2 sorgfältig, genau

3 Bedienelement von technischen Anlagen

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 15

ne Reise in die alte Heimat" fand am 10. November unser Treffen statt. Gisela Keller bedankte sich für die Glückwünsche zu Ihrem Geburtstag mit Kaffee und Kuchen und sorgte mit Waltraud Barth für die schöne Tischdekoration. Und schon begann die Reise in die Heimat. Gerhard Schröder war mit seiner Tochter Gabriele im August dieses Jahres auf einer Flugreise nach Königsberg und ins Samland. Darüber berichteten sie mit Lichtbildern und einem umfangreichen Vortrag. Die Tochter von Gerhard Schröder begann mit ihrem Vortrag und ihren erklärenden Worten zu den Bildern, die nun auf einer Leinwand von ihr abgerufen und zu sehen waren. Es war eine sehr gute Reiseerläuterung und durch Gabriele gekonnt vorgetragen. Wir bedankten uns mit sehr viel Applaus. Zu erwähnen bleibt noch, dass alle Familienangehörige der Familie Schröder an unserem Treffen teilnahmen. So endete ein schöner Nachmittag, und wir wünschten allen einen guten Nachhauseweg.

Wetzlar – Sonntag, 2. Dezember, 15.30 Uhr, Restaurant „Grillstuben", Stoppelberger Hohl 128: Advents- und Weihnachtsfeier. Dabei wird Pfarrer Christian Silbernagel (Büblingshausen) eine Andacht gestalten. Der Eintritt ist frei. Kontakt: Kuno Kutz, Telefon (06441) 770559.

Wiesbaden – Dienstag, 11. Dezember, 14.30 Uhr, Haus der Heimat, Wappensaal, Wiesbaden, Friedrichstraße 35: Weihnachtsfeier der Frauengruppe.



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Anklam – Sonntag, 2. Dezember, 11 bis 16 Uhr, Mehrzweckhalle „Volkshaus" Anklam, Baustraße / Nähe Markt: Adventsfeier. Eingeladen sind alle Landsleute aus Ost- und Westpreußen, aber auch aus Pommern, dem Sudetenland und Schlesien sowie Angehörige und Gäste. Auf dem Programm stehen der Rückblick 2018, ein Kassenbericht und die Vorhaben für 2019. An die Adventsandacht schließt sich das feierliche Gedenken an die verstorbenen Landsleute des Jahres 2018 an. Vorbereitet sind ein gemeinsames Mittagessen, eine weihnachtliche Kaffeetafel und ein schönes Angebot an Bärenfang und Heimatbüchern. Ehrengast ist die Schriftstellerin Ulla Lachauer, die ihre bekannten und neuen Bücher über Ostpreußen vorstellt. Ein Ohrenschmaus wird das Advents-Konzert mit dem Blasorchester der Hansestadt Greifswald und dem Shanty-Chor Insel Usedom e.V. Am 2. Dezember ist im Volkshaus letzte Gelegenheit, Päckchen für Ostpreußen zu spenden. Diese Geschenke bringt einige Tage später ein Transporter mit der Fähre ins Memelland zu dortigen evangelischen Sozialstationen und deutsch-litauischen Vereinen.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 7684391. Bezirksgruppe Lüneburg: Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebstorf, Telefon (05822) 5465. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Braunschweig – Mittwoch, 5. Dezember, 15 Uhr, Jasperallee 42, Eingang Sozialverband: vorweihnachtliches Zusammensein mit Kaffeetafel und weihnachtlichen Vorträgen, gemeinsam mit dem BdV.

Oldenburg – Mittwoch, 12. Dezember, 15 Uhr, Stadthotel Eversten: Adventsfeier. Lieder, Gedichte und Geschichten rund um Advent und Weihnachten sollen im Mittelpunkt stehen, und auf einem Adventsbasar bieten wir Advents- und Weihnachtsprodukte unserer Mitglieder an.

Osnabrück – Sonntag, 9. Dezember, 15 Uhr, Parkhotel, Osnabrück: Weihnachtsfeier. – Dienstag, 11. Dezember, Hotel „Novum", Blumenhaller Weg 152, 49078 Osnabrück: Kegeln.

Rinteln – Donnerstag, 13. Dezember, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42, 31737 Rinteln (Navi: Bäckerstraße 1 oder Kreuzstraße): Adventsfeier mit Wolfram Wiemer und dem Rintelner Flötenkreis unter der Leitung von Margret Stolzenwald. Auch interessierte Gäste aus Nah und Fern sind herzlich willkommen, Anmeldungen erbeten beim Vorsitzenden der Gruppe, Joachim Rebuschat, unter Telefon (05751) 5386 oder per E-Mail: rebuschat@web.de



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Sonntag, 2. Dezember, Wohnstift Salzburg, Memeler Straße 35, 33605 Bielefeld: Advent-Heimatnachmittag. Es soll ein besinnlicher Nachmittag werden. Im Mittelpunkt steht die Andacht von Herrn Pfarrer i.R. Falk, das gemeinsame Kaffeetrinken und Schabbern. Der Posaunenchor Schloß Neuhaus wird den musikalischen Rahmen gestalten. Wir erbitten einen Unkostenbeitrag von 5 Euro pro Mitglied und 8 Euro pro Gast; die Anmeldung zwecks Kuchenbestellung bitte bis zum 23. November unter Telefon (05202) 5584. – Montag, 10. Dezember, 14 Uhr, Haus der Diakonie, Kreuzstraße 19a, 33602 Bielefeld: Heimatnachmittag „Weihnachten in Ostpreußen".

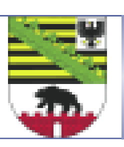
Düren – Mittwoch, 5. Dezember, 16 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Holzstraße 7a: Weihnachtsfeier.

Düsseldorf – Dienstag, 4. Dezember, 19 Uhr, Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 90, 40210 Düsseldorf: Buchpräsentation „Was ist mit Polen los?", Gespräch mit Marta Kijowski und Michael Zeller. – Mittwoch, 5. Dezember, 15 Uhr, Raum 311, GHH: Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt. – Donnerstag, 6. Dezember, 18 Uhr, Raum 412, GHH: Offenes Singen mit Marion Cals. – Sonntag, 9. Dezember, 10 bis 16 Uhr, GHH: Weihnachtsmarkt. Kunsthandwerk, Büchermarkt, kulinarische Spezialitäten und musikalisches Bühnenprogramm. – Sonntag, 9., bis Donnerstag, 13. Dezember, jeweils 10 bis 16 Uhr, Bibliothek, GHH: Bücherflohmarkt. – Dienstag, 11. Dezember, 15 Uhr, Raum 312, GHH: Adventsfeier der Pommern. – Sonntag, 16. Dezember, 12 bis 18 Uhr: Ostdeutsche Weihnacht auf Schloss Burg. Fahrpreis bei 30 Personen: 14 Euro. Eintritt: 4 Euro. Anmeldungen bis spätestens 6. Dezember bei Edith Koitka unter Telefon (0211) 682318.

Lippe – Mittwoch, 12. Dezember: Adventsveranstaltung.

Neuss – Sonntag, 2. Dezember, 15 Uhr (Einlass: 14 Uhr), Marienhaus, Kapitelstraße 36: Adventsfeier der Ostpreußen mit besinnlichen Liedern und Gedichten, Kaffee, Kuchen und ostpreußischen Spezialitäten. – Jeden ersten und letzten Donnerstag im Monat, 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: Tag der offenen Tür.

Schwelm – Sonnabend, 8. Dezember, 14.30 Uhr, Beginn um 15 Uhr, Sportlerheim FC 06, Freiherr-v.-Hövelsweg: Adventskaffee.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Halle – Freitag, 7. Dezember, 14 Uhr, Begegnungsstätte der Volkssolidarität, An der Marienkirche 4 (Marktplatz): Treffen.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Bad Oldesloe – Zu Beginn der November-Runde der Ost- und Westpreußen in Bad Oldesloe erinnerte die Vorsitzende an die Gedenktage dieses Monats. Dann gab sie die Einladung des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge zur Gedenkfeier am Volkstrauertag weiter.

Sie hatte ihre neue Geschichte nach einer wahren Begebenheit aus den 1980er Jahren mitgebracht. Eine junge Pastorin fragt bei der Gratulation zum 85. Geburtstag die Jubilarin aus Ostpreußen, ob ihr Mann denn schon vor längerer Zeit verstorben wäre, ihre Antwort „Das weiß ich nicht", versetzt die junge Frau in großes Erstaunen. Das muss man doch wissen. Alle alten Männer und große Schüler wurden im Januar 1945 aus dem Flüchtlingszug von der Wehrmacht zum Volkssturm geholt. Seitdem hörte die Jubilarin nichts mehr von ihrem Mann. „Hätte er sich nicht bei Ihnen melden können?" Seine Familie war auf der Flucht - ohne Adresse, und die Försterei in der Rominter Heide war schon lange verloren. Und der Suchdienst konnte auch nicht helfen.

Das neue Mitglied der Runde, Landsmann aus Mehlsack, hatte die Gruppe zu einem Tortenschmaus eingeladen. Vielen Dank.

Geburtstagskinder des Monats waren Katharina Makarowski und Elfriede Storjohann. *G Brauer*

Burg – Dienstag, 11. Dezember, 15 Uhr, Haus im Stadtpark: Ostdeutsche Adventsfeier der Landsmannschaft Ost-, Westpreußen und Danzig. Pastor Bertholt Kark-Carlson wird an diesem Nachmittag in vorweihnachtlicher Atmosphäre besinnliche Worte zum bevorstehenden Weihnachtsfest sprechen.

Für die musikalische Umrahmung sorgt Kathrin Kark aus Landkirchen mit ihrer Flötengruppe. Eine festlich geschmückte Kaffeetafel, weihnachtliche Geschichten sowie Lieder, begleitet von Brigitte Asbahr und Ina Naujok auf dem Akkordeon, werden die Mitglieder und Gäste unterhalten.

Flensburg – Freitag, 14. Dezember, 15 Uhr, AWO-Stadtteilcafe: Weihnachtskaffeetafel mit Geschichten, Liedern und Gedichten aus der Heimat. Anmeldung bitte eine Woche zuvor an Hannelore und Winfried Brandes, Telefon (0461) 74816. (bitte keine Anrufe zwischen 12 und 13.30 Uhr, Mittagspause.

Malente – Sonntag, 9. Dezember (2. Advent), 15 Uhr, Pflanzencenter Buchwald, Krummsee, Rövkampallee 39: Adventsfeier. Als Abschluss unserer Jahresarbeit wollen wir uns in einer besinnlichen Feierstunde bei Kaffee und Kuchen in froher heimatlicher Runde im Pflanzencenter zusammensetzen. Für die Mitglieder gibt es ein Stück Torte/Blechkuchen plus Kaffee satt. Jeder kann uns mit Beiträgen auf die Weihnachtszeit einstimmen. Angehörige der Landsmannschaften sind ebenfalls herzlich eingeladen. Melden Sie sich bitte umgehend im Blumenhaus Franck, (Inh. St. Munkelt) Malente. Bahnhofstraße 26 an. Telefon (04523) 2659 nur in dringenden Fällen.

Mölln – Freitag, 30. November, 15 Uhr, Quellenhof: Adventsfeier. Weitere Informationen unter Telefon (04542) 5044.

Neumünster – Sonnabend, 8. Dezember, 15 Uhr, Stadthalle am Kleinflecken: vorweihnachtliche Veranstaltung. Fröhliche Weihnachten überall... und musikalische Begleitung. Anmeldungen bis 3. Dezember unter Telefon (04321) 82314. Gäste sind willkommen.

Uetersen – Freitag, 7. Dezember, 15 bis 17 Uhr, Haus Ueters End, Kirchenstraße 7: Wir feiern Advent. Es wird, wie immer, vorgelesen und gemeinsam gesungen.

Oder-Ausstellung

„Auf der Oder unterwegs. Oderland, Seemannsgarn und Blaues Band", Binnenschifffahrtsmuseum, Hermann-Seidel-Straße 44, 16248 Oderberg, bis zum 31. Dezember, täglich 10 bis 15 Uhr.

Ferienhaus in Polen?

Das sollte man beim Kauf beachten

Sie haben Ihren Urlaub im Osten verbracht und bei der Fahrt durch das Land ein gemütliches Häuschen am Seeufer bemerkt oder Sie beneiden bloß Ihre Nachbarn, die jedes Jahr Sommerferien auf ihrem eigenen Grundstück in Masuren, Pommern und Schlesien verbringen, und Sie stöbern jetzt in PolenJournal, um etwas Geeignetes zu suchen? Eine gute Immobilie, insbesondere ein Ferienhaus, zu finden ist nicht einfach, aber durchaus möglich.

Da die Immobilie, die Sie erwerben wollen, sich auf dem Staatsgebiet der Republik Polen befindet, unterliegt die Kaufabwicklung dem polnischen Recht. Die gesetzlichen Grundlagen zum Immobilienerwerb in der Republik Polen basieren im Wesentlichen auf dem Gesetz über den Erwerb von Grundstücken durch Ausländer vom 24. März 1920. Im Zusammenhang mit dem Beitritt des Landes zur EU musste der Immobilienerwerb für Ausländer neu geregelt werden. Der polnische Gesetzgeber überarbeitete daraufhin die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen und ließ die Genehmigungspflicht für Deutsche und andere EU-Ausländer beim Erwerb polnischer Immobilien grundsätzlich entfallen. Allerdings hat sich Polen Übergangsfristen bis zum Mai 2016 vorbehalten. Jeder EU-Bürger und damit auch jeder Deutsche kann seitdem problemlos ein Grundstück, ein Ferienhaus, eine Zweitwohnung oder eine andere Wohnimmobilie in Polen erwerben. Die in der Vergangenheit notwendige öffentlichrechtliche Genehmigung des Innenministeriums ist für EU-Ausländer entfallen. Für land- und forstwirtschaftliche Flächen gibt es Sondervorschriften, und der Kauf dieser Immobilien ist gegenwärtig kaum möglich.

Wenn Sie Ihr erträumtes Ferienhaus bereits gefunden haben, sollten Sie zunächst dessen Grundbucheintrag prüfen, was Sie über die Internetseite des polnischen Justizministeriums von Zuhause tun können (https://przegladarka-ekw.ms.gov.pl), es sei denn, es befindet sich im Angebot eines Immobilienmaklers, der zur Prüfung des Grundbuchs gesetzlich verpflichtet ist. Vor allem wegen des Datenschutzes wird die Grundbuchnummer nicht jedem offenbart, der sich bei ihm meldet. Darüber hinaus haben manche Makler Angst, dass sie umgegangen werden, obwohl sie sich davor vertraglich schützen. Reiche Informationen können Sie im Portal http://geoportal.gov.pl einholen – unter anderem die Grundstücksnummer finden, die Fläche messen oder die Erschließung prüfen. Es lohnt sich auch, den Bebauungsplan der Gemeinde für Ihr künftiges Anwesen und die Nachbargrundstücke zu prüfen. Wenn es keinen gibt, vielleicht wurde ein Bauvorbescheid erteilt? Haben Sie sich des Eigentumsrechts versichert und die Belastung des Grundstücks geprüft, können Sie die Immobilie entweder reservieren oder sofort kaufen.

Die Reservierungsgebühr zahlt man dem Immobilienmakler. Verkehrsüblich beträgt sie zehn Prozent des Kaufpreises und wird in einem zivilrechtlichen Vertrag, der von jedem Makler unterschiedlich gestaltet wird, geregelt. Eine andere Frage ist die Unterscheidung zwischen dem Draufgeld (Art. 394 des polnischen Zivilgesetzbuches) und dem Vorschuss. Wird der Vertrag nicht erfüllt, kann die Partei, die das Draufgeld erhalten hatte, vom Vertrag zurücktreten und es behalten. Die Partei dagegen, die es gegeben hatte, kann im Fall der Nichterfüllung das Zweifache fordern. Um wirksam zu sein, soll das Aufgeld nach herrschender Meinung beim Vertragsabschluss ausgehändigt werden. Der Vorschuss wird einfach zurückgegeben, wenn die Immobilie letztendlich nicht verkauft wurde. Es ist jedoch zu beachten, dass die Gegenpartei im schlimmsten Fall einen Schadensersatz fordern kann.

Der Kauf von Immobilien in der Republik Polen ist im polnischen Immobilienrecht – anders als im deutschen Recht – nicht in den verpflichtenden Kaufvertrag und das Erfüllungsgeschäft durch Auflassung und Eintragung in das Grundbuch zweigeteilt. Beides erfolgt in der Republik Polen durch ein einziges Geschäft, den Kaufvertrag, der der notariellen Beurkundung bedarf. Die Eintragung der Eigentümeränderung in das Grundbuch hat lediglich deklaratorische Wirkung. Ungeachtet dessen begründen auch das polnische Grundbuch und seine eingetragenen Inhalte öffentlichen Glauben.

Keine Seltenheit ist es, dass man einen Kaufvorvertrag abschließt, und zwar in beliebiger Form. Den Abschluss des Hauptvertrags kann man jedoch nur dann geltend machen, wenn der Kaufvorvertrag als notarielle Urkunde abgeschlossen wurde.

Obwohl für polnische Staatsbürger und EU-Ausländer gleiche Regeln beim Kauf der meisten Immobilien gelten, so kann man Schwierigkeiten bekommen, wenn man bei einer polnischen Bank einen Kredit dafür aufnehmen will. Man erhält unter Umständen schlechtere Konditionen oder man muss Sicherheiten hinterlegen. Um dieses Problem zu lösen, können Sie den Kauf zeitlich ausdehnen, um zum Beispiel den Kaufpreis ratenweise zu zahlen. Um dies zu ermöglichen muss eine Klausel in den Kaufvertrag eingefügt werden, laut der das Eigentumsrecht an der Immobilie erst mit der Buchung der letzten Rate auf dem Konto des Eigentümers übertragen wird.

Obwohl es für die eigene Sicherheit ratsam ist, einen Makler bei der Suche der Immobilie sowie einen Rechtsanwalt oder Rechtsbeistand bei der Prüfung der rechtlichen Bedingungen um Unterstützung zu bitten, so können Sie das problemlos auch alleine machen. An der Kaufabwicklung muss sich dagegen ein Notar – und, wenn Sie über keine Polnischkenntnisse verfügen, auch ein vereidigter Dolmetscher – beteiligen. Die Verordnung des Justizministers über die Vergütung für die Tätigkeit des vereidigten Übersetzers und Dolmetschers vom 24. Januar 2005 bestimmt sein Honorar in Anlehnung an die Gebührenordnung für Dolmetscher- und Übersetzungsdienste, die für Behörden geleistet werden. Sie können also selbst nach einem preiswerten Übersetzer suchen. Empfehlenswert sind jedoch diejenigen, die die anspruchsvolle staatliche Prüfung, die es seit dem 28. Januar 2005 gibt, abgelegt haben. Er wird im Notariat in Anwesenheit der Parteien den Kaufvertrag dolmetschen.

Der Notar wird sie bestimmt bitten, ihm den Namen des Dolmetschers mitzuteilen, damit er prüfen kann, ob er in die Liste der vereidigten Übersetzer und Dolmetscher eingetragen ist und unter welcher Nummer (https://bip.ms.gov.pl/pl/rejestry-i-ewidencje/tlumacze-przysiegli). Bevor Sie aber einen Notar finden, sollten Sie einen suchen, der möglichst niedrige Gebühren fordert. Sie sind bei jedem Notar anders und abhängig von dem durch die Parteien erklärten Wert der Immobilie. Laut der Verordnung des Justizministers über die Höchstsätze der Notargebühren vom 28. Juni 2004 dürfen diese 10 000 Polnische Zloty (zirka 2300 Euro) nicht übersteigen (ohne die polnische Mehrwertsteuer von 23 Prozent). Dazu müssen sie die Steuer auf zivilrechtliche Rechtsgeschäfte (zwei Prozent vom Marktwert der Immobilie) berücksichtigen. Angesichts dieser Summen ist die Eintragung ins Grundbuch, die 200 Polnische Zloty (zirka 50 Euro) kostet nur eine Kleinigkeit. Kaufen Sie die Immobilie nicht über einen Makler, werden Sie vom Notar gebeten, ihm die Angaben zu den Parteien des Kaufvertrags und zu seinem Gegenstand zukommen zu lassen. Zum Glück gibt es in der Republik Polen keine Grunderwerbssteuer.

Sie haben ein Ferienhaus im Blick, sein Rechtsstand ist geprüft, ein preiswerter Dolmetscher wird den Vertrag professionell übertragen und ein preisgünstiger Notar hat schon alle erforderlichen Unterlagen von Ihnen erhalten, so können Sie jetzt einen Termin im Notariat vereinbaren und sich bald Ihrer neuen Anschaffung erfreuen.

Alexander W. Bauknecht, ostpreussen-immobilien.de

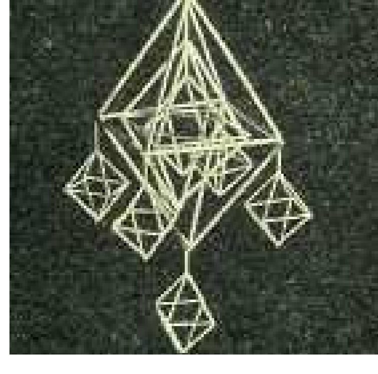
Dieser Artikel wurde ursprünglich auf der Internetseite www.PolenJournal.de veröffentlicht und der Preußischen Allgemeinen Zeitung mit freundlicher Genehmigung zur Verfügung gestellt.

Strohunruhen

Strohunruhen wurden in der kalten Jahreszeit angefertigt aus Strohhalmen, Garn, Perlen und einer mir einer Nadel wie einer spitzen Schere. Diese hängenden Strohkronen, die auch oft mit Papier verziert waren, tanzen schon bei dem kleinsten Lüftchen. Natürlich sind sie nicht nur hübsch anzusehen, bereiten Freude in der Vorbereitung und auch der Duft nach Spätsommer ist nicht alleiniger Grund der Anfertigung solcher Strohgebilde, nein, sie sollen auch Unheil abwehren, ähnlich einem Traumfänger. Sie wurden an die Decke gehängt, weil man glaubte, dass Hausgeister ihren Schadenszauber von der Zimmerdecke aus hervorbringen.

Heutzutage, vielleicht mit etwas weniger Aberglauben, sind Bastelarbeiten mit Stroh eine schöne Beschäftigung in der Vorweihnachtszeit, zugleich ein Blickfänger und Duftspender.

Strohunruhen werden aus ungedroschenen ganzen Strohhalmen gefertigt, die nur in der Länge variieren. Sie werden auf Garn aufgezogen und mit Perlen verziert. Eine Bastelanleitung finden Sie im Arbeitsbrief der Landsmannschaft Ostpreußen „Lebendige Volkskunst", den Sie über die Zentrale, Telefon (040) 4140080 oder per E-Mail: selke@ostpreussen.de zum Preis von einem Euro zuzüglich Versandkosten von 2 Euro bestellen oder sich im Internet kostenfrei herunterladen können. Sämtliche Arbeitsbriefe der Landsmannschaft Ostpreußen finden Sie auf der Internetseite www.ostpreussen.de/lo unter Mediathek und weiter unter Arbeitsbriefe. *CRS*



Strohunruhe Bild: Archiv

Szenische Ausstellung

Europäisches Kulturerbejahr im Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte

Noch bis zum 20. Januar 2019 zeigt das Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte (HBPG) in Potsdam die szenische Ausstellung „Beiderseits der Oder. Geschichtsraum | Grenzraum | Begegnungsraum".

Die Ausstellung ist ein Beitrag zum Europäischen Kulturerbejahr 2018 Sharing Heritage. Sie beschreibt die Region beiderseits der Oder als einen erinnerungsgeschichtlichen Raum, der heute Deutschen und Polen gemeinsam ist. Im Mittelpunkt stehen Menschen, deren Lebensgeschichten mehrheitlich geprägt sind durch Flucht, Vertreibung und Zwangsumsiedlung während des Zweiten Weltkriegs und in den Nachkriegsjahren. Zu Wort kommen Nachbarn von beiden Seiten der Oder, die den Blick nicht nur in die Vergangenheit richten, sondern auch berichten, wie für sie Fremdes zu Eigenem wurde, wie neue kulturelle Identitäten entstanden, und welche Möglichkeiten sie heute für eine deutsch-polnische Verständigung sehen.

Ein als Gesamtkunstwerk inszenierter Raum lädt den Besucher zu einer Reise beiderseits der Oder ein. Nicht Exponate oder Schautafeln, sondern Audio-, Bild- und Videosequenzen begleiten den Besucher auf seiner Reise und bieten ihm einen assoziativen Zugang zu den geschichtlichen Ereignissen. Auch wenn sich die Ursachen unterscheiden, die Situation beiderseits der Oder ähnelte sich: Die Besucher sehen Menschen auf der Flucht, zerstörte Städte und Dörfer, und sie erhalten Einblick in den Neubeginn in Landwirtschaft, Industrie und Privatleben. Fotos und Filmausschnitte, aktuelle Interviews und persönliche Erzählungen von Zeitzeugen und Nachgeborenen aus der Region werden verwoben mit privatem Bildmaterial, das in erster Linie Familiengeschichten erzählt, sowie mit offiziellen Aufnahmen, die immer auch Dokumente politischer Propaganda sind. Das Ergebnis ist eine Raumdramaturgie, die alle Sinne anspricht und den kollektiven Schock von Flucht, Vertreibung und erzwungenem Neubeginn nachvollziehbar macht.

Ausgangspunkt für die Ausstellung war die Zusammenarbeit der Kuratoren des HBPG, Thomas Wernicke und Julia Bork, mit dem Masterstudiengang Bühnenbild_Szenischer Raum der Technischen Universität Berlin unter der Leitung von Professor Kerstin Laube. Bei einer gemeinsamen Rechercheeise im Frühjahr 2018 in die Oderregion hat das Ausstellungsteam umfangreiches Interview- und Bildmaterial zusammengetragen. Anschließend wurde der Entwurf der Studierenden Svenja Stannat und Suriya Poieam für die szenische Gestaltung der Ausstellung ausgewählt und umgesetzt.

Ein Einführungsbereich informiert mit Karten und einem Zeitstrahl über den historischen Hintergrund. Das Trauma des Zweiten Weltkriegs hat das Verhältnis von Polen und Deutschen stark belastet. Lange verstellte die deutsche Sicht auf Flucht und Vertreibung die Wahrnehmung der polnischen Leidensgeschichte. Diese begann für Millionen von Menschen nicht erst im Frühjahr 1945, sondern schon im September 1939 mit der deutschen Besatzung und der nationalsozialistischen Germanisierungspolitik. Bis weit in die Nachkriegszeit erlitten viele Polen das Schicksal mehrfacher Flucht, Vertreibung, Deportation und Zwangsumsiedlung. Erst die völkerrechtliche Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze im Jahr 1990 gab ihnen endlich die lange vermisste territoriale Sicherheit.

Die Ausstellung entstand in Partnerschaft mit dem Muzeum Ziemi Lubuskiej (Museum des Lebuser Landes) in Zielona Góra, dem Muzeum Lubuskie im. Jana Dekerta (Lebuser Museum Jan Deckert) in Gorzów Wielkopolski, dem Gubinski Dom Kultury (Gubiner Kulturhaus), Oderläufe e. V. und dem Bildungs- und Begegnungszentrum Schloß Trebnitz e. V. sowie mit freundlicher Beratung des Zentrums für Historische Forschung Berlin der Polnischen Akademie der Wissenschaften/Centrum Bada Historycznych Polskiej Akademii Nauk w Berlinie.

Ein illustrierter Ausstellungsführer weist den Besuchern den Weg durch die Ausstellung und zu den Orten der Rechercheireise, stellt die Gesprächspartner vor und gibt Auskunft zu den Videos und Bildern. *HBPG*

Das Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte ist rollstuhlgerecht ausgestattet. Öffnungszeiten: dienstags bis donnerstags 10 bis 17 Uhr, freitags bis sonntags und feiertags 10 bis 18 Uhr. Heiligabend und Neujahr bleibt das HBPG geschlossen, Silvester von 10 bis 16 Uhr geöffnet.

Der Eintritt kostet 5 Euro, ermäßigt 3 Euro, freitags zahlen alle Besucher den ermäßigten Preis. Jugendliche bis 18 Jahre und Arbeitslosengeld-II-Empfänger haben freien Eintritt.

Weitere Informationen unter Telefon (0331) 6208550, E-Mail: kasse@gesellschaft-kultur-geschichte.de oder im Internet: www.hbpg.de. Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte, Kutschstall, Am Neuen Markt 9, 14467 Potsdam



Wie ein Fluss: Blick in die Ausstellung Bild: BKG

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Das Weltall und die Menschen in Polen

In polnischen Großstädten schießen Wissenschaftszentren wie Pilze aus dem Boden

Auf der Stettiner Oderinsel Lastadie [Lasztownia] entsteht gerade ein Meereszentrum der Wissenschaft. Die gegenüber der Altstadt gelegene Stettiner Lastadie war stets von Hafenanlagen geprägt. Nun wird dort an die Geschichte der Ostseeschifffahrt erinnert. Die Architektur des Gebäudes ist dem Rumpf eines Schiffes nachempfunden. Mitte 2019 soll entschieden werden, wie die ständige Ausstellung dieses Ostseezentrums aussehen wird. Für den Marschall der Woiwodschaft Westpommern, Olgierd Geblewicz, soll dieses Zentrum neben der Stettiner Philharmonie und dem Dialog-Zentrum Umbrüche (Centrum Dialogu Przelomy) ein neues Wahrzeichen der Stadt werden. Fertig soll das Unterfangen zwar erst 2021 werden, doch es steht bereits ein Name für das Zentrum fest, es wird nach dem 2012 verstorbenen Professor Jerzy Stelmach benannt.

Stelmach, 1954 in Breslau geboren, war Kosmologe und Astrophysiker, Professor der Stettiner Universität. Die Schaffung des ersten interaktiven Wissenschaftszentrums polenweit in seiner Wahlheimat Stettin war Stelmachs Idee. Doch scheint, als würde Lodsch [Lodz] in Sachen Wissenschaftszentrum die Nase vorn haben. Denn seit Kurzem kann man unweit des Bahnhofs „Lodz Fabryczna" im historischen Lodscher Kraftwerk das Wissenschafts- und Technikzentrum EC1 besuchen. Auf einer Fläche von 8000 Quadratmetern sind dort bereits drei ständige Ausstellungen zur Energienutzung, Mikro- und Makrowelten sowie zum Thema „Wissensentwicklung und Zivilisation" eingerichtet worden. Besucht man die erste der genannten ständigen Ausstellungen, kommt es einem vor, als wäre man plötzlich in eine Farbfilmversion von „Metropolis" versetzt. Alles dreht sich hier um Elektrizität. Diese Präsentation ist nämlich strikt mit dem Standort verbunden, dem 1907 erbauten Lodscher Kraftwerk. Dort erfährt der Besucher, wie ein Turbogenerator von 1930 gearbeitet hat und genauer, wie das Innere so einer Maschine aussah. Außerdem kann man in einem Strategiespiel die Führung eines Elektrizitätswerkes erproben. „Übernehme die Kontrolle über die Energiezufuhr", heißt die Aufgabe und die Ideengeber des Zentrums arbeiten bereits am nächsten Strategiespiel für die Ausstellung „Wissensentwicklung und Zivilisation", sie soll Anfang des kommenden Jahres fertig sein. Besonders beliebt bei Besuchern sind die Themenbereiche „Weltall" und „der Mensch im Weltall". Hier können Besucher zwischen Molekülen und Atomen wandeln. Im ehemaligen Kühlturm des Kraftwerks haben Besucher zudem die Möglichkeit, eine Reise zur internationalen Raumstation ISS nachzuempfinden. Anfang November besuchten mehr als 100 000 Interessierte das Lodscher Wissenschaftszentrum. 89 000 Interessierte schauten sich die Sternbilder im Planetarium an.

Auch Bromberg [Bydgoszcz] zieht mit. Ähnlich wie Stettin setzt man hier auf das Thema Wasser. In den mächtigen Getreidespeichern in der Stadt an der Weichsel und Brahe [Brda] wird heute Kunst ausgestellt. Doch Bromberg ist immer noch ein wichtiger Wasserknotenpunkt. Über die Internationale Wasserstraße E70 gibt es eine direkte Verbindung nach Berlin und Warschau. Und auch Bromberg investiert nun in ein Wissenschaftszentrum auf seiner historischen Mühleninsel. Marta Stachowiak vom Bromberger Magistrat hofft, dass mit dem neuen „Bildungspark" die Stadt touristisch belebt wird. Der Park soll anhand der Reise eines Wassertropfens bis ans Ende des Weltalls den Besucher zur Reflexion über die Natur, das Menschenleben und sein Wirken auf die Umwelt in einer Mikro- und Makroskala animieren, so Stachowiak in einer Presseerklärung. Sie betonte zugleich, dass die Ausstellung starke lokale Motive beinhalten wird. In einer multimedialen Präsentation will man die Gestalt des, aus Sicht der Macher, berühmtesten Brombergers, nämlich Marian Rejewski, vorstellen. Der Mathematiker soll im Zweiten Weltkrieg dazu beigetragen haben, die Enigma-M4, also die Rotorschlüsselmaschine, die Nachrichtenverkehr der deutschen Kriegsmarine zur geheimen Kommunikation zwischen dem Befehlshaber der U-Boote und den im Atlantik operierenden deutschen U-Booten verwendet wurde, zu entschlüsseln.

Dabei hat die Stadt eine ganze Reihe Wissenschaftler hervorgebracht wie den Meteorologen und Geophysiker Hugo Emil Hergesell (1859–1938), der die Aerologie als Teilgebiet der Meteorologie begründete, den Neurologen und Neuroanatomen Louis Jacobsohn-Lask (1863–1940) oder den Bakteriologen und Präsidenten des Robert-Koch-Instituts Eugen Gildemeister (1878–1945). Diese scheinen im Wissenschaftszentrum jedoch kaum eine Rolle zu spielen.

Auch Danzig schließt sich dem „Science-Trend" an und plant für 2022 den Bau eines Ozeanariums mit 5D-Höhlen, einem Schwimmbereich mit exotischen Lagunen ähnlich dem deutschen Tropical Island. Wissenschaftszentren sollen die Städte touristisch attraktiv machen. Wissenschaft zum Anfassen – dafür planen die Städte viel Geld ein. Marta Derek vom Institut für Geographie, Tourismus und Erholung an der Universität Warschau analysiert die Gründe für die wachsende Beliebtheit solcher wissenschaftlicher Freizeitparks. „Wir verbringen unsere Freizeit anders als früher. Wir gehen davon ab, in einen ein-, zwei- bis dreiwöchigen Urlaub zu gehen, dessen Hauptattraktion das Sonnenbaden war. Wir machen häufiger Kurzurlaube im Jahr und wollen diese Zeit eher aktiv nutzen", so Derek gegenüber der Gazeta Wyborcza. Solche Objekte entstehen in reicher werdenden Gesellschaften. Marek Nowara, Ideengeber für das Danziger Ozeanarium ist ehrgeizig. Er will das Breslauer Afrikarium toppen, das zu den größten Attraktionen polenweit zählt und allein im vergangen Jahr 1,7 Millionen Besucher verbucht hat. *Chris W. Wagner*

Von der wilden Gans zur Pommern-Gans

… von Bräuchen zu St. Martin bis zur Pommerschen Spickbrust

Wenn in der Provinz Ostpreußen das Trakehner Pferd in den letzten 200 Jahren als das Führungstier in der dortigen Landwirtschaft galt, so hatte die Rinderzucht in der Region Hannover das Primat und in Pommern die Gans den größten Bekanntheitsgrad in der Agrarwirtschaft aufzuweisen. Niemals kam jedoch, aus erklärlichen Gründen, die Geflügelwirtschaft an den wertmäßigen Umfang der Großtiere heran. In der Verbindung zur dörflichen Bevölkerung aber war die Pommerngans den genannten Großtieren überlegen.

Die pommersche Gans ist nicht durch komplizierte züchterische Arbeit entstanden, sondern ein Produkt der natürlichen Auslese der Tierhalter, die bereits vor mehr als 1000 Jahren damit begannen, die wilde Graugans (Anser anser) für sich zu nutzen.

Die Haustierwerdung (Domestizierung) der wilden Graugans war nicht schwierig. Die aus dem Ei geschlüpften Gössel sind Nestflüchter und haben in den ersten Stunden nach dem Schlupf eine aktive Lernphase, d. h., ihnen ist angeboren allem zu folgen was sich bewegt, dem Menschen muss es nur gelingen, die Wildgansmutter von den gerade geschlüpften Gössel zu trennen, damit diese sofort dem Menschen folgen und ihm vertrauen. Die Junggänse sind sehr anhänglich und liebebedüftig, gelten als ausgesprochen intelligent und zeigen interessante Verhaltensweisen. Unsere Altvorderen hatten die Verhaltensweise der grauen Wildgans erkannt und hierauf ihre Zuchtmethode über Jahrhunderte aufgebaut. AIlem was sich bewegt wird gefolgt, sowohl der Muttergans als auch dem Menschen. Instinktiv spüren die Gössel wer gut zu ihnen ist und wer es nicht ist. Abgewandelt hiervon hat sich bei uns Menschen der Begriff „im Gänsemarsch“ herausgebildet.

Auf der Insel Rügen wurde seit vielen, vielen Jahren eine schwere Landgans herangezogen. Sie wird als die Stammform der Pommerngans angesehen. Daher müsste eigentlich die Pommerngans als Rügengans betitelt werden, hinsichtlich ihrer Herkunft. Die deutschlandweite Verbreitung ging von Rügen aus und nicht von Hinterpommern. Geht es doch vordergründig darum den Fortbestand der Rasse „Pommerngans“ zu sichern, was auch heute durch versierte Züchter und respektable Institutionen hervorragend geschieht

Als Urvater der Pommerngans gilt Heinrich Bodinius (1814 - 1884), der als Arzt und Veterinär in Bergen/Rügen praktizierte, die Pommerngans stark förderte und bis zu seinem Tode Direktor des Zoologischen Gartens Berlin war.



Bild v.li: Ch. Mondesie; St. Kraus,Vors. des Landesverbandes der Rassegeflügelhalter M-V; Dr. T. Backhaus Landwirtschaftsminister M-V; D. Kurreck, Präsident Landesbauernverband M-V; L. Pfister, Obmann. Auf der 28. Agrarmesse MeLa in Mühlengeez bei Güstrow mit fast 72000 Besuchern wurde die Pommerngans zum Tier der Ausstellung gekürt.

Foto: Ministerium für Landwirtschaft und Umweltschutz M-V

Die Gänsezucht gewann besonders ab 1850/60 an Bedeutung in Deutschland. Auf den grossen Gütern, bei Gross- und Kleinbauern sowie bei Insten (Landarbeitern) hatte man mit der Gans eine gute Einnahmequelle entdeckt und das Bürgertum das wohlschmeckende Fleisch und Schmalz schätzen gelernt. Im Jahre 1912 erhielt die pommersche Gans die Anerkennung als eigenständige Rasse, wurde in den Farben grau-weiß und graugescheckt gezüchtet und auf zahlreichen Ausstellungen im In- und Ausland erfolgreich vorgeführt. Eine Verbreitung von Vorpommern nach Hinterpommern, Polen und Russland fand statt. Dort hat sie auch zur Entstehung anderer Rassen beigetragen.

Der Bedarf an Gänsefleisch konnte in Deutschland nicht mehr aus eigener Produktion gedeckt werden und so kam es zum „Re-Export“ von Polen und Russland nach Deutschland, welches z.B. 10 Mio. Tiere als Mast- und Magergänse aus Russland erhielt. Hier wurden diese aufgemästet und auf Märkten und in Geschäften verkauft. Der letzte Gänsemarkt fand 1926 in Damgarten (Vorpommern) statt. Danach handelte man nur noch mit Gänsen auf den allgemeinen Viehmärkten. Infolge des gestiegenen Bedarfs entwickelte sich ein neuer Wirtschaftszweig, die Räucherindustrie. Die kleine hinterpommersche Stadt Rügenwalde, bekannt durch die „Rügenwalder Teewurst“, entwickelte daneben die „Rügenwalder Gänsebrust“. Wilhelm Brandenburg eröffnete 1885 in Rügenwalde einen „Betrieb für Wurst-und Gänsewaren“ und betrieb erfolgreich den Versandhandel im In- und Ausland. Heute schickt dieser Betrieb von Schleswig-Holstein aus die pommerschen Spezialitäten in die ganze Welt.

Gegenwärtig soll die Gans ein Gewicht von 8 kg und der Ganter von 9 kg erreichen.

Mit der gesellschaftlichen Weiterentwicklung in Deutschland haben sich auch die Verzehrgewohnheiten der Menschen stark geändert. Schon vor 100 Jahren war das so. Wer es sich leisten konnte, ersetzte den Schweinebraten zu Weihnachten durch den Gänsebraten.

Aber zunächst muss ja unsere Gans geschlachtet werden. Das geschah um den 11. November, auch Martinstag genannt. Um diesen Tag ranken sich zahlreiche Legenden, besonders aus der Landwirtschaft. An diesem Tag waren die Feldarbeiten überwiegend beendet und die Landarbeiter, Knechte und Mägde durften die Arbeitsstellen wechseln. An diesem Tag waren die Pacht-, Zins- und Lohnzahlungen fällig. Der Pastor erhielt von seiner Gemeinde die Pflichtabgaben wie Enten, Gänse und Getreide. Im Jahre 1532 kamen 120 Gänse in den Besitz des Pastors von Sagard/Rügen und der Pastor von Altenkirchen, ebenfalls Insel Rügen, erhielt 100 Gänse und 14 Spickgänse. (Siehe auch Ehm Welk: Die Helden von Kummerow).

Fast richtige Wettervorhersagen am Martinstag: „Wenns Laub nicht vor Martini fällt, kommt eine grosse Winterkält“, oder „Nach Martinstag viel Nebel sind, so wird der Winter meist gelind“.

War das auch so in Pommern? Nach ungefähr 40-45 Tagen Mastdauer wurden die Gänse geschlachtet. Alles fand Verwendung für Schwarzsauer, Weißsauer. Wickelfüsse, Pökelfleisch, Spickgans – das ist geräuchertes Fleisch, heute eine teure Delikatesse. Fleisch wurde eingeweckt, Gänseschmalz wurde mit Schweineschmalz gemischt, um eine bessere Streichfähigkeit zu erhalten. Um den Fettanteil bei der Mastgans zu erhöhen, wurden die Gänse genudelt. (Zwangsweise Futterzuführung, heute in Deutschland gottseidank verboten).

Neben zahlreichen guten Leistungen unserer Gänse dürfen wir eines nicht vergessen, ihre Federn und Daunen ergaben eine ausgezeichnete Füllung für Bettdecken. Je weiter man nach nach Osten kam, desto dicker war die Bettdecke.

Unsere stattliche Pommerngans ist ein altes, deutsches Kulturgut. Erfreuen wir uns weiterhin ihrer Leistung und Schönheit.

Gerhard Fischer, Rostock

Die pommersche Adventsrose

Unvergessen



Foto: Klesczewski

Vor 100 Jahren, gleich nach Ende des ersten Weltkrieges, wurde die pommersche Adventsrose unter Anleitung einer Pastorenehefrau zum ersten Mal in einer Dorfgemeinde in Hinterpommern gebastelt.

Man kann sie nicht kaufen. Die pommersche Adventsrose muss selbst hergestellt werden.

In meiner Kindheit, damals vor 80 Jahren, beleuchtete sie vereint mit dem Adventskranz unseren Kaffeetisch in Stettin-Hökendorf. Eine Adventsrose war der erste weihnachtliche Schmuck, den wir nach dem Krieg 1948 geschenkt bekamen. Ihr stilles Leuchten brachte Glanz in unsere Flüchtlingsunterkunft.

Damit sie nicht in Vergessenheit gerät, hier eine Bastelanleitung. Wer sie anfertigen möchte, braucht für sie keine besonderen Fingerfertigkeiten. Nur etwas Geduld ist erforderlich.

Man benötigt für die Adventsrose ein kugeliges Rotwein- oder ein Berliner Weiße-Glas, einen Bogen grünes und einen Bogen rotes Seidenpapier, Klebstoff, eine Stricknadel und ein Teelicht für die Beleuchtung.

Es ergeben sich 4 Arbeitsgänge.

1. Man schneidet 3 cm lange und 1½ cm breite Streifen aus dem Seidenpapier. Es werden etwa 2/3 rote und 1/3 grüne Streifen gebraucht.
2. Die Streifen werden an einer Schmalseite von beiden nebeneinander liegenden Ecken her mit der Stricknadel schräg bis zur Mitte eingerollt. Eventuell einen Hauch anfeuchten!
3. Die entstandenen Blütenblätter werden schuppenartig, am oberen Glasrand beginnend, auf das Glas geklebt. Die erste Reihe muss über den Glasrand lugen. Begonnen wird mit den roten Streifen. Der untere Teil des Glases wird grün belegt.
4. Zum Schluss bewickelt und beklebt man den Fuß des Glases mit grünem Seidenpapier. In das Glas, in die Rose also, stellt man dann das Teelicht. Bitte aufpassen beim Anzünden des Lichtes! Heutzutage bietet sich aus Sicherheitsgründen ein LED-Teelicht an.

Brigitte Klesczewski

Carl Koßmaly – Komponist und Kapellmeister

Brachte das Musikleben in Stettin und Pommern zu „höchster Blüte“

Zum 125. Todestag am 1. Dezember

Carl Koßmaly stammte ursprünglich aus Breslau, war nach seiner musikalischen Ausbildung in verschiedenen Städten als Kapellmeister tätig und wirkte dann über Jahrzehnte vielgestaltig in Stettin, wo er große Verdienste um die Weiterentwicklung des Musiklebens in Pommern erwarb. Mehr noch. Er erlangte auch als Komponist und besonders als Musiktheoretiker und -kritiker deutschlandweit Bekanntheit. Dabei genoss er auch die Wertschätzung berühmter Kollegen wie Robert Schumann, der ihn zu seinen „wichtigsten Mitstreitern“ zählte. Koßmaly erreichte über seinen Tod vor 125 Jahren hinaus vor allem in Pommern bis in die Weimarer Republik hinein eine längere Nachwirkung. Doch heute ist er nur noch Historikern zur Geschichte Pommerns und einzelnen Musikwissenschaftlern ein Begriff. So ist sein Wirken im neuen Personenlexikon für die Stadt Stettin und auch in „Musik in Geschichte und Gegenwart“, dem aktuellen musikwissenschaftlichen Standardwerk, aufgeführt.

Carl Koßmaly wurde am 27. Juli 1812 in Breslau geboren. Seine Eltern ermöglichten ihm eine höhere Schulbildung, förderten seine musikalische Begabung nach Kräften und schickten ihn zur weiteren Ausbildung nach Berlin in die Obhut bekannter Musikgrößen wie Karl Friedrich Zelter. Gerade Zelter prägte ihn im Hinblick auf die Gestaltung von Chormusik. Seinen Einstieg als Musiker hatte Koßmaly in Wiesbaden, wo er zunächst als Chordirektor und dann als Theaterkapellmeister fungierte. 1831 wurde in Wiesbaden „Das Irrenhaus von Dijon“ aufgeführt, wofür Koßmaly die Musik verfasst hatte. Das war sein öffentlicher Einstieg als Komponist. Ab 1834 stand er im Kontakt zu Robert Schumann, der die „Neue Zeitschrift für Musik“ herausgab und damit die Meinungsbildung zur Musik in Deutschland stark beeinflusste. Schumann und Koßmaly konnten offenbar gut miteinander. Das galt auch für die gemeinsame Parteinahme für die „neuromantische Schule“. Dabei entwickelte sich der Kapellmeister schnell auch zum erfolgreichen Musiktheoretiker und -kritiker, dessen Kritiken zum festen Bestandteil der „Neuen Zeitschrift für Musik“ gediehen. Es folgten die Wirkungsstätten Mainz, Amsterdam, Bremen und ab 1842 Detmold. Koßmaly sammelte vielgestaltige Erfahrungen als Kapellmeister mit verschiedenen Klangkörpern, erlangte als Theoretiker wegen seiner Sachkenntnis einen Ruf und setzte sich zudem engagiert für die Klavierkompositionen seines Freundes Schumann ein, der ihn wegen seiner trefflichen Musikberichterstattung vor allem aus Frankfurt / Main sowie Amsterdam zum Wechsel nach Leipzig bewegen wollte. Ohne Erfolg.

Koßmaly ging dafür nach 1844 nach Stettin, wo er in der Folge zusammen mit Gustav Flügel den Stettiner Zweig des Tonkünstlervereins gründete, gegen manchen Widerstand das Musikleben mit Kammermusik, Sinfoniekonzerten und Chordarbietungen zur Blüte brachte und auf ganz Pommern ausstrahlte. Dazu muss man wissen, dass der Meister in zahlreichen Fällen mit teilweise zusammengewürfelten Klangkörpern musikalische Meisterleistungen vollbrachte, die auch im übrigen Deutschland mit Staunen registriert wurden. Zeitgenössische Musikkenner verglichen die erlebten Konzerte mit denen des Gewandhausorchesters. Als ausgesprochene Höhepunkte sind die Aufführung der „Schöpfung“ von Joseph Haydn 1857, die musikalische Geburtstagsfeier zu Ehren von Ludwig van Beethoven 1860, die Kammermusik-Soireen und das patriotische Chorkonzert 1872 überliefert. Bei alledem stand er außer mit Robert Schumann auch mit anderen Musikgrößen wie Louis Spohr im Gedankenaustausch. Ab 1878 dirigierte er regelmäßige Sinfoniekonzerte, bis er nach Querelen mit dem Stettiner Musikverein nach 1890 seine Dirigate reduzierte. Aus seiner eigenen Feder sind hauptsächlich Lieder und einige Instrumentalwerke überliefert. Nebenbei fungierte der Stettiner Musikstar ab 1866 auch als „offizieller Konzert- und Theaterkritiker der Ostsee-Zeitung“. Die Musik war sein Leben. Damit schrieb Koßmaly ein bedeutendes Kapitel der „Stettiner Musikgeschichte“. Darüber starb er am 1. Dezember 1893 in Stettin. Er wurde 81 Jahre alt.

Martin Stolzenau

Den Bürgern wird ein fauler Pakt untergejubelt

Zu: Mist, aufgeflogen (Nr. 45)

Natürlich wird der zurzeit von der UN durchgepaukte „Globale Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration“ unterzeichnet, weil die Länder, die davon profitieren, indem sie ihre Sozialprobleme exportieren und damit loswerden können, in der Überzahl sind. Die Politiker der Länder, die die daraus resultierenden Lasten zu tragen haben, haben aber das Problem, ihren Bürgern erklären zu müssen, warum sie einen Vertrag unterschreiben wollen, von dem zu erwarten ist, dass er ihr Land ruinieren und ihrem Sozialsystem den Garaus machen wird. Um den Vertrag den Bürgern unterjubeln zu können, setzen sie auf eine Vernebelungsstrategie und schäumen vor Wut auf alle, die dazu der Katz' die Schelle umhängen.

Um nur zwei Hauptbedenken herauszugreifen: Wenn der Pakt für die Länder vorsieht, „die Migration innerhalb ihres Hoheitsbereichs in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht selbst zu regeln“, so ist es mit der Selbstregelung wohl nicht weit her, da man nur das Völkerrecht zu strapazieren braucht, um jegliche Selbstregelung unterlaufen zu können.

Wenn der Pakt Migranten den „sicheren Zugang zu Grundleistungen“ (ein sehr dehnbarer Begriff) und den Anreiz, gerade in unser Land zu kommen, sehr hoch sein lässt, dann ist zu fragen, warum unser Land Leuten von irgendwoher Wohltaten gewähren soll, die es bei seinen eigenen Staatsbürgern sehr restriktiv handhabt – Beispiele dafür gibt es bereits heute im Gesundheits- und Wohnungswesen reichlich.

Es ist somit die Frage, wer hier Falschmeldungen, neudeutsch: Fake-News, verbreitet.

Dr. Hans-Joachim Kucharski, Mühlheim

Unschuldig war keiner

Zu: Athen fordert Reparationen (Nr. 43)

Im Beitrag ist von „grausamen Verbrechen der Wehrmacht“ die Rede, die an Orten in Griechenland stattgefunden haben sollen. Weiterhin sei es „unbefriedigend, dass solche Untaten in Deutschland ungesühnt geblieben sind“.

Ich vermute, dass es sich hier um Reaktionen der Wehrmacht handelt, denen Aktionen von Partisanen vorausgegangen waren. Immer wieder wird das Zurückschlagen der Wehrmacht, die ihre Kameraden ermordet und verstümmelt vorfanden, als Kriegsverbrechen bezeichnet. Nach der Haager Landkriegsordnung hatten Partisanen keinen Kombattantenstatus. Repressalien wurden ausdrücklich völkerrechtlich zugebilligt. In diesen Fällen mag die Wehrmacht überreagiert haben.

Ich will keineswegs bestreiten, dass hier auch Verbrechen begangen wurden. Ich wüsste allerdings nicht, welche Untaten der Alliierten gegen Deutsche jemals hier zur Sprache gekommen sind. Ich zitiere hier General Günter Kießling: „Aus diesem Krieg ist niemand als Jungfrau hervorgegangen.“

Bernd Dauskardt, Hollenstedt

Kein Ende mit 1918

Zu: Ihr Tod war keinesfalls „natürlich“ (Nr. 45)

Zum Artikel über das Ende der deutschen Monarchien möchte ich Folgendes ergänzen:

Der grippekranke Reichskanzler Prinz Max von Baden hat ohne Wissen des Kaisers und ohne dessen Billigung die Abdankung erklärt. Kurz darauf rief der Staatssekretär Scheidemann die Republik aus. Beide Erklärungen wurden sofort per Funk verbreitet. Daher war beides nicht mehr zurückzunehmen.

Dass der Kaiser ins Exil ging, geschah auf Druck der nun Verantwortlichen. Diese meinten, dass ohne die Anwesenheit des Kaisers in Deutschland die Waffenstillstands- und Friedensbedingungen weniger hart ausfallen würden. Dies war eine Illusion.

Unter den damaligen Umständen war die Erwartung, der Kaiser würde um seinen Thron kämpfen, undurchführbar. In Russland tobte bereits der Bürgerkrieg. Der sowjetische Geschäftsträger in Berlin, Joffe, hatte bereits mit deutschen Kommunisten Vorkehrungen für einen Bürgerkrieg in Deutschland mit sowjetischen Methoden getroffen. Ein solches Elend wollte der Kaiser dem Volk ersparen.

Friedrich Carl Albrecht, Burgdorf-Ehlershausen

Eine Diebesbande

Marx spendet für Schlepper (Nr. 43) und: Linksextreme Band eingeladen (Nr. 43)

Es ist unglaublich, wie heruntergekommen und verroht unsere Gesellschaft geworden ist. Nicht nur, dass sie gespalten, sondern auch voller Hass ist.

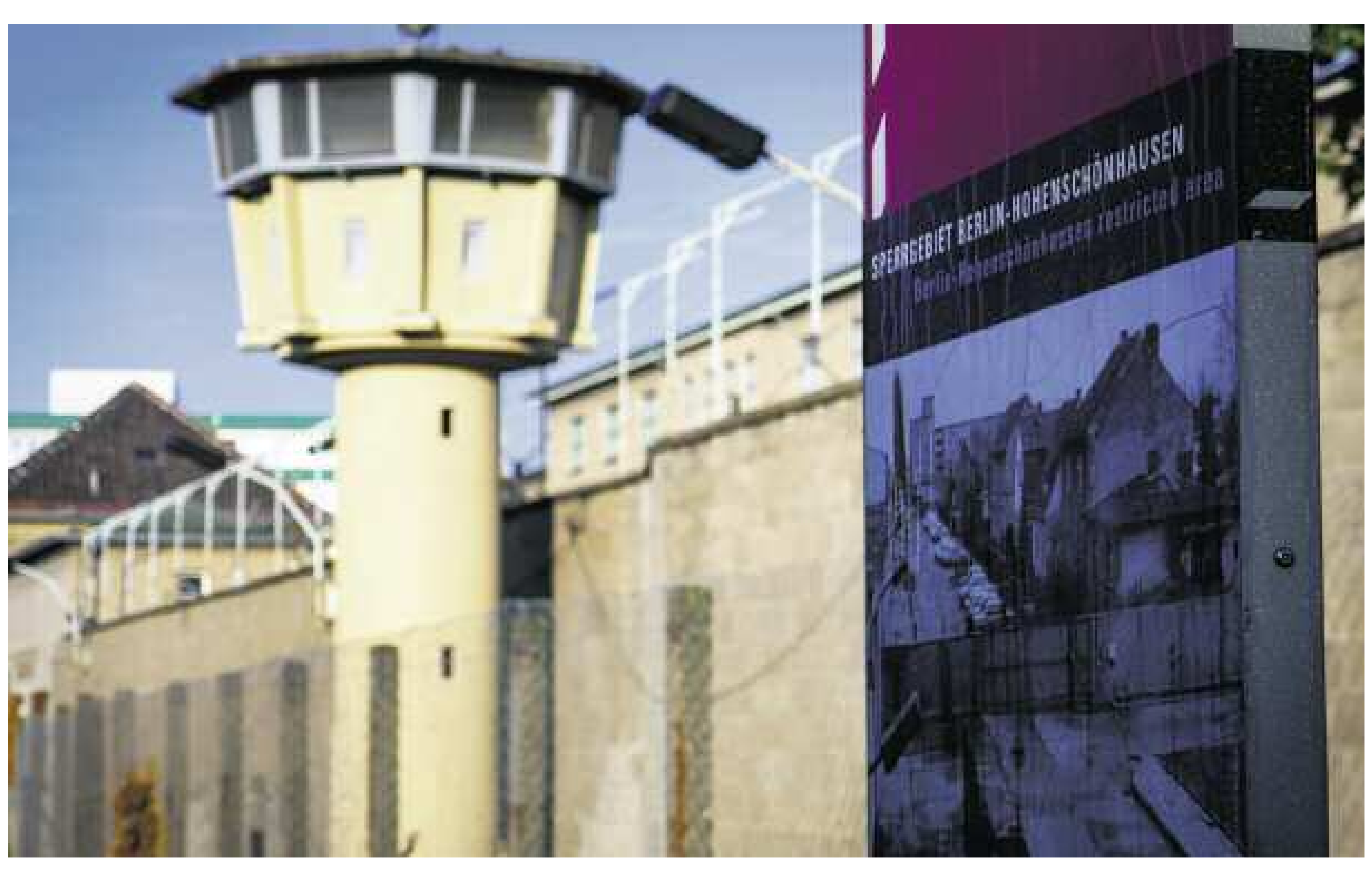
In keinem anderen Land dieser Erde wäre es möglich, der eigenen Bevölkerung eine Ausrottung zu wünschen. Nur hier kann eine linksgrüne Mafia mit Hilfe der Medien die freiheitliche Grundordnung mit Dreck bewerfen. Eine derartige Vergiftung beginnt in der politischen Auseinandersetzung mit schlechter Regierung, Gesetzesbrüchen und dem Manipulieren der Wahrheit.

Fatal, dass nun auch die eigentlich konservative CDU immer weiter nach links tendiert und eine linksextreme Band, die Gewaltaufrufe, Hass und Hetze verbreitet, einlädt.

Und natürlich beteiligt sich auch die Kirche, deren Fürst, der Erzbischof Marx, große Spenden für illegale Schlepper aufbringt und damit gegen internationale Vereinbarungen verstößt. Wir haben heute eine Realitätsverleugnung und einen jahrelangen Anti-Rechts-Aktionismus (aus Steuergeldern), der freie, offene und demokratische Debatten verhindert.

Bemerken kann man dazu Begriffe des alten Preußen (bis 1871) wie Loyalität ohne Willfährigkeit und Toleranz aus Vernunft ohne Ideologien. Und dazu den Ausspruch von Friedrich dem Großen: „Ein Justiz-Collegium, das Ungerechtigkeiten ausübt, ist gefährlicher und schlimmer wie eine Diebesbande.“

Günter Algner, Berlin



Für die Nachwelt als Gedenkstätte für die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft gerettet: Das ehemalige Stasi-Untersuchungsgefängnis in Berlin-Hohenschönhausen ist jetzt ins Gerede geraten wegen eines Falls von sexueller Belästigung Bild: Imago

Als Hilfe für Hohenschönhausen ganz großgeschrieben wurde

Zu: Hohenschönhausen erhalten! (Nr. 40)

Eine anonyme Anzeige bleibt immer etwas Unsachliches, Tückisches und Nebulöses, selbst wenn sie Teilwahrheiten enthalten sollte. Darauf brauchte weder die entsprechende Behörde noch der Angezeigte zu reagieren. Und für einen Angriff auf den Leiter der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Hubertus Knabe, fehlt ohnehin jegliche Berechtigung. Denn wäre Knabe ohne konkrete, namentlich gezeichnete, Anzeige – und diese gab es nicht – gegen Frauendörfer vorgegangen und hätte ihn etwa entlassen, so hätte jener beim Arbeitsgericht obsiegt.

Inhaltlich bedarf der Artikel einer historischen Hinzufügung. Es ist wahr, dass nach 1990 lobenswerterweise politische Gefangene mit Führungen begonnen hatten. Daraus wurde jedoch keine „Gedenkstätte in Gründung“. Im Gegenteil. Jeglicher Betrieb wurde abrupt eingestellt, und die Senatsverwaltung für Justiz bat die Hilfsorganisation HELP, deren Chef ich seinerzeit war, den Auftrag, sämtliche Artefakte von Rummelsburg und Hohenschönhausen an „Tagen der offenen Tür“ zu verkaufen. Mit Rummelsburg geschah dies. Aber nicht, ohne dass wir zuvor die Gefangenenbibliothek von Rummelsburg (Inland und Ausland) gerettet hatten. Desgleichen holten wir die Gefangenenbibliothek von Hohenschönhausen in das HELP-Domizil im früheren Mielke-Ministerium.

Mit dem Verkauf der Artefakte indes zögerten wir und beschlossen stattdessen, mit beizutragen, dass Hohenschönhausen Gedenkstätte werde.

Peter Alexander Hussóck, Berlin

Arrogante Vielfalt

Zu: Islamisches Gegenprogramm (Nr. 41)

Die friedliche Revolution, die 1990 zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten führte, ist in der deutschen Geschichte und weltweit einzigartig. Der Versuch islamischer Verbände, daraus „einen Tag der deutschen Vielfalt“ zu machen, zeigt: Diese Kreise wollen und können nicht integriert werden.

Die Geisteshaltung zeugt von einer unerträglichen Arroganz dem Gastland Deutschland gegenüber. Sie offenbart eine Bankrotterklärung von Merkels misslungener Politik der Masseneinwanderung und stärkt den Rechtsextremismus. Wem unser Nationalfeiertag zu deutsch und zu weiß ist, dem ist entgegenzuhalten: Wäre es dann nicht konsequent, im Rahmen der Kultur der Rückkehr in sein Heimatland zurückzukehren? Wir haben offene Grenzen.

Dr. Wolfgang Link, Gengenbach

Zum Kriegsende von vor 100 Jahren gibt es nichts zu feiern

Zu: Ihr Tod war keinesfalls „natürlich“ (Nr. 45)

Der 9. November ist ein historischer Tag für unser deutsches Volk. Mindestens fünfmal wurde er wahrnehmbar: 1848, 1918, 1923, 1938 und 1989. Der Schwerpunkt der öffentlichen Betrachtungen lag dieses Jahr auf 1938: Soweit in Ordnung. In den Hintergrund geriet da schon fast das Jahr 1918.

Vom Bundespräsidenten Steinmeier wurde uns in einer wenig fundierten Rede der 9. November 1918 als „feiernswert“ angetragen. Was genau sollen wir aber nun „feiern“? Vor 100 Jahren wurde die uns über Jahrhunderte angestammte, historische gewachsene „alte Ordnung“ einer konstitutionellen, zuletzt parlamentarischen/demokratischen Monarchie, wie wir sie heute noch als Selbstverständlichkeit in vielen Ländern Europas kennen, gewaltsam beseitigt.

Wir hatten ab 1871 eine Verfassung, wie zuvor bereits unter anderem in Preußen, die sämtliche uns heute im Grundgesetz bekannten Grundrechte, den Rechtsstaat und den Sozialstaat garantierte. Der staatliche Aufbau entsprach im Wesentlichen dem heutigen der Bundesrepublik. Insgesamt nahmen wir ab 1871 die glücklichste Entwicklung aller Zeiten im geeinten Deutschland.

Dann wurde uns ein Krieg aufgezwungen, um diesen auf allen relevanten Gebieten erfolgreichen Staat in der Mitte Europas zu zerschlagen, teils aus alter Feindschaft heraus, überwiegend aber aus wirtschaftlichen/kapitalistischen Motiven, um diesen Konkurrenten auf den Weltmärkten zu beseitigen.

Die Arbeiterbewegung/Sozialdemokratie, die aus der USPD, Spartakus und die KPD hervorgegangen ist, hatte es sich von Anfang an zum Ziel gesetzt, die Monarchie zu zerstören. Bismarck hatte sie früh erkannt, nannte sie „vaterlandslose Gesellen“.

Während noch unsere Soldaten tief im Feindesland standen, ihr Leben für ihr Vaterland einsetzten und kein feindlicher Soldat deutschen Boden betreten hatte (abgesehen von Masuren 1914), an der Heimatfront die Menschen alle Aufopferungen erbrachten, fielen diese „roten Gesellen“ gemeinschaftlich dem ganzen Volk in den Rücken und attackierten die Staatsführung in Gestalt der Monarchie. Es trieb sie lange geschürter ideologischer Hass, die Gier danach, sich selbst an die Macht zu bringen und endlich die höchsten Staatsämter an sich zu reißen, die ihnen nach der Verfassung nicht zustanden.

Ein irgendwie „demokratisch legitimiertes“ Mandat hatten sie nicht. Es war auch nichts ersichtlich, was sie „für das Volk“ insgesamt künftig verbessern konnten. Aus Hab- und Machtgier, ideologisch und fanatisch motiviert, unterstützten sie objektiv die Sache unserer gnadenlosen äußeren Feinde. Sie organisierten zum Beispiel den Generalstreik in den Munitionsfabriken, schürten die Meuterei unter den Soldaten der Marine, riefen zu bewaffneten Zusammenrottungen auf.

Der Kaiser, die Könige und Fürsten mussten (man denke an Russland 1917) um ihr Leben und das ihrer Familien fürchten und sie und sich in Sicherheit bringen. Schwer bewaffnete, marodierende, mordende und plündernde Horden beherrschten die Straßen. Polizeibeamte wurden entwaffnet, niedergeschossen, ermordet, verloren die Oberhand, bis die öffentliche Sicherheit nicht mehr gewährleistet war.

In jedem Land der Welt nennt man dieses ganze Geschehen Hochverrat, Landesverrat, Sabotage, schweren Landfriedensbruch, Bildung krimineller/terroristischer Vereinigungen, Mord und Totschlag, worauf nicht selten die Todesstrafe, jedoch immer lebenslängliche oder drastische Freiheitsstrafe gesetzt ist. Nicht diese vorgesehene Höchststrafe erhielten ihre Rädelsführer, von Liebknecht bis Eisner.

Sie setzten sich ohne jede demokratische und rechtliche Legitimation mit dieser offenen, mörderischen Gewalt gegen die bestehende Ordnung an die Spitze eines von ihnen „ausgerufenen“ neuen Staates, nannten es Republik, wo Anarchie die zutreffende Bezeichnung gewesen wäre: Reichspräsident statt bisher Kaiser, Ministerpräsident statt König. Damit lieferten sie uns unseren äußeren Feinden bedingungslos aus, was mit dem Wahnsinns-Werk von Versailles endete.

Es folgte die völlige Unterdrückung durch die äußeren Feinde. Im Innern herrschte die blanke Not. Die innere Sicherheit war verloren: Bewaffnete Horden zogen unaufhaltsam marodierend durchs Land.

Statistiken darüber, was diese „Ausrufung“ der Republik an Menschenleben kostete, wird es geben, bleiben aber im Verborgenen. Die Wahrheit über Entstehung und tatsächlichen Verlauf der Weimarer Republik wird weithin im Dunkeln gehalten. Warum? Wir sollen ja glauben, die Republik sei per se unser großes Glück, wenn auch auf Hochverrat, Gewalt und Bürgerkrieg begründet. Uns wurde/wird ja in „politischer Bildung“ seit Langem erklärt, Monarchie und Demokratie seien Gegensätze. Da sollte man einmal die Briten, Spanier oder Niederländer befragen.

Dieses blanke Chaos der „Schaffung“ der Republik wird heute „Weimarer Verhältnisse“ genannt. Es ist nicht ersichtlich, welchen Wert im Leben der Menschen dieser „sozialistische“ Terror gegenüber der „alten Ordnung“ hervorgebracht hätte, der diesen irgendwie rechtfertigen könnte. Man wird mir das Frauenwahlrecht nennen. Das wäre auch sonst gekommen.

Unsere Monarchie befand sich wie andere auch in Entwicklungsprozessen, die dann aber gewaltsam abgebrochen wurden. Die Akteure des 9. November 1918 haben als „Reaktion“ jedoch etwas anderes hervorgebracht: Hitler und den Nationalsozialismus. Nein, da gibt es nichts zu feiern. Da gibt es viele Menschenleben zu betrauern und einen Irrweg, der schließlich in den nächsten Krieg führte.

Vielmehr ist es nach 100 Jahren an der Zeit, die ideologische Verteufelung der Monarchie zu beenden und mit ehrlichem Bemühen die Verdienste zum Beispiel der Hohenzollern über Jahrhunderte hinweg für Preußen und dann schließlich für das gesamte Deutsche Reich zu würdigen.

Norbert Bury, Wandlitz

Leserbriefe an: *PAZ*-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Eine gute Marke

Die italienische Region Marken ist im Trüffelfieber – Für den kostbaren Speisepilz kommen Kulinarik-Freunde aus aller Welt

Wer von Ancona aus ins Landesinnere der italienischen Region Marken fährt, ist überrascht von deren Abwechslungsreichtum: Flüsse, Berge, mittelalterliche Orte – und überall werden kulinarische Trüffelspezialitäten serviert.

„Palla?“, ruft Nazzareno Polini seinen beiden Mischlingshunden fragend hinterher. Im dichten Unterholz in den bewaldeten Bergen unweit von Ascoli Piceno schnüffeln die Hunde, in denen viel von der Rasse Deutsch-Kurzhaar drinsteckt, aufgeregt an mehreren Baumwurzeln. Polini bahnt sich seinen Weg durch das Gestrüpp zu seinen Hunden Teppa und Grace. „Palla?“, ruft er erneut.

Ball heißt auf Italienisch „Palla“. Doch Polini hat für seine Hunde keinen Ball geworfen, den sie nun apportieren sollen. Sie sind auf Trüffelsuche. Mit Trüffeln, die Polini in gut versteckten Kinderschokoladeneiern hineingelegt hat, brachte er seinen Tieren spielerisch die Suche nach dem wertvollen Speisepilz bei. „Palla“ nannte er die kugelförmigen Eier.

Polini hat jetzt die Stelle erreicht, an der einer der Hunde beständig schnüffelt. Die Trainingsphase mit den Schoko-Eiern ist schon lange vorbei. Jetzt ist es ernst. Polini nimmt seine „vanghetta“, eine einem Spielzeugspaten ähnliche Trüffelhacke, und fängt vorsichtig an, nach dem unterirdischen Gewächs zu graben. Nach wenigen Minuten hält er eine stattliche Knolle in der Hand: eine Trüffel, eine weiße noch dazu. Im Vergleich zu ihrer schwarzen Art ist sie noch kostbarer.

Sichtlich froh, einen „Palla“ gefunden zu haben, wedeln die Hunde übermütig um ihren Herren herum. Dieser belohnt sie sofort mit einem Stück Hundekuchen, ehe er auf einem freien Waldstück mit einer kleinen Digitalwaage den Fund wiegt. 72,85 Gramm sind auf der Anzeige zu lesen. Polini nimmt die Tennisball-große Knolle wieder auf: Etwa 250 Euro hält er damit in der Hand.

Überall in den Wäldern der italienischen Region Marken sind jetzt die Trüffelsucher mit ihren Suchhunden unterwegs. Von Oktober bis März ist hier Trüffelsaison. Fast in jeder der pittoresk gelegenen Ortschaften in den Marken finden dann Trüffelmessen, -märkte und -feste statt. Wahre Trüffelhochburgen sind dabei die noch mittelalterlich geprägten Städte Amándola und Acqualagna mit ihren jeweils um die 4000 Bewohnern. Aber wenn hier die Messen rund um den teuren Pilz stattfinden, fallen am Wochenende bis zu 30000 Trüffelgenießer aus aller Welt in diese beschaulich-schönen Orte ein.

Was haben Trüffel bloß an sich, dass sie Mensch und Tier anlokken? Wildschweine sind ganz wild danach, Hunde ebenso – und Menschen sowieso. Schon der Geruch zieht einen so magisch an wie bei den mythischen Sirenen die Schiffer ihr betörender Gesang. Wenn die Händler auf den Märkten ihre kostbare Ware auspacken, verbreitet sich ein intensives Aroma über der Stadt. Ist der Trüffel frisch, hinterlässt er überall Duftabdrucke.

So auch im Haus des Trüffelbauern Emidio Angellozzi in Roccafluvione. Stolz breitet er seine Ernte aus: Zehn Kilo jeweils weißen und schwarzen Trüffels haben seine Hunde an diesem Tag erschnüffelt. Auf dem Tisch liegt damit ein Wert in Höhe eines Mittelklassewagens.

Anders als Polini, der mit seinen Hunden einsam in Wäldern nach Trüffeln sucht, verfügt Angellozzi über eine zirka 50 Hektar große umzäunte Trüffelfarm. Hier hat er auf einer zuvor landwirtschaftlich genutzten Fläche Eichen, Haselnussbäume und Hainbuchen angepflanzt, unter denen Trüffel besonders gut gedeihen. Trüffel lassen sich nicht züchten wie Gemüse, dieser Pilz ist ein Individualist. Dort, wo mit Sporen befallene Trüffelerde ausgelegt ist, kann man nur hoffen, dass diese reifen. Ob und wann das geschieht, ist nie vorhersehbar.

„2018 wird wohl ein gutes Trüffeljahr werden“, sagt Angellozzi voraus, „auf einen warmen Sommer folgte ein feuchter Frühherbst, das hat das Wachstum beschleunigt.“ Zwischen 200 bis 600 Kilogramm Trüffel pro Hektar finden seine Hunde im Jahr. Klingt viel, wenn man bedenkt, dass auf dem Markt ein Kilo weißer Trüffel (Tuber magnatum Pico) je nach Größe und Qualität zwischen 1000 und 3000 Euro kostet. Der häufigere und weniger aromatische schwarze Trüffel (Tuber melanosporum) ist billiger. Hier liegt das Kilo nur bei um die 300 Euro. Daran verdienen aber weniger die Trüffelbauern, so klagt Angellozzi, als vielmehr die Zwischenhändler, welche das kostbare Gut in alle Welt exportieren, vor allem in die USA.



„Die Nachfrage nach den Trüffeln wird auch hochgespielt“, gesteht eine Einheimische: „Es ist wie beim Champagner, dessen Ruf als Luxusmarke auch niemand erklären kann.“ Beim Trüffel, der nur in wenigen Regionen, wie in Südfrankreich, im Piemont oder eben in den Marken gehäuft vorkommt, spiegele der Preis weniger den Geschmack, dafür aber den Respekt vor der Natur und das Wissen um die seltene Herkunft wider.

Nicht nur in der Trüffelsaison kann man in nahezu jedem Restaurant in den Marken probieren, wie Trüffel schmeckt. Gekocht wird er selten, denn dabei geht der Geschmack verloren. Meist kommt der Küchenchef vorbei und hobelt mit der Raspel hauchdünne Trüffelscheiben über das Gericht. Gespart wird hier nicht. Am Tisch wird solange gerieben, bis von der Knolle nichts mehr zu sehen ist.

In den Marken haben viele Restaurantbetreiber die Trüffelsuche sogar zu ihrem Hobby gemacht. Wer gerade geerntete frische Trüffel genießen will, sollte nicht die Küstenorte aufsuchen, sondern ins Landesinnere fahren. Ein mehrgängiges Trüffelgericht ist hier außerdem äußerst preiswert. Selten muss man dafür mehr als 30 Euro ausgeben – inklusive Getränk! Bei der Gelegenheit lohnt es sich, in der wunderbaren Landschaft wie der des Nationalparks Monti Sibillini zu wandern, die vielen verträumten Ortschaften in der Region Macerata, Fermo und Pesaro zu erleben oder Kunstschätze wie jene im berühmten Palazzo Ducale in Urbino zu erleben. Die Marken sind eine gute Marke für Touristen. „Palla!“, ist man versucht, ausrufen. Suchet und findet. Man wird etwas Kostbares und ganz Seltenes finden: die Ruhe vor Touristenströmen. *Harald Tews*



Bilder (3): tws

Trüffel pur: Nazzareno Polini zeigt einen Trüffelfund seiner Hunde. Darüber: Das Ergebnis mit einem üppigen Trüffelgericht. Ganz oben rechts: Trüffelauslage auf einem Markt in den Marken

Reisetipps Marken

Anreise: Lufthansa fliegt von München aus täglich Ancona an. Der Frecciarossa (roter Pfeil), Italiens Pendant zum ICE, „fliegt“ mit bis zu 300 Kilometern pro Stunde über die Schienen ebenfalls bis Ancona (www.trenitalia.com). Unterkunft: In den Trüffelgebieten bieten viele Agriturismo-Betreiber sehr günstige Appartements auf dem Lande mit Wandermöglichkeiten an. Im Nationalpark Monti Sibillini kostet zum Beispiel ein Wochenende für zwei Personen im Landhaus La Baita di Pilato in Montemonaco ab 120 Euro (www.labaitadipilato.it).

Die Königin schaffte es nie bis Queen City

Die Stadt Charlotte in den USA feiert 250-jähriges Bestehen – Benannt wurde sie nach Sophie Charlotte von Mecklenburg-Strelitz

Der Flughafen Douglas in Charlotte im US-Bundesstaat North Carolina hat königliche Ziele. Im Terminal finden sich überall Hinweisschilder, die sagen: „Wir bauen einen Flughafen, der für die Queen angemessen ist.“ Nein, hier wird keineswegs der Besuch von Queen Elizabeth erwartet. Vielmehr soll der Flughafen in Charlotte, der vom Passagieraufkommen in den USA der zehntgrößte ist, schicker und moderner werden. Die Stadt Charlotte wird von den Einwohnern liebevoll Queen City genannt – und Adel verpflichtet.

An dem Spitznamen ist eine andere Königin schuld. Ebenfalls eine, die in England gekrönt, aber nicht dort geboren wurde. Charlotte von Mecklenburg, genauer gesagt: Sophie Charlotte Herzogin zu Mecklenburg-Strelitz wurde 1744 in Mirow geboren. In die Geschichte ging sie ein als Königin Charlotte von Großbritannien und Irland, Kurfürstin von Braunschweig-Lüneburg und Königin von Hannover. Grund für diese Amtstitelführung war ihre Heirat mit König Georg III. von Großbritannien im Alter von 17 Jahren. Insgesamt 57 Jahre lang war sie Königin. Ihr zu Ehren wurde die Stadt in North Carolina benannt, die am 3. Dezember das 250-jährige Bestehen feiert.

Königin Charlotte war in einer Zeit in Amt und Würden, in der Auswanderer aus Europa sich zunehmend auf den Weg nach Amerika machten. Viele der deutschen Einwanderer nutzten nach ihrer Ankunft auf dem neuen Kontinent einen Handelsweg der Sioux-Indianer für die Reise ins Landesinnere. Die Route führte sie in eine einladende Gegend mit vielen Bächen und Flüssen. Eine Kreuzung zweier Handelswege schien ideal zu sein, um sich niederzulassen. Zu Ehren ihrer Heimat in Europa nannten die Einwanderer die Region, in der sie sich ansiedelten, Mecklenburg County. Die Stadt, die sie hier gründeten, benannten sie nach ihrer Königin: Charlotte. 1768 wurde die Siedlung als Charlotte Town eingetragen.

Im Herzen der im Süden North Carolinas liegenden Stadt ist die Kreuzung der beiden indianischen Handelswege auch heute noch erhalten. Heute heißt die Straße, die von Nord nach Süd führt, Tryon Street und wird exakt an der Kreuzung in North Tryon und South Tryon Street geteilt. Die Straße, welche die Tryon Street kreuzt, ist die Trade Street, die sich an gleicher Stelle in East Trade und West Trade Street teilt. Diese Kreuzung, in deren Umfeld einige der wichtigsten Unternehmen der Stadt angesiedelt sind, ist ein sehr markanter Punkt in der Stadt. Der Independence Square stellt mit seinen vier markanten Statuen das Herz von Uptown Charlotte dar. Hier stehen vier Statuen, welche die Aspekte symbolisieren, die Charlotte charakterisieren und groß gemacht haben: Verkehr, Zukunft, Handel und Industrie.



Wie ein gekröntes Haupt: Die Skyline von Charlotte Bild: visitnc.com

Der Handel mit Baumwolle, der die Plantagenbesitzer reich machte, hatte dabei ebenso seinen Einfluss wie später die industrielle Weiterverarbeitung der Baumwolle. Es war aber keineswegs ausschließlich die Baumwolle, die der Stadt Charlotte Reichtum brachte. Der aus Hessen stammende Johannes Reidt, der sich später John Reed nannte, entdeckte 1799 in Little Meadow Creek auf seiner Farm unweit von Charlotte einen 17 Pfund schweren Klumpen, der drei Jahre später bei der Untersuchung durch einen Juwelier als Gold-Nugget erkannt wurde. Dieser erste spektakuläre Goldfund löste den Goldrausch aus, der etliche Farmer dazu brachte, im Winter, wenn die landwirtschaftliche Arbeit abgeschlossen war, zur Goldwaschpfanne zu greifen und sich im Goldwaschen zu üben.

Ein anderer deutschstämmiger Einwanderer, Goldschmied und Uhrmacher, Christopher Bechtler aus Pforzheim, war es schließlich, der in den frühen 1830er Jahren in Charlotte die ersten Goldmünzen prägte. Lange bevor die US-Regierung 1849 mit der Produktion von Gold-Dollars begann. Wie Reidt und Bechtler haben viele deutschstämmige Einwanderer ihre Spuren in Charlotte hinterlassen.

Seit den Gründungstagen wächst und gedeiht Queen City. Heute ist Charlotte nicht nur die größte Stadt in North Carolina, sie ist auch eine Stadt mit enorm großer Bedeutung in den USA. Als Hauptsitz der Bank of America sowie einiger weiterer namhafter Unternehmen aus dem Finanzsektor ist Charlotte der zweitwichtigste Bank- und Finanzplatz der Vereinigten Staaten. Die Finanzunternehmen Wachovia und Wells Fargo sind hier ebenso zu finden wie einige der 500 umsatzstärksten Gesellschaften der USA. Dazu gehören die Kaufhauskette Belk, die Baumarktkette Lowe und das Luftfahrtunternehmen UTC Aerospace Systems.

Da wundert es nicht, dass Charlotte mit rund 840000 Einwohnern bevölkerungsreicher ist als Miami oder Detroit. In der Metropolregion Charlotte-Gastonia-Concord leben heute insgesamt rund 2,5 Millionen Menschen. Und es werden ständig mehr. Der Grund: Charlotte ist die beliebteste Stadt bei jungen College-Absolventen, wenn es darum geht, einen ersten Arbeitsplatz nach dem Studium anzunehmen.

Die neu hinzuziehenden jungen US-Amerikaner sorgen dafür, dass sich sowohl in Sachen Kultur als auch im Hinblick auf die Kulinarik viel entwickelt. Die großen Trends, die in Charlotte Woche für Woche Neueröffnungen hervorbringen, nötigen europäische Besucher dazu, unter anderem ihre klischeebeladenen Vorstellungen von US-amerikanischer Gastronomie über Bord zu werfen. Regionale Produkte stehen besonders hoch im Kurs und werden von gemeinnützigen Unternehmungen an die Gastronomen der Stadt geliefert. Sterneköche zaubern aus Gemüsesorten Leckereien auf Basis von Südstaaten-Rezepten, denen ein moderner Hauch eine besondere Note verleiht. Ja, die USA können auch ohne Burger, Fastfood und große Fleischlappen auf dem Teller.

Die Verbindung zu Europa und insbesondere zu Deutschland ist in Queen City nach wie vor stark. Die deutsche Gemeinde in Charlotte und in North Carolina ist groß. Mehr als 300 deutsche Unternehmen haben einen Firmensitz in Charlotte. Nicht zuletzt deshalb sind die Direktflüge von Deutschland nach Charlotte ein Muss am Flughafen Charlotte Douglas. *Stephanie Sieckmann*

Lauernde Gefahren aus der virtuellen Welt

In unserer heutigen Welt von Internet, Mobiltelefon und Computer sind wir von deren Systemen völlig abhängig geworden. Je komplizierter diese sind, umso leichter sind sie verwundbar. Ein Angriff auf überlebensnotwendige Infrastrukturen (etwa Stromversorgung, Verkehrswesen, Krankenhäuser) würde in kürzester Zeit zum Katastrophenfall führen. Mit ihrem Buch „Cyber War“ gewähren die beiden Autoren, die als Experten auf diesem Gebiet gelten, einen tiefen Einblick auch für technisch nicht versierte Leser in den Cyber-Krieg, in dem wir uns längst befinden.

Die häufigsten Angriffsmethoden sind das Enttarnen des Passwortes und das Umgehen von Zugängen. Erleichtert wird dies durch Schlamperei und oft Unwissenheit der Entwickler. Gern wird auch versucht, Schwachstellen in Computern zu finden, um dort dann eigene Überwachungssysteme einzupflanzen oder ebenfalls Hintertüren in Digitalprodukte einzuschmuggeln. Eine Art dabei ist auch das Einschleusen von Mitarbeitern in digitale Unternehmen und die Bestechung des dortigen Personals.

Unter den sehr vielen beschriebenen Beispielen wird ein Coup des US-Abhördienstes erwähnt: Er ließ Lieferungen an wichtige Kunden über einen Frachtflughafen leiten, wo er in geheimen Räumen ohne Beschädigung der Versiegelung seine eigene Hardware einbaute. Bekannt wurde dessen Sabotageaktion 2010 gegen die iranischen Atomanreicherungsanlagen.

Schon im Kalten Krieg verwanzten westliche Spionagedienste Rechner, die am Embargo vorbei in den Osten geschmuggelt wurden. Allerdings wurde dies bald vom KGB durchschaut. Der britische Geheimdienst GCHQ hörte lange Zeit einen belgischen Telekommunikationskonzern ab, den viele EU-Parlamentarier bei ihren Telefongesprächen nutzten.

Echte Sicherheit gibt es noch nicht

Russische Militärforschungsschiffe spionierten die gesamte Lage von transatlantischen Kabeln aus. Wenn diese durch Unterwassersprengsätze zerstört würden, kämen große Teile des weltweiten Datenverkehrs zum Erliegen. Bisher gibt es keine wirksamen Möglichkeiten, die Kabel gegen Angreifer zu schützen.

Detailliert erläutern die Autoren die aktuelle Cyber-Strategie Moskaus gegen die westlichen Demokratien. Ziel sei die Beeinflussung der Öffentlichkeit durch Desinformationskampagnen (dass der Westen zu ähnlichen Methoden greift, verschweigt das Buch nicht).

Bereits 2006 wurden in China Cyber-Kriegs-Einheiten in die nationale Verteidigungsstrategie aufgenommen. Ihre Hacker erzielten etliche Erfolge wie etwa ihr Zugriff auf sämtliche Fertigungsanlagen modernster US-Flugzeuge. Nordkoreas Cyber-Offensivkräfte versuchen in quasi-krimineller Art, auf diesen Wegen Geld zu erwirtschaften.

Schon vor Jahren erklärte ein US-Verteidigungsminister öffentlich, Cyber-Angriffe könnten so zerstörerisch sein wie der damalige Angriff auf das New Yorker World Trade Center.

Dabei ist die Herkunft solcher Aktionen fast nie mit Sicherheit feststellbar. Oft gibt es Anhaltspunkte wie kyrillische Datennamen, nicht selten aber sollen Spuren zur Irreführung dienen und von wahren Urheber ablenken.

Einen echten Schutz gegen Cyber-Krieg gibt es kaum. Eine Methode ist die Verschlüsselung von Nachrichten, die nur diejenige Person lesen kann, welche den Dekodierungsschlüssel besitzt. Andererseits existiert bereits Software, welche Zugriffssicherungen umgehen,

Um ernste Konflikte im Cyber-Krieg zumindest einzudämmen, schlagen die Verfasser internationale Verträge vor. Dazu hat es auch bereits mehrfach Vorstöße gegeben, indes ohne Erfolge. Vorbild für solche Übereinkünfte könnte die UN-Konvention gegen Atom- und Chemiewaffen sein. Einige Staaten verweigern indes Verhandlungsgespräche, obwohl sie im Kriegsfall selber sehr verwundbar wären. Voraussetzung ist ohnehin ein Vertrauen zwischen den Weltmächten, das gegenwärtig nicht besteht. So wird der Weg zu echten Vereinbarungen im Cyber-Krieg sicherlich ein sehr langer sein.

Friedrich-Wilhelm Schlomann



Constanze Kurz /Frank Rieger, „Cyber War. Die Gefahr aus dem Netz“, *Bertelsmann-Verlag, München 2018; gebunden, 288 Seiten, 20 Euro*

Zauberhaftes Buch mit Musik

Jedes Kind hat Spaß an einem Buch, mit dem man auch noch Töne erzeugen kann. Wenn man dann noch eine besonders schöne Geschichte dabei erzählt bekommt oder selbst liest, wird das Ganze noch viel unterhaltsamer.

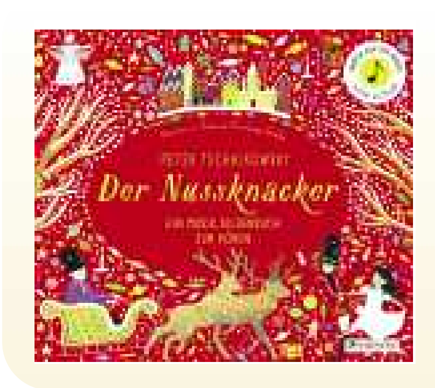
Das Märchen des berühmten Balletts von Peter Tschaikowsky wird in dem Buch „Der Nussknacker“ neu erzählt und von Jessica Courtney-Tickle bezaubernd illustriert. Schon der Einband wirkt so weihnachtlich im satten Rot und Gold, dass man es gar nicht abwarten kann, hineinzuschauen. Gleich zu Beginn begegnet man Claras Familie am Weihnachtsabend. Alle warten auf Onkel Drosselmeyer. Der bringt ein besonderes Geschenk mit, einen Nussknacker.

Nussknacker originell erzählt

Um Mitternacht schleicht Clara, als alles schläft, zum Nussknacker und sieht, dass die Spielzeuge lebendig werden. Gefahr droht vom unheimlichen Mäusekönig. Doch Clara weiß, ihn zu besiegen.

Auf jeder Seite gibt es einen Knopf mit einer Note, die es zu drücken gilt. Sofort wird die Musik des russischen Komponisten Tschaikowsky lebendig. So begleitet die Musik den Leser durch das ganze Buch. Wer die kurz angespielten Stücke hört, möchte auf jeden Fall mehr erfahren. Am Ende des Werkes gibt es weitere Informationen zum jeweiligen Musikstück, aus welchem Akt es stammt und wie es heißt. Ein Glossar erklärt wichtige Begriffe.

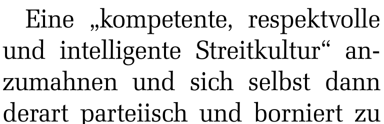
Ein wunderschönes Weihnachtsgeschenk für Kinder ab sechs Jahren, das spielerisch in die Welt der klassischen Musik einführt. *Silvia Friedrich*



Jessica Courtney-Tickle: „Peter Tschaikowsky. Der Nussknacker. Ein Musik-Bilderbuch zum Hören“, *Prestel Verlag, München 2018, gebunden, 24 Seiten, 25 Euro*

Parteiisch und borniert

In ihrem Buch „Streit! Eine Aufforderung“ plädiert die Journalistin und feministische Bloggerin Meredith Haaf für „eine unaufgeregte Auseinandersetzung mit anderen Weltsichten“, weil diese „für die demokratische Gesellschaft lebenswichtig“ sei. Allerdings kann sie selbst keinen Millimeter weit über ihren eigenen ideologischen Tellerrand schauen.



Das zeigen die verwendeten linken Kampfvokabeln wie „Rechtsruck“, „Hetze im Netz“, „Rassismus“, „Islamfeindlichkeit“ und „Fremdenhass“ genauso wie die Polemik gegen die AfD, „Montagsdemonstrationen“ und „autoritäre Pseudodemokraten“ sowie „Chauvinisten“. Damit disqualifiziert sich das Werk der Autorin, welche unter anderem für die „FAZ“, „taz“, „Spiegel Online“ und die „Süddeutsche Zeitung“ schrieb oder noch immer schreibt.

Eine „kompetente, respektvolle und intelligente Streitkultur“ anzumahnen und sich selbst dann derart parteiisch und borniert zu positionieren, passt nicht zusammen! Ganz abgesehen davon, dass Haaf ihren Standpunkt auch noch auf sehr simple Weise und mit zum Teil an den Haaren herbeigezogenen Argumenten vorträgt.

Wolfgang Kaufmann



Meredith Haaf: „Streit! Eine Aufforderung“, *dtv, München 2018, gebunden, 286 Seiten, 18 Euro*

Kurzweiliges eines Berliner Kolumnisten

Der „Zeit“-Kolumnist Harald Martenstein ist seit vielen Jahren bekannt für seine launigen und pointierten Texte zu aktuellen wie zufällig aufgelesenen Themen. Martenstein ist genderkritisch und auch sonst verhältnismäßig unangepasst, was früher einmal entschlossene Meinungsgegner zu Widerspruch provozierte. Die scheinen aber mittlerweile anderweitig beschäftigt zu sein.

An seiner Popularität arbeitet der mehrfach preisgekrönte Autor und Journalist außer mit Buchveröffentlichungen auch mit Hörfunkbeiträgen und YouTube-Videos. Sein neues Kolumnenbuch trägt den Titel „Jeder lügt so gut er kann. Alternativen für Wahrheitssucher“, angelehnt an einen Schlager von Udo Jürgens. Damit setzt der Verlag auf den „Fake-News“-Effekt, tatsächlich aber ist der Titel angesichts des bunten Inhalts austauschbar. Diesmal schreibt Martenstein (Jahrgang 1953) über „1968“, Sprachverbote, verletzte Eitelkeiten prominenter älterer Männer, einfache Antworten, arme Rentner und die noch lange nicht ausgediente Phrase „Fluchtursachen bekämpfen“.

Wieder hat er diverse Berliner Anekdoten im Angebot, denn er lebt in Berlin. Mehrfach schöpft der „Meister der kurzen Form“ aus seinem reichen Erfahrungsschatz als Journalist und Privatmensch. Ein nachdenklicher Beitrag ist sein Bericht vom Besuch einer Zirkusvorstellung in Mecklenburg-Vorpommern. Es stimmt ihn traurig, dass die achtköpfige Zirkusfamilie mit ihren Kleintieren von Dorf zu Dorf zieht, aber wegen absurd hoher Bürokratiekosten und Platzmieten ihren Lebensunterhalt kaum noch bestreiten kann.

Dass ihn so viele Leser mögen, hat wohl auch damit zu tun, dass er in seine Kurztexte tiefsinnige Überlegungen einstreut und sich dabei unbekümmert an die eigene Nase fasst, sozusagen mit gutem Beispiel vorangeht. „Ist das Küchenpsychologie?“, fragt er. Vermutlich, aber so etwas wird eben gebraucht.

Zuletzt verrät Petra Martenstein, die Ehefrau des populären Autors, dass ihr Mann („König Harald“) jeden seiner neuen Texte zunächst seinen Kollegen in einer „Kolumnenaudienz“ vorstellt – außer wenn es, selbstverständlich in respektloser Weise, über die SPD gehe. Vielleicht befürchtet er, dass ein solcher Text bei einer um Ausgewogenheit bemühten Zeitungsredaktion durchfallen könnte.

Eine Kolumne über die SPD ist auch diesmal wieder mit dabei: „Die SPD erneuert sich“. Die Geschichte handelt auch von feministischen Pornofilmen und einer überteuerten Berliner Ein-Zimmer-Mietwohnung, für die sich aus Mangel an Alternativen 198 Personen interessieren. Beides hat irgendwie mit der Berliner SPD zu tun, nachzulesen in Martensteins kurzweiligem Kompendium satirischer, ernst gemeinter sowie zwischen Satire und Ernst changierenden Geschichten. Gute Unterhaltung ist garantiert.

Dagmar Jestrzemski

Harald Martenstein: „Jeder lügt so gut er kann. Alternativen für Wahrheitssucher“, *Bertelsmann Verlag, München 2018, gebunden, 208 Seiten, 18 Euro*

Zwölf mal Weihnachten

Weihnachten, das Fest der Liebe, feiert jeder anders, doch ein Zauber liegt in jedem Weihnachten. Der Journalist, Liedermacher und Theologe Christoph Zehendner hat sich dem Thema Weihnachten in seinem kleinformatigen Buch „Josef, staub die Krippe ab“ aus unterschiedlichen Sichtweisen genähert.

Im ersten Erzählstück „Weihnachten auf der Autobahn“ will ein Mann mit einem Verlobungsring zur Familie seiner Freundin. Doch die Autobahn ist spiegelglatt und ein Weiterkommen für alle Autofahrer unmöglich. Trotzdem entsteht ein Weihnachtsgefühl, ein Baum wird geschmückt, und eine abgestaubte Krippe gibt es auch. Diese Geschichte wirkt konstruiert und in der Kurzfassung recht kitschig, geschrieben ist sie aber vor allem witzig. Es wird geflucht, ausgerutscht, gelacht, und fast von allein ist Weihnachten da.

Zehendner beleuchtet das Kirchenfest nicht nur aus der Perspektive moderner Figuren, sondern auch aus der eines Engels der Weihnachtsgeschichte, von Hirten während Christi Geburt und auch von Josef aus Nazareth. Die Kurzgeschichten stimmen den Leser in einer sehr unterhaltsamen Weise auf Weihnachten ein, ohne dass dabei auf die sogenannte Tränendrüse gedrückt wird. *CRS*



Christoph Zehendner: „Josef, staub die Krippe ab. Neue Weihnachtsgeschichten zum Staunen, Lachen und Feiern“, *Brunnen Verlag, Gießen 2018, gebunden, 111 Seiten, 10 Euro*

Historische Eisenbahnen im Kalender

Das Kalendarium der beiden Wandkalender ist einfach, aber deutlich und nimmt den unteren schmalen Rand ein. Sonnabende und Sonntage sind gefettet, Feiertage unterstrichen und rechts klein aufgelistet. Es ist also klar: Diese Kalender hängt man sich nicht zur Orientierung im Jahr an die Wand, sondern wegen der großen Schwarz-Weiß-Fotografien. Informationen zu den Bildern befinden sich auf der Rückseite des Gesamtkalenders.

Die Fotografien des Hamburg-Kalenders stammen vornehmlich von Walter Hollnagel, der als Fotograf im Dienste der Deutschen Reichsbahn stand, und Rainer Schnell, ebenfalls bekannt für seine Eisenbahnfotografien. Leider sind die meisten Aufnahmen aus den Jahren zwischen 1922 und 1972 sehr grobkörnig. Sie zeigen den Hafen mit seinen Schiffen und Kränen, die Straßen Hamburgs und natürlich Eisenbahnen und Schienen, am imposantesten die 012 081, die Doppelsegmentdrehscheibe in Hamburg-Altona.

Die Begleittexte zu den zwölf Kalenderblättern und dem Titelblatt des Berliner Kalenders sind viel umfangreicher als die zu den Hamburger Kalenderblättern. Die Aufnahmen aus den Jahren 1962 bis 1983 zeigen nicht nur schöne Eisenbahnmotive, sondern geben auch einen kleinen Exkurs in die Geschichte.

Christiane Rinser-Schrut



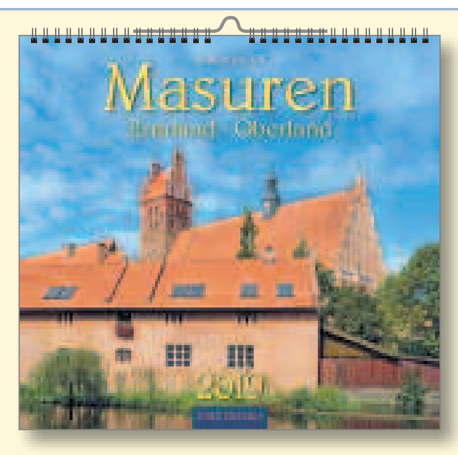
„Hamburg Bahn und Hafen 2019“ und „Berlin Ost-West 2019“, *Verlagsgruppe Bahn GmbH Fürstenfeldbruck und Klartext Verlag, Essen 2018, Wandkalender im Format: 49 x 34 Zentimeter, jeweils 12,95 Euro*



Deutsche Aktien - Historischer Kalender 2019
Deutsche Wirtschaftsgeschichte eindrucksvoll präsentiert: 12 echte historische Wertpapiere aus der Industrialisierungsepoche des Kaiserreichs und der Weimarer Republik mit interessanten Hintergrundinformationen zu jeder Aktie. Jede Aktie ist einzeln entnehmbar.
Großformat-Kalender 60 x 42 cm.
Nr. P A1338 Kalender 59,95 €



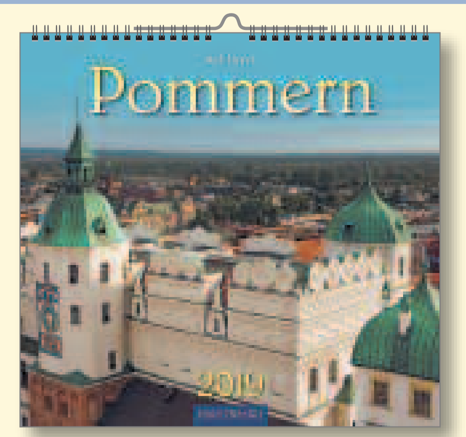
Kalender Ostpreußen/Westpreußen in Farbe 2019
Mit 12 aktuellen und farbigen Motiven aus Ost- und Westpreußen. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535991 Kalender 14,95 €



Kalender Masuren, Ermland und Oberland in Farbe 2019
Mit 12 aktuellen und farbigen Motiven aus Masuren, dem Ermland und dem Oberland. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535990 Kalender 14,95 €



Kalender Danzig in Farbe 2019
Mit 12 aktuellen und farbigen Motiven dieser faszinierenden Stadt. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535989 Kalender 14,95 €



Kalender Pommern in Farbe 2019
Mit 12 aktuellen und farbigen Motiven aus Pommern. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535992 Kalender 14,95 €

Kalender Schesien in Farbe 2019
Mit 12 aktuellen und farbigen Motiven aus Schlesien. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535994 Kalender 14,95 €



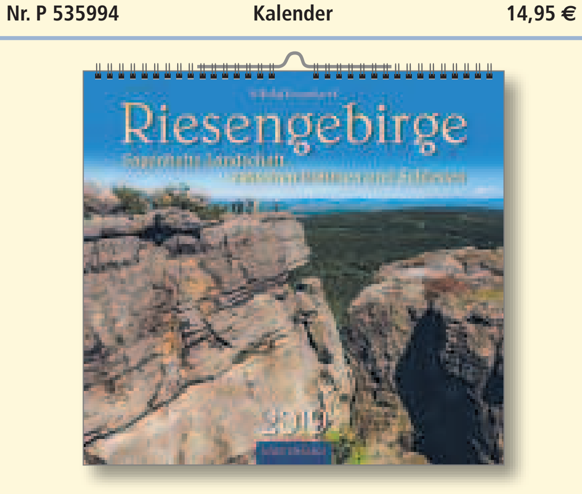
Kalender Schesiens schönste Landschaften in Farbe 2019
Mit 12 aktuellen und farbigen Motiven von wunderschönen schlesischen Landschaften. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535995 Kalender 14,95 €



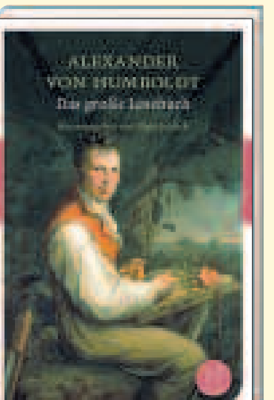
Kalender Trakehner in Farbe 2019
Mit 12 farbigen Motiven dieser für Ostpreußen so typischen Pferderasse. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535971 Kalender 9,95 €



Kalender Elche in Farbe 2019
Mit 12 farbigen Motiven des beliebten ostpreußenischen Wappentiers. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535938 Kalender 9,95 €



Kalender Riesengebirge in Farbe 2019
Mit 12 aktuellen und farbigen Motiven dieser faszinierenden Landschaft zwischen Böhmen und Schlesien. Spiralbindung. Form. 33 x 31 cm
Nr. P 535993 Kalender 14,95 €



Oliver Lubrich
Alexander von Humboldt
Das große Lesebuch
352 Seiten/Taschenbuch
Nr. P A1185 13,50 €

Der große Naturforscher und Reiseschriftsteller Alexander von Humboldt erlebt seit einigen Jahren eine erstaunliche Renaissance. Wissenschaftlich und literarisch zugleich, lassen uns seine Schriften staunen über den Reichtum der Natur, und sie wecken die Sehnsucht nach einem Verständnis fremder Kulturen. Dieses attraktive Lesebuch, herausgegeben von dem Humboldt-Kenner Oliver Lubrich, bietet eine repräsentative Auswahl aus dem Gesamtwerk, mit ausnahmslos ungekürzten Texten im originalen Wortlaut. Mit Daten zu Leben und Werk, exklusiv verfasst von der Redaktion der Zeitschrift für Literatur TEXT + KRITIK.



Holzkistchen
Königsberger Marzipan „Königsberger Schloss“
350 Gramm vakuumverpackt (Abbildung kann leicht abweichen)
Nr. P 5651 Marzipan 28,95 €



Holzkistchen
Königsberger Marzipan „Königsberger Schloss“
200 Gramm vakuumverpackt
Nr. P 5654 Marzipan 16,50 €



Hermann Sudermann
Die Reise nach Tilsit
und andere litauische Geschichten
292 Seiten/Gebunden
Nr. P 533154 14,95 €

Hermann Sudermann beschreibt in seinen vier „Litauischen Geschichten“ das Leben einfacher Menschen in der Memelniederung an der deutsch-litauischen Grenze. Selbst aus dem Memelland stammend, schildert er die ostpreußischen Schicksale auf spannende und zugleich ergreifende Weise: In „Miks Bumbullis“ das Schicksal eines Wilddiebes, der einen Förster erschossen hat, in „Die Magd“ die Versuche einer Frau, einen Mann und ein wenig Glück zu finden, in „Jons und Erdme“ den durch nichts zu brechenden Willen eines Ehepaars, sich im Moor eine Existenz aufzubauen. Die größte Berühmtheit erlangte die Erzählung „Die Reise nach Tilsit“, die bereits zweimal verfilmt wurde.



Hermann Sudermann
Das Bilderbuch meiner Jugend
Roman einer Zeit
332 Seiten/Gebunden
Nr. P A0096 Geb. 19,80 €

Hermann Sudermann, der am 30. September 1857 in Matzicken bei Heydekrug in Ostpreußen geboren wurde, schildert in seinem farbenfrohen Erinnerungsbuch die glücklichen, aber entbehrungsreichen Jahre seiner Kindheit und Jugendzeit. 1922 erstmals erschienen, erzählt Sudermann, der um 1900 der meistgespielte Dramatiker Deutschlands war, von seinen frühen Jahren im ostpreußisch-litauischen Grenzgebiet. Der Leser gerät in den Bann der einzigartigen Erzählkunst Sudermanns, der Menschen und ihre Schicksale so lebendig beschreiben und den Zauber der Landschaft seiner memelländischen Heimat so eindrucksvoll wiedergeben konnte.



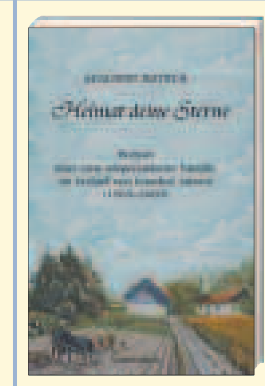
Nostalgieblechdose Königsberger Marzipan
125 Gramm „Bunter Teller“ vakuumverpackt im Geschenkkarton
Nr. P 5658 Marzipan in der Blechdose 11,90 €



Holzkistchen
Königsberger Marzipan Teekonfekt
200 Gramm vakuumverpackt
Nr. P 5653 Marzipan 15,90 €



Schwermer Trüffelsterne ohne Alkohol
108 Gramm vakuumverpackt
Nr. P A0647 Trüffelsterne ohne Alkohol 6,45 €



Adalbert Bieneck
Heimat deine Sterne
Roman über eine ostpreußische Familie im Verlauf von hundert Jahren 1903–2003
454 Seiten/Gebunden
Nr. P A0484 24,80 €

Durch ein nicht eingelöstes Versprechen sind die Eheleute Anna und Albert Kuhn in bittere Armut geraten. Harte Arbeit und handwerkliches Geschick verhelfen der kinderreichen Familie jedoch zum Besitz eines Bauernhofes im ostpreußischen Dorf Gansen. Sohn Richard und Tochter Hedi tragen zum hohen Ansehen der Familie bei. Hedi findet im Nachbarssohn Franz ihre große Liebe, und die junge Familie baut auf eine gesicherte Existenz. Der Zweite Weltkrieg aber vernichtet alle Pläne, denn Franz muss als Soldat vier Jahre gegen Russland kämpfen. Als achtundzwanzigjährige Frau tritt Hedi mit ihren drei Kindern und der gehbehinderten Mutter die Flucht aus Ostpreußen an. Unter schwierigsten Umständen muss das „große Eis“ überwunden werden. Es kommt dabei zu unglaublichen Erlebnissen. Die Flüchtlinge stranden in Thüringen und finden später in Niedersachsen eine neue Heimat.



Königsberger Marzipan „Bunter Teller“
300 Gramm vakuumverpackt im Geschenkkarton
Nr. P 5666 Marzipan 13,95 €

Königsberger Marzipanherz
Schwermer Marzipanherz einzeln in Cellophanfolie verpackt
25 Gramm geflämmtes Marzipan mit Zuckerguss in der Mitte.
Nr. P 5659 Marzipanherz 1,80 €

RAUTENBERG
BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name
Straße/Nr. Telefon
PLZ/Ort
Datum Unterschrift

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

Christen in der Minderheit

Köln – Erstmals seit dem frühen Mittelalter sind die Christen in Köln zur Minderheit geworden. Laut statistischem Jahrbuch der Stadt für 2017 machen Katholiken und Protestanten nur noch 49,3 Prozent der Bevölkerung aus. Die Stadt steht wie keine andere für die stolze Tradition des deutschen Katholizismus. Im gewaltigen gotischen Dom des „heiligen Köln" befindet sich der Schrein der Heiligen Drei Könige. *H.H.*

Austria-Türken vor Pass-Entzug

Wien – Tausende Menschen türkischer Herkunft mit österreichischem Pass müssen mit dem Entzug ihrer österreichischen Staatsbürgerschaft rechnen. Weil sie in Wahllisten der Türkei aufgetaucht sind, vermutet Wien, dass sie sich verbotenerweise die türkische Staatsbürgerschaft zurückgeholt haben. Damit wäre ihre Einbürgerung nichtig. Viele Betroffene beteuern, von ihrer Eintragung in die Wahllisten der Türkei nichts gewusst zu haben. *H.H.*

ZUR PERSON

Gerade noch die Kurve gekriegt

Es scheint in Mode zu kommen, Politiker ins Bundesverfassungsgericht zu berufen. Roman Herzog und Jutta Limbach machten den Anfang. Und nach der Wahl des CDU-Bundestagsabgeordneten **Stephan Harbarth** zum Vizepräsidenten des Gerichts sind dort drei der acht Richter ehemalige Berufspolitiker. Neben Harbarth sind dies der frühere saarländische Ministerpräsident Peter Müller und Peter M. Huber, der zuvor ein Jahr lang Innenminister von Thüringen war.

Ob das eine gesunde Entwicklung ist, um juristisch unabhängig urteilen zu können? Jedenfalls war die Personalie Harbarth bis zuletzt umstritten. Dabei wurde nicht sein Fachwissen angezweifelt. Als ein an der US-Elite-Universität Yale ausgebildeter Wirtschaftsanwalt hat sich Harbarth in einer Mannheimer Großkanzlei einen guten Ruf – und einen stattlichen Nebenverdienst als Parlamentarier – erworben. Doch nicht nur von der Linkspartei kam der Vorwurf des Interessenkonflikts: Harbarth werde über Gesetze entscheiden, die er selbst mitbeschlossen habe.


Bild: Matthias Busse

Um für seine Wahl den Segen der Kanzlerin zu bekommen, hat der 46-Jährige, der seit 2009 für den Wahlkreis Rhein-Neckar im Bundestag sitzt, gerade noch die Kurve gekriegt. Der aus Heidelberg stammende Familienvater mit wertkonservativen Ansichten, der gegen die "Ehe für alle" gestimmt hat, schwenkte rechtzeitig auf die Merkel-Linie ein und gab seine Zustimmung zum Migrationspakt (siehe *PAZ* vom 23. November).

Damit war der Weg frei für seine Wahl ins Bundesverfassungsgericht, wo er den scheidenden Vizepräsidenten Ferdinand Kirchhof ablöst. Die einmalige Amtszeit in diesem Gericht beträgt zwölf Jahre. 2020 könnte Harbarth den jetzigen Präsidenten Andreas Voßkuhle ablösen, wenn dessen Amtszeit ausläuft. *H. Tews*



Steuerung funktioniert

Hosen runter

Wie uns das nur passieren konnte, warum »Europa von unten« zur Gefahr wird, und wie man unbemerkt um 180 Grad wendet / Der satirische Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Da haben sich die Veitstänzer mal wieder viel zu früh aufs Parkett gestürzt, um das nahe politische Ende der Kanzlerin zu feiern. Merkeldämmerung? Nichts da: Ihr Abschied vom CDU-Vorsitz war keine Flucht, sondern ein ausgefuchster Schachzug. Nun prügeln sich drei Nachfolgekandidaten wie die Kesselflicker und mit ihnen die jeweiligen Anhänger in der eigenen Partei.

Merkel macht derweil das, was sie am besten kann – gar nichts. Kritisiert sie dafür jemand? Und wenn schon, durch den Paravent der regierungstreuen Staats- und Konzernmedien dringt kein unbotmäßiges Wort über die Regierungschefin nach außen.

Selbst die skurrile Debatte über den „verpflichtend-unverbindlichen" UN-Migrationspakt perlt an der scheidenden CDU-Chefin spurlos ab. Nicht einmal jetzt, wo sich immer mehr herausschält, dass dieses Flickwerk der Irreführung maßgeblich dem Brutkasten der deutschen Kanzlerin entschlüpft ist und erst von dort den Weg zu den Vereinten Nationen fand. Niemand fragt sie, was sie sich dabei gedacht hat. Ihre Partei versinkt im Wirrwarr der Halbwahrheiten und zusammengestoppelten Lügen, ohne dass im Kanzleramt auch nur ein Lüftchen zu spüren wäre.

Dabei geht ja einiges schief im Moment. Dass die Wahrheit über den Migrationspakt zu früh ans Licht kam, kann nur als schwerer Regiefehler eingestuft werden. Damit hatte keiner gerechnet, weshalb auch keine schlüssige Gesamtlüge ausgeheckt wurde. Ebenso wenig hatte man das Magazin der Totschlagargumente zur politischen Vernichtung etwaiger Kritiker rechtzeitig aufgefüllt. Ein einziges Desaster.

An besser gerüsteten Fronten funktioniert das Totschlagen immer noch reibungslos, wie Friedrich Merz erleben durfte. Er hatte es gewagt, eine vertrauliche Wahrheit auszusprechen. Nämlich, dass Deutschland das einzige Land ist, das der gesamten Menschheit ein individuelles Recht auf Asyl einräumt. Da müsste mal ein Ausführungsgesetz dazukommen, das dieses Recht unter Vorbehalt stellt, meinte der CDU-Vorsitz-Kandidat. Da brach der Sturm los. Von links sowieso, aber auch aus der eigenen Partei. Annette Widmann-Mauz, Chefin der Frauen-Union und Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, sprach sich „vehement", wie es hieß, gegen eine Änderung des deutschen Asylrechts aus. Mit einer sehr interessanten Begründung: Man wolle doch „mit unseren Partnern an einem solidarischen Asylrecht arbeiten".

„Unsere Partner"? Die haben schon alle, was Merz auch für Deutschland will: einen gesetzlichen Vorbehalt. Wie sollen wir uns mit denen einigen, wenn wir unser eigenes Gesetz keinen Millimeter anpassen wollen? Drohen wir „unseren Partnern" mit Krieg oder wenigstens Geldstrafen, wenn sie unser Asylrecht nicht eins zu eins übernehmen?

Das erinnert an 2015. Damals wollte Merkel die übrige EU in die Ketten der deutschen Willkommenskultur legen. Das haben die sich aber schwer verbeten, die Briten zogen es danach gar vor, gleich ganz die Koffer zu packen. Seitdem „arbeitet" die Kanzlerin an einer „europäischen Lösung der Flüchtlingsfrage" ohne in mehr als drei Jahren auch nur einen einzigen Nagel in die Wand bekommen zu haben. Wer sie danach fragt, bekommt einen dieser Merkelsätze, die schon Erstklässler auswendig hersagen können: „Es bleibt eine Herausforderung."

Überhaupt – das „solidarische Europa", wollen wir das eigentlich noch? Dürfen wir das überhaupt noch anstreben? Da braut sich nämlich etwas Bedenkliches zusammen, Stichwort „Europa von unten". Es wird Zeit, die Seiten zu wechseln, ohne dass es einer merkt.

Wieso bedenklich? „Europa von unten" ist doch das, was sich „Europa von oben" immer gewünscht hat. Ja, aber bitte nach Vorschrift, und mit den richtigen Parolen!

So wie die wundervolle „Pulse für Europa"-Bewegung. Das waren glitschglatte Jubelperser und Vertreter „zivilgesellschaftlicher" (also vom Staat gesponserter und gesteuerter) Organisationen, die ihre Fähnchen schwenkten, um vor den Zentralen der Macht das Europa von Jean-Claude Juncker und Mario Draghi zu lobpreisen. Dabei immer ein paar versonnene Omis und Opis, die ganz gerührt waren von dem „Engagement der jungen Leute".

Die letzten Tage zeigte „Europa von unten" dagegen sein hässliches, aufmüpfiges Gesicht: An der deutsch-französischen Grenze verbrüderten sich Polen, Tschechen und Deutsche mit den französischen „Gelbwesten", die sich gegen die nächste Spritsteuer-Anhebung und überhaupt gegen den überbordenden Staat erhoben haben. So hatten wir uns die „europäische Zivilgesellschaft der Bürgerinnen und Bürger" nicht vorgestellt, also so ganz ohne Zügel und Kandare.

> So war »Europa« aber nicht gemeint: Europäer verbrüdern sich an der Grenze mit den »Gelbwesten«

Da gilt es, blitzschnell und brutal den Kurs zu wechseln. Wer künftig noch ein „Europa von unten" propagiert, ist kein Gutmensch mehr, sondern der „spaltet die Gesellschaft", betreibt „rechtspopulistische Hetze" und „schürt den Hass".

Ob wir diese Wende so einfach hinkriegen, ohne dass uns die Leute auf die Schliche kommen? Ach, solche Wenden haben wir doch schon x-mal geübt. Ein Beispiel: Blicken Sie zurück, 20 Jahre reichen dicke. Damals waren die „Ängste" und „Gefühle unserer Nachbarn" eine propagandistische Allzweckwaffe in deutschen Debatten. Der Vorwurf, solche „Ängste" zu schüren oder allerhand „Gefühle" jenseits der deutschen Grenzen zu verletzen, war nahezu tödlich.

Heute ist das völlig verschwunden. Ja, es gehört sogar zum guten Ton, den Polen oder Ungarn mit Bestrafung zu drohen, wenn sie sich der moralischen Supermacht in Berlin nicht unterwerfen wollen, oder den Tschechen aus demselben Grund hochnäsig Lehren zu erteilen. Mehr noch: Wer in unseren Tagen Rücksichtnahme auf diese Nachbarn fordert, muss sich harsch zurechtweisen lassen. Putzigerweise werden derlei neugermanische Herrenreitereien mit denselben „Lehren aus der Geschichte" begründet, mit denen man einst unsere Sensibilität für die „Ängste der Nachbarn" eingefordert hat. Siehe: Du kannst unbemerkt den Kurs um 180 Grad ändern, wenn du nur rechtzeitig den Kompass zerschlagen hast.

Es ist nicht der einzige Kurswechsel: Im Falle der Juden ist er nur ein wenig komplizierter. Seit einige von denen mehr Angst davor äußern, von einem fanatischen Moslem attackiert zu werden als davor, dass jemand das Denkmal der deutschen Schande des Holocaust als „Denkmal der Schande" bezeichnet, weiß man nicht mehr so recht, wie man das Ganze in die gewünschte Richtung pressen soll, damit es politisch auch etwas abwirft.

Vorerst behelfen wir uns damit, die Kriminalitätsstatistik zu frisieren. Die Methode zeigt allerdings erste Schwächen, weil die Manipulation kaum zu übersehen ist, wenn antijüdische Parolen grölende Radikalmoslems in der offiziellen Zahlenreihe als (deutsche) Neonazis erscheinen.

Es könnte der Punkt kommen, an dem man diesen Kniff aufgeben muss, weil er allzu albern wird. Und dann? Die Erfahrung unserer östlichen Nachbarn lässt für die Juden in diesem Falle nichts Gutes erwarten.

Für die Frauen allerdings auch nicht. Gewalt in der Ehe ist zwar ein großes Thema. Ein weit überdurchschnittlicher Teil derer, die in Frauenhäusern Zuflucht vor ihren prügelnden Männern suchen, hat indes einen Immigrationshintergrund. Das hört Annalena Baerbock nicht gern, weil es ihr nicht in ihr Multikulti-Konzept passt. Die Grünen-Chefin behauptet, dass Religionszugehörigkeit oder Nationalität keinen Einfluss auf die Ursache der Gewalt habe. Und die Zahlen? Tja, wie bei den Messeropfern wird man wohl bald über die Frauen-Misshandlungen am liebsten gar nicht mehr reden, um dem politischen „Missbrauch" vorzubeugen.

Alles Wahnsinn? Sicher, aber so ist das nun mal: Irgendwann lässt jede falsche Moral die Hosen runter und man sieht den nackten A ...

MEINUNGEN

*Nachdem die **Deutsche Bank** dem AfD-Politiker **Nicolaus Fest** das **Konto gekündigt** hat, macht der Blog „Science Files" (21. November) das Gedankenexperiment, was ein solcher Schritt bedeuten würde, wenn dereinst das Bargeld abgeschafft ist:*

„Wem das Konto gekündigt wurde, wer keine Geldkarte mehr hat, der hat keine Möglichkeit, Waren oder Dienstleistungen zu erwerben. Er hat auch keine Möglichkeit, einen Job zu finden, da seine Entlohnung nicht möglich ist. Er wird durch einen simplen Schritt zu einem vollkommenen Paria erklärt, einem Aussätzigen ... Manchmal ist der Faschismus näher als man denkt."

***Alexander Graf** wundert sich in der „Jungen Freiheit" (23. November) über die sehr unterschiedlichen Ausprägungen von **„Grenzschutz" in Deutschland**:*

„Während die Außengrenzen der buntesten aller deutschen Republiken sperrangelweit offenstehen, die Regierung auf die Unterzeichnung des UN-Migrationspaktes zusteuert und die Kanzlerin noch mehr Souveränität an die EU abgeben will, verbarrikadiert man Glühweinstände und Bratwurstbuden hinter improvisierten Lkw-Sperren."

***Alexander Wendt** stellt im „Focus" (24. November) den eigentlichen **Knackpunkt des UN-Migrationspakts** heraus:*

„Tritt Deutschland dem Pakt bei, können Verbände und Migranten vor deutschen und EU-Gerichten auf der Grundlage klagen. Durch Urteile würde aus politischer Lyrik hartes Recht. Auf der anderen Seite gibt es kein arabisches Menschenrechtsgericht, vor dem ein jemenitischer Flüchtling eine bessere Behandlung in Saudi-Arabien erstreiten könnte. Der Pakt würde rechtlosen Migranten nicht helfen – aber den Spielraum der ohnehin schon großzügigen Länder weiter einschränken, selbst über das Maß der Migration zu bestimmen."

*In der „Welt am Sonntag" (25. November) fasst „Welt"-Herausgeber **Stefan Aust** seine Kritik am **UN-Migrationspakt** in fünf Thesen zusammen:*

„1. Der UN-Migrationspakt verzaubert wie mit Aladdins Wunderlampe illegal Zugereiste in legale Einwanderer mit vollem Zugriffsrecht auf die Leistungen des Sozialstaats.

2. Der Lockruf des Geldes dürfte nachhaltige Folgen haben: auf die Zahl der Zuwanderer und damit auch auf die Stabilität des Sozialstaates.

3. Der Pakt geht von einer Gleichrangigkeit der Sitten und Gebräuche aus. Er unterschlägt die Realität der gegenwärtigen Migration und ihrer Schattenseiten.

4. Die Rechte der Bevölkerung eines Zielstaates spielen praktisch keine Rolle.

5. Die Sogwirkung des Papiers dürfte mindestens so groß sein wie die der Willkommenskultur im Herbst 2015."

*Auf ein (von ihren Feinden erfundenes) Zitat einer Königin verweisend kontert **Achim Winter** den **Protest der Franzosen** gegen zu hohe **Spritpreise** in „Tichys Einblick" (26. November) satirisch:*

„Dann sollen sie halt Taxi fahren."